

Wirtschaft und Gesellschaft

Sozialwissenschaftliche
Bibliothek
Arbeiterkammer Wien

28. Jan. 2004

75

Inhalt

Editorial

Licht am Ende des Tunnels?

S. Kaniovski, K. Kratena,
M. Marterbauer

Auswirkungen öffentlicher
Konjunkturimpulse

Jan Toporowski
The End of Finance
and Financial Stabilisation

Vladimir Pankov
Die Umgestaltung des
monetären Systems Russlands

Karl Wörister
Kinderbetreuung und
(Erwerbs-)Arbeitszeit

Abt	ein	aus
FF	28. 01.	2. 2.
AN	28. 02.	22. 2.

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

29. Jahrgang (2003), Heft 4

Inhalt

Editorial

Licht am Ende des Tunnels? 495

Serguei Kaniovski, Kurt Kratena, Markus Marterbauer

Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und
Beschäftigung 503

Jan Toporowski

The End of Finance and Financial Stabilisation 531

Vladimir Pankov

Die Umgestaltung des monetären Systems im Zuge der marktwirtschaftlichen
Transformation Russlands 543

Karl Wörister

Kinderbetreuung und (Erwerbs-)Arbeitszeit 571

Bücher

Detlef J. Blesgen, Erich Preiser – Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen
eines deutschen Nationalökonomen (Ralph Welter) 593

Michael Schmid, Andrea Maurer (Hrsg.), Ökonomischer und soziologischer
Institutionalismus. Interdisziplinäre Beiträge und Perspektiven der Institutionen-
theorie und -analyse (Felix Butschek) 597

Volker Reinhardt, Geschichte Italiens. Von der Spätantike bis zur Gegenwart;
Mario B. Mignone, Italy Today. At the Crossroads of the New Millenium
(Stefanie Kleinthaler) 603

Oliver Rathkolb (Hrsg.), NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke
Hermann Göring AG Berlin, 1936–1945 (Klaus Mulley) 610

Jürgen Janssen, Wilfried Laatz, Statistische Datenanalyse mit SPSS für
Windows (Martin Mailberg) 614

Jahresregister 2003 615

Nachruf auf Egon Matzner 619

Unsere Autoren:

Serguei Kaniovski ist Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien.

Kurt Kratena ist Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien.

Markus Marterbauer ist Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien.

Vladimir Pankov ist Bereichsleiter am All-Russischen Forschungsinstitut für Außenwirtschaftsbeziehungen beim Wirtschaftsministerium der Russischen Föderation und Professor für Weltwirtschaft an der Moskauer Staatlichen Universität für Handel und Wirtschaft.

Jan Toporowski ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der South Bank University in London.

Karl Wörister ist Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Editorial

Licht am Ende des Tunnels?

Die Prognosen für die europäische Wirtschaft versprechen seit über zwei Jahren regelmäßig einen unmittelbar bevorstehenden Konjunkturaufschwung. Seit ebenfalls über zwei Jahren müssen die Prognosen, egal ob von OECD, Europäischer Kommission, EZB, WIFO oder IHS erstellt, allerdings ebenso regelmäßig abwärts revidiert werden. Mit dem erwarteten Aufschwung scheint es sich so zu verhalten wie mit dem durch einen Austropop-Song zu Berühmtheit gelangten Taxi: Auch er kommt nicht und kommt nicht ...

Im Herbst 2003 war es wieder einmal soweit: Diesmal sei es ganz sicher, die Konjunkturbelebung gewinne deutlich an Konturen, sie sei nicht mehr aufzuhalten, so lautet der Tenor der jüngsten Vorhersagen (wie üblich natürlich nur beim Ausbleiben exogener Schocks wie Katastrophen, Börsenkrach, Kriegen und ähnlichem).

Asien – seit kurzem auch wieder, wenn vielleicht auch nur vorübergehend, inklusive Japan – verzeichnet relativ gute Wachstumsraten, und auch der Wachstumseinbruch in den USA wurde durchaus rasch überwunden. Europa ist dagegen nach wie vor globaler Wachstumsnachzügler. Deutschland, Italien, die Niederlande und Portugal verzeichneten bereits eine Rezession im Sinne von (zumindest) zwei aufeinander folgenden Quartalen schrumpfenden Outputs, und auch in Frankreich fiel das zweite Quartal 2003 negativ aus. Speziell in den großen Ländern der Währungsunion fehlt es weiterhin an Binnennachfrage, insbesondere die Investitionstätigkeit ist schwach.

Das Jahr 2003 ist bereits das dritte Jahr in Folge, in dem die Wachstumsraten nicht über der Ein-Prozent-Marke liegen, und selbst optimistische Prognosen erwarten nicht, dass die Wirtschaft der Euro-Zone schon im Jahr 2004 die Rückkehr zu durchschnittlichen Wachstumsraten schaffen wird. Die Konsumfreude der privaten Haushalte wird durch die sich weiter verschlechternde Arbeitsmarktlage und durch Reform(diskussion)en der Rentensysteme weiterhin gedämpft, und der Stabilitäts- und Wachstumspakt bremst die Ausgaben der öffent-

lichen Haushalte. Die Hoffnung beruht damit vor allem auf den Exporten, die über die Investitionen in der Folge auch die Inlandsnachfrage ankurbeln sollen.

USA erneut als Konjunkturlokomotive

Somit fällt wieder einmal den USA die Rolle der Konjunkturlokomotive zu. Ob diese der von ihr erwarteten Rolle auch gerecht werden können, also ob das Wachstum der amerikanischen Wirtschaft dafür nachhaltig kräftig genug ausfallen wird, ist durchaus noch unsicher. Und wie sehr die europäische Konjunktur davon profitieren und an Dynamik gewinnen soll, ist ebenso offen.

Die US-Wirtschaft fasste nach dem Konjunktуреinbruch als Folge des Platzens der IKT-Blase erstaunlich rasch wieder Tritt, was nicht zuletzt dem energischen, ja geradezu aggressiven Einschreiten der Wirtschaftspolitik zu verdanken war. Es ist anzunehmen, dass die Intensität deren Reaktion nicht zuletzt als Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 gemeint war. Zentralbank (die Leitzinsen wurden von 6,5 Prozent im Jahr 2000 auf 1 Prozent und damit das niedrigste Niveau seit Jahrzehnten gesenkt) und Regierung (Budgetsaldo von einem Plus von 1,1 Prozent im Jahr 2000 auf ein für 2004 prognostiziertes Minus von 5,6 Prozent des BIP gedreht) signalisierten den Investoren und Konsumenten überaus glaubhaft, dass sie einer Krise nicht tatenlos zusehen werden. Neben den niedrigen Zinsen und Steuererleichterungen trugen auch die enormen öffentlichen Ausgaben in Zusammenhang mit der Militärintervention im Irak zur Nachfragestimulierung bei. Erwartungen und die Bereitschaft, Geld auszugeben, haben sich bei Haushalten und Unternehmen im Jahresverlauf deutlich verbessert, und die BIP-Wachstumsrate von beinahe unglaublichen 8,2 Prozent im dritten Quartal 2003 übertraf sogar die kühnsten Erwartungen.

Dennoch bestehen auch Zweifel daran, ob damit der nächste Boom tatsächlich schon eingeleitet ist, ob ein Aufschwung nachhaltig sein kann, der im Wesentlichen auf politisch-militärischen Faktoren (Reaktion auf den 11. September, Irak-Konflikt, Militärausgaben) beruht. Auf der externen Seite ist neben den geopolitischen Problemen (die im Falle der USA in einem nicht eng ökonomischen Sinn eigentlich als hausgemacht und somit nicht wirklich als exogen bezeichnet werden könnten) die Nachfrageschwäche wichtiger Exportmärkte ebenso bedenklich. Falls das hohe externe Defizit den Dollarkurs wei-

ter drückt, könnte dies die Erholungsperspektiven des wichtigen japanischen Marktes beeinträchtigen.

Was die Aufrechterhaltung der Dynamik des Konsums der privaten Haushalte betrifft, sind – neben den bereits traditionellen Gefahren von platzenden Blasen auf den Aktien- oder Immobilienmärkten – als Risikofaktoren anzuführen, dass durch hohe Produktivitätsgewinne der Arbeitsmarkt noch nicht vom Aufschwung profitieren konnte, dass die positiven Effekte der Steuersenkungen ausklingen werden (nachdem es allerdings im Frühjahr 2004 bei der Jahresabrechnung für 2003 noch einmal einen positiven Schock gegeben haben wird), und dass die Verschuldung weiter gestiegen ist.

Europa schaumgebremst

Die in Lissabon für das Jahr 2010 gesteckten Ziele der Europäischen Union, welche ein durchschnittliches reales BIP-Wachstum von jährlich 3 Prozent erfordern, sind mit der bisherigen Wachstumsperformanz unrealistisch geworden. Die offizielle Wirtschaftspolitik der EU, dargelegt in den „Empfehlungen des Rates zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“, bleibt dennoch weiterhin reduziert auf einen Mix aus stabilitätsorientierter und damit nachfragedämpfender Makropolitik einerseits und Strukturreformen zur Steigerung der Effizienz der Märkte andererseits. In Europa hofft man also – nach drei Jahren des vergeblichen Wartens – weiterhin darauf, als einzige Weltregion auf eine aktive makroökonomische Politik zur Wachstumsstimulierung verzichten und sich an die Konjunkturbelebung in Übersee anhängen zu können.

Im Prinzip wäre es durchaus logisch, dass sich nach mehreren Jahren der schwachen Investitionstätigkeit und Gesamtnachfrage in Europa eine Belebung in Übersee auch in der EU positiv niederschlägt. Eine nähere Betrachtung ergibt jedoch aus vielen Gründen ein relativ ernüchterndes Bild:

- Es ist fraglich, ob die in den USA vor allem durch Militärausgaben induzierte Nachfrage ebenso kräftige Auswirkungen auf Europa zeitigt wie frühere Nachfrageschübe in den USA.
- Die positiven Zeichen für die Belebung in der Euro-Zone beschränken sich weiterhin im wesentlichen auf weiche Indikatoren, also auf die Stimmungslage und auf Erwartungen. In den harten (z. B. Output-)Daten fanden sie noch keinen substantziellen Niederschlag.

- Die Wachstumsprognosen (der EU-Kommission) für die drei größten Länder für das Jahr 2004 sind mit $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{3}{4}$ Prozent weiterhin bescheiden. Ein *Konjunkturaufschwung* im zyklischen Sinne (der die vorangegangene Abwärtsbewegung kompensiert) ist damit weiterhin nicht in Sicht, bestenfalls kann von einer leichten *Konjunkturerholung* gesprochen werden.
- Diese Erholung ist viel zu schwach, um für eine Wende am Arbeitsmarkt zu sorgen, welche einer Outputbelebung üblicherweise etwa drei Quartale nachhinkt.
- Wird auf einer raschen Konsolidierung des deutschen und des französischen Staatshaushaltes bestanden, dann droht die nächste Rezession.
- Die Wachstumsprognose für Deutschland, welcher derzeit aus verständlichen Gründen nicht nur – wie üblich – aus nachbarlich österreichischer Sicht besonderes Augenmerk geschenkt wird, wird im Jahr 2004 von einem bislang kaum diskutierten Phänomen beeinflusst, nämlich von einer außergewöhnlichen Vermehrung der Zahl der Arbeitstage:

Schalttag und Co.

Gegenüber dem Jahr 2003, welches im historischen Vergleich eine durchschnittliche Zahl von Arbeitstagen aufwies, wird es in Deutschland im Jahr 2004 um 3 bis 4 Arbeitstage mehr geben. Für einen Tag ist bekanntlich das Schaltjahr verantwortlich, für 2 bis 3 weitere Tage – je nach Bundesland – Feiertage, die auf Wochenendtage fallen (u. a. die Weihnachtsfeiertage). Daraus errechnet sich rein statistisch eine Vermehrung der Zahl der Arbeitstage um rund 1,5 Prozent, woraus sich in Modellrechnungen (gewichtet nach den regionalen Bevölkerungsanteilen) ein zusätzliches Wachstum der deutschen Wirtschaft von 0,6 - 0,7 Prozentpunkten ergab.

Die OECD führte anlässlich ihrer jüngsten Konjunkturprognosesitzung eine entsprechende „Bereinigung“ ihrer Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft durch, was diese von 1,5 auf 0,8 Prozent reduzierte und natürlich zu heftigen Diskussionen um die Frage Anlass gab, welches nun (bereinigt oder unbereinigt) das „wahre“ Wachstum sei. Vor dem Versuch einer Beantwortung dieser Frage soll hier noch anhand einiger Beispiele dargestellt werden, weshalb eine Vermehrung der Arbeitstage keine lineare Ausweitung des Outputs mit sich bringt, warum deshalb deren Auswirkung zumeist überschätzt wird, welche Faktoren berücksichtigt wer-

den müssen, wenn die wirtschaftliche Mehrleistung auf Grund einer Erhöhung der jährlichen Zahl der Arbeitstage kalkuliert werden soll, und wo Unterschiede im internationalen Vergleich begründet sind:

- Saison: Wenn die Bautätigkeit witterungsbedingt im Winter ruht, so wird deren Output auch nicht steigen, wenn die Weihnachtstage eingespart werden.
- Auslastungsgrad: Im produzierenden Sektor ist der Effekt zusätzlicher Arbeitszeiten umso geringer, je geringer der aktuelle Auslastungsgrad ist. Dies spricht in der derzeitigen Konjunkturphase dafür, dass die Modellrechnungen Auswirkungen der Zusatztage überschätzen.
- Sektor: Im öffentlichen Sektor ändert sich der an den Beamtengehältern gemessene Output nicht durch eine Änderung der Zahl der Arbeitstage.
- Wochentag: In vielen europäischen Ländern ist zu berücksichtigen, dass der Montag Ruhetag für Geschäfte, Restaurants etc. ist. Andererseits kann etwa ein auf einen Donnerstag fallender Feiertag zur massiven Nutzung des Freitags als Urlaubstag (Fenstertag) führen und damit zu einer Produktionsbremse werden.
- Branche: Berechnungen für Österreich haben ergeben, dass auf Grund des hohen Anteils der Tourismusbranche die Auswirkungen stark gedämpft werden, da zusätzliche Feiertage in dieser Branche den Output tendenziell sogar erhöhen. Der französische Ansatz, einen Feiertag zwecks zusätzlicher Finanzierung für die Altenpflege einzusparen, könnte sich somit in Österreich als höchst kontraproduktiv erweisen.

Die Berücksichtigung solcher und ähnlicher Erwägungen reduziert die Bedeutung der Diskussion um die Arbeitstagsvermehrung beträchtlich. Dennoch sollte festgehalten werden:

- In einer Quartalsrechnung (in welcher Saison- und Arbeitstagsbereinigung üblich sind) macht die Bereinigung zwecks genauer Analyse der konjunkturellen Dynamik und des Entwicklungspfades durchaus Sinn.
- Die Jahresdaten der VGR, welche ein Gesamtbild der tatsächlichen Leistung ergeben und internationalen Vergleichen dienen sollen, sollten nicht bereinigt werden (abgesehen davon, dass die Arbeitstagsbereinigung gar nicht für alle Teilaggregate vorliegt). Sie sollten kein statistisches Artefakt, sondern die Wirklichkeit darstellen, also wie viel z. B. tatsächlich produziert wird, um weitere Konsequenzen

(etwa für Arbeitsmarkt, Steuereinnahmen u. s. f.) abschätzen zu können.

- Die deutsche Wirtschaft würde ohne die zusätzlichen Arbeitstage schwächer wachsen, ihre zugrunde liegende Konjunkturdynamik wird also tatsächlich überzeichnet, wenn auch nicht in dem Maße, wie manche Modellrechnungen vermuten lassen.

Europäische Wachstumsinitiative als Rettung?

Es sieht also für die europäische Wirtschaft, insbesondere für die Euro-Zone, weiterhin nicht sehr gut aus. Nach drei äußerst mageren Jahren wird zumindest ein viertes Jahr mit deutlich unterdurchschnittlichem Wachstum folgen. Selbst wenn eine mäßige Erholung im Jahr 2005 an Kraft gewinnen sollte, wird sich dies bestenfalls erst gegen Jahresende am Arbeitsmarkt bemerkbar machen und damit die Masseneinkommen erhöhen und die Zuversicht der privaten Haushalte stärken. Die negativen Folgen dieser über drei bis vier Jahre schleichenden Krise sind daher mindestens so gravierend wie diejenigen vergangener „echter“ Rezessionen, als nach negativen Wachstumsraten auch rasch wieder eine kräftige Belebung folgte.

Dass selbst die OECD, die nicht gerade der übertriebenen Sympathie mit keynesianischem Gedankengut verdächtig werden kann, die Diagnose stellt, dass der Impuls für die derzeitige von den USA ausgehende globale Erholung großteils politikinduziert ist, sollte doch endlich Konsequenzen für die Konzeption der makroökonomischen Politik Europas haben. Diese hat allerdings die besten Chancen verpasst, der Karren ist bereits sehr verfahren.

Die Fehler der Geldpolitik wurden vor allem 2001 und 2002 begangen, als man die wirtschaftliche Schwäche nicht zur Kenntnis nehmen wollte und viel zu spät und zu zögerlich reagierte. Eine verantwortungsvolle Geldpolitik hätte vorausschauend handeln müssen; heute, nach drei Jahren der Stagnation, kann natürlich auch von Zinssenkungen kein substanzieller Effekt mehr erwartet werden. Und auch das Dilemma der Haushaltspolitik wurde immer deutlicher: Die so genannte nachhaltige Stabilisierung der Staatsfinanzen steht im Zentrum der Bemühungen, wobei auf schwaches Wachstum und damit steigende Arbeitslosigkeit keine Rücksicht genommen wird. Dabei wäre eine Politik, welche für Arbeitsplätze sorgt und Arbeitslosigkeit reduziert, der wirkungsvollste Beitrag zu

einer Entlastung zukünftiger Budgets.

Auf den ersten Blick erscheint die zur Zeit in Diskussion befindliche europäische Wachstumsinitiative als – wenn auch (zu) später – Versuch, Lehren aus den Erfahrungen der USA zu ziehen, die bisherigen Versäumnisse der europäischen Wirtschaftspolitik zu kompensieren und einen neuen Anlauf auf die Lissabon-Ziele zu unternehmen. Der Ansatz, über eine gemeinsame, koordinierte europäische Initiative Investitionen in Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur einerseits und in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Qualifikationen andererseits anzukurbeln und damit sowohl relativ kurzfristig Nachfrage zu schaffen als auch längerfristig die Angebotsbedingungen zu verbessern, erscheint grundsätzlich äußerst vernünftig.

Eine nähere Betrachtung der (bislang vorliegenden) Konzeption lässt allerdings große Skepsis aufkommen. Im Wesentlichen werden bereits vorher vorhanden gewesene Projekte aufgelistet, zusätzliche finanzielle Mittel wird es kaum geben, die Mitgliedstaaten sollten in die Tasche greifen, aber alles müsse mit den Bedingungen des Stabilitätspaktes in Einklang stehen. Mit anderen Worten, gerade diejenigen Länder, die einen Wachstumsschub am dringendsten benötigen, dürfen kein Geld dafür ausgeben. Was von der Wachstumsinitiative übrig bleibt, ist also eher ein Signal, eine Durchhalteparole: „Wir tun ja eh' was“, ein Versuch, damit die Stimmung positiv zu beeinflussen.

Prinzip Hoffnung

Trotz Wachstumsinitiative bleiben die Aussichten für die europäische Wirtschaft also getrübt. Natürlich wird auch Europa davon profitieren, wenn der Rest der Welt wieder kräftiger wächst. Ob die Erweiterung der EU das Wachstum stimulieren oder Unsicherheiten und Fragilitäten verstärken wird, ist noch offen. Wenn sich die einseitig angebotsorientierte Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik nicht grundsätzlich und ernsthaft hin zu einer wachstums- und beschäftigungsorientierten makroökonomischen Politik ändert, welche auch die Rolle der Nachfrage im Wirtschaftskreislauf berücksichtigt, stehen die Chancen für Wachstumsraten über dem langfristigen Durchschnitt auch noch für längere Zeit ungünstig. Für die Aussichten auf einen kräftigen und nachhaltigen Konjunkturaufschwung in der Euro-Zone gilt also weiterhin das „Prinzip Hoffnung“.

NEUERSCHEINUNGEN

Michael Angrick (Hrsg.)

Auf dem Weg zur nachhaltigen Informationsgesellschaft

In diesem Band gehen Autoren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien der Frage nach, inwiefern und inwieweit sich das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung mit den aktuellen Entwicklungstendenzen der Informationsgesellschaft verbinden läßt. Die Beiträge des Bandes enthalten Gestaltungsperspektiven, zeichnen die Dynamik des Entwicklungsprozesses nach und geben Hinweise zu den Auswirkungen einer sich abzeichnenden nachhaltigen Informationsgesellschaft.

357 Seiten, 29,80 €, ISBN 3-89518-433-0

Ralf Isenmann

Natur als Vorbild

Der Autor spürt dem Verständnis der Natur in der Ökonomie nach. Er plädiert für ein differenzierres und erweiteres Naturverständnis: Es erscheint möglich, die Natur als Vorbild für die Ökonomie in Anspruch zu nehmen, d.h. sie als Entdeckungsheuristik, Inspirationsreservoir und Innovationsquelle zu betrachten, um von ihren smarten Phänomenen, den Strategien im Umgang mit Stoff, Energie, Information, Raum und Zeit zu lernen.

400 Seiten, 36,80 €, ISBN 3-89518-430-6

Holger Petersen

Ecopreneurship und Wettbewerbsstrategie

Verbreitung ökologischer Innovationen auf Grundlage von Wettbewerbsvorteilen

Ca. 400 Seiten, 36,80 €, ISBN 3-89518-448-9

metropolis Verlag

Metropolis-Verlag

Bahnhofstr. 16a, D-35037 Marburg

www.metropolis-verlag.de

Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung

Serguei Kaniovski, Kurt Kratena, Markus Marterbauer

1. Wirtschaftliche Ausgangslage und Ansatzpunkte für die Konjunkturpolitik

In der Europäischen Union tritt seit Ende des Jahres 2000 eine hartnäckige Wachstumsschwäche auf. Im Durchschnitt der drei Jahre 2001 bis 2003 betrug das jährliche Wachstum des BIP real nur +1% (Euro-Raum +0,9%), bedeutend weniger als der langfristige Durchschnitt. Die ungewöhnlich lange Dauer der konjunkturellen Stagnation hat erhebliche Wohlfahrtsverluste mit sich gebracht. Die Arbeitslosenquote ist in der EU von 7,3% im Jahr 2001 auf 7,8% im heurigen Jahr gestiegen (Euro-Raum 8,0% auf 8,9%).

Die Hartnäckigkeit der Konjunkturkrise in Europa hat vielfältige Ursachen. Die Konjunkturabschwächung ging von den USA aus, wo die außergewöhnliche spekulative Hausse von Aktien der *New Economy* im Jahr 2000 zu Ende ging. Die Rezession in den USA hat sich über Außenhandel und Direktinvestitionen auch auf Europa übertragen. Zudem hat sich der Einbruch der Aktienkurse auch auf die europäischen Kapitalmärkte ausgedehnt. Das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern in die weitere wirtschaftliche Entwicklung wurde merklich getrübt, eine Zurückhaltung bei Investitions- und Konsumnachfrage war die Folge. Die abwartende Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik hat zur langen Dauer der Konjunkturkrise wesentlich beigetragen. Die Zinspolitik reagierte auf die Wachstumsabschwächung nur sehr zögernd. Die Fiskalpolitik verharrte auf Basis des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf ihrem Kurs des Vorrangs für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gegenüber einer Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung. Dies hat die Erwartungen von Unternehmen und privaten Haushalten zusätzlich gedämpft. Das Wachstum der Inlandsnachfrage blieb mit real +1% im Durchschnitt der Jahre 2001-2003 markant schwächer als im langjährigen Vergleich.

Österreich ist als kleine, außenhandelsabhängige Volkswirtschaft von einer schlechten Nachfrageentwicklung bei den Handelspartnern unmittelbar betroffen. Das Wachstum des Exports schwächte sich merklich ab. Es betrug im Durchschnitt der Jahre 2001-2003 knapp 4% (gegenüber +1,7% in der EU). Zum schwächeren Wachstum des Exports kam eine ausgeprägte Krise der Inlandsnachfrage. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte war gedrückt, die Investitionen der Unternehmen gingen vor allem 2001 und 2002 merklich zurück. Die Inlandsnachfrage stagnierte im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Die Konjunkturlaute brachte auch in Österreich erhebliche negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit Jänner 2001 von 5,6% der unselbstständigen Erwerbspersonen auf zuletzt 7,1% gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm damit in diesem Zeitraum um 55.000 zu.

Jüngst haben sich ausgehend von einer leichten Erholung der Konjunktur in den USA und der Aktienkurse die Erwartungen einer weltweiten Erholung stabilisiert. In der EU hat sich die Stimmung von Unternehmen und Verbrauchern etwas gefestigt, selbst in Deutschland wird die Lage nun etwas zuversichtlicher eingeschätzt. Allerdings bleibt eine Reihe von wachstumsbremsenden Kräften wirksam: Der Anstieg des Dollar-Euro-Wechselkurses belastet Export und Investitionen in Europa. Die niedrige Kapazitätsauslastung erlaubt noch keine Erhöhung der Ausstattungsinvestitionen. Expansive Signale der EU-Wirtschaftspolitik fehlen. Unter diesen Rahmenbedingungen dürfte das Wirtschaftswachstum auch 2004 verhalten bleiben.

In Österreich sind die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung noch schwach. Die Produktionserwartungen der Unternehmen sind jüngst etwas optimistischer geworden, die Umsätze im Einzelhandel verlaufen relativ günstig. Allerdings steigt die Arbeitslosigkeit stetig. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt würde ein Wirtschaftswachstum von etwa 2% voraussetzen. Dies zeichnet sich nicht ab.¹

Die Wirtschaftspolitik ist angesichts der Hartnäckigkeit der Konjunkturkrise und des scharfen Anstiegs der Arbeitslosigkeit gefordert. Der größte Spielraum für expansive Maßnahmen besteht auf EU-Ebene. Aktive Konjunkturpolitik ist auf europäischer Ebene wirkungsvoller als auf Ebene der Mitgliedstaaten, wo auf Grund der engen Außenhandelsverflechtung ein Teil der zusätzlichen Nachfrage über Importe abgedeckt wird. Die Absicht der Europäischen Kommission, auf Basis der Vorschläge der 'Van-Miert-Gruppe' und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Wege zu leiten, ist insbesondere auf eine langfristige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet. Hier gilt es sicherzustellen, dass die im Rahmen der 'Lissabon-Strategie' beson-

ders betonten Humaninvestitionen in Bildung, Forschung und soziale Kohäsion nicht gegenüber materiellen Investitionen in den Hintergrund treten. Kurzfristig können Investitionen in die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sinnvolle Impulse geben. Die österreichische Wirtschaftspolitik sollte sich vor allem darum bemühen, dass erstens die Finanzierungsvoraussetzungen für das Vorziehen möglichst vieler der geplanten Projekte rasch geschaffen werden und zweitens die Europäische Union einen Schwerpunkt ihrer Investitionsoffensive in den Beitrittsländern setzt.

Die Beispiele verschiedener EU-Länder zeigen, dass konjunkturpolitischer Handlungsspielraum auch auf nationalstaatlicher Ebene besteht. Wie groß dieser Spielraum ist, hängt auch von der Konjunktur in den Partnerländern, dem Wechselkursregime, der Lohnpolitik und ähnlichen Faktoren ab. Die österreichische Bundesregierung hat unter dem Eindruck der laufenden Verschlechterung der konjunkturellen Perspektiven in den Jahren 2001 und 2002 Maßnahmenpakete geschnürt, die kurzfristige Nachfrageimpulse mit langfristigen strukturellen Verbesserungen verbinden. Vor allem die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für Infrastrukturinvestitionen der ASFINAG und der SCHIG sowie die befristete Einführung einer Investitionszuwachsprämie haben zu positiven Wachstumseffekten geführt.² Allerdings waren die beiden Konjunkturpakete nicht ausreichend, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit umzukehren. Nun wird über die Struktur eines dritten Maßnahmenpaketes diskutiert.

2. Effizienz der Fiskalpolitik – ein Überblick über theoretische und empirische Literatur

Die Bedeutung expansiver und restriktiver Impulse der Fiskalpolitik für Wachstum und Beschäftigung ist in der theoretischen und empirischen Literatur umstritten. Die keynesianische Literatur geht von der Annahme unterausgelasteter Kapazitäten und (kurzfristig) rigider Preise aus und betont deshalb die positiven Effekte fiskalischer Expansion auf Nachfrage und BIP. Die neoklassische Literatur, die eine Produktion am oder nahe des *Potential Output* annimmt, hält reale Effekte der Fiskalpolitik auf Grund der Verdrängung privater durch öffentliche Nachfrage und wegen veränderter Erwartungen für gering oder im Extremfall sogar für negativ. Die Auswirkungen expansiver Fiskalpolitik hängen in den Theorien deshalb von den Annahmen über die Auslastung der Kapazitäten, die Preisflexibilität, die Zinspolitik, die Zinssensitivität von privaten Investitionen, den Offenheitsgrad der Volkswirtschaft und das Wechselkursregime ab.³

2.1 Erwartungen der keynesianischen Theorie

Ausgehend von unterausgelasteten Kapazitäten und Arbeitslosigkeit erwartet die keynesianische Theorie von expansiver Fiskalpolitik eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zumindest in kurzfristiger Hinsicht: Öffentlicher Konsum und öffentliche Investitionen steigen direkt durch eine Ausgabenerhöhung, Steuersenkungen und Transfererhöhungen verbessern das verfügbare persönliche Einkommen der privaten Haushalte und damit die Konsumnachfrage. Auf Grund der höheren Nachfrage erwarten die Unternehmer eine Ausweitung des Absatzes und zeigen deshalb höhere Investitionsneigung (Akzeleratoreffekt).

Die keynesianische Multiplikatortheorie würde darüber hinaus erwarten, dass höhere diskretionäre Ausgaben einen stärker expansiven Effekt auf das BIP haben als Steuersenkungen, weil öffentliche Nachfrage direkt die Gesamtnachfrage erhöht, während Steuersenkungen und Transfers nur die verfügbaren persönlichen Einkommen und indirekt den Konsum, aber auch das Sparen begünstigen. Auf Grund der höheren marginalen und durchschnittlichen Konsumneigung der unteren Einkommensschichten würden zudem höhere (Sozial-)Transfers einen expansiveren Effekt auf das BIP haben als Steuersenkungen, die die Bezieher oberer Einkommen begünstigen.

Im Szenario einer offenen Volkswirtschaft würde expansive Fiskalpolitik bei flexiblen Wechselkursen zu einer Erhöhung der Importnachfrage führen, deshalb kommt es zu einem höheren Leistungsbilanzdefizit und einer Währungsabwertung. Daraus ergibt sich ein Impuls für den Export. Bei festen Wechselkursen führt der fiskalische Impuls zu Zahlungsbilanzproblemen und würde deshalb gedämpft werden, sofern sich die Handelspartner nicht ebenfalls expansiv verhalten.

Die keynesianische Theorie betont jedoch die Bedeutung automatischer (passiver) Reaktionen des Budgetsaldos auf Veränderungen des BIP gegenüber jener diskretionärer (aktiver) Fiskalpolitik. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors ist primär das Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Investitions- und Sparentscheidungen von Unternehmen und privaten Haushalten.⁴ Damit rückt die Rolle der automatischen Stabilisatoren in den Mittelpunkt der Betrachtung: Sobald hohe Überschüsse der privaten Haushalte auftreten, die nicht durch kreditfinanzierte Investitionen der Unternehmen absorbiert werden, muss automatisch entweder der Auslandssektor oder der öffentliche Sektor ein Defizit erleiden.

2.2 Erwartungen der neoklassischen Theorie

Die neoklassische Theorie erwartet im Allgemeinen keine langfristigen Effekte der Fiskalpolitik auf realwirtschaftliche Variablen. Das resultiert

primär aus der Annahme, dass sich eine Marktwirtschaft im Normalfall in einem stabilen Gleichgewicht beim Potenzialoutput befindet. Politik-schocks können dieses Gleichgewicht zwar kurzfristig verändern, die Marktkräfte führen aber wieder zum Gleichgewicht zurück. Fiskalpolitik beeinflusst vor allem nominelle Variablen wie Inflation oder Zinssätze. Negative Angebotswirkungen expansiver Fiskalpolitik könnten allerdings das BIP verringern. Gleichmaßen können positive Angebotseffekte einer Senkung der Staatsquote zu höherem Wirtschaftswachstum führen.

In der extremen Ausformung des ‚Ricardianischen Äquivalenztheorems‘⁵ betont die neoklassische Theorie Erwartungseffekte: Bei einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, die durch eine Ausweitung des Budgetdefizits finanziert wird, erwarten die privaten Haushalte, dass in Zukunft ihre Steuerbelastung steigen wird. Deshalb erhöhen sie ihre Ersparnisse in der Gegenwart. Dadurch verändert sich die Gesamtnachfrage infolge expansiver Fiskalpolitik nicht. In Extremfällen wurden sogar expansive Effekte restriktiver Fiskalpolitik behauptet („non-keynesian effects“).⁶

Die neoklassische *Mainstream*-Theorie betont *Crowding-out*-Effekte. In einer geschlossenen Volkswirtschaft führt eine höhere Kapitalnachfrage durch öffentliche Verschuldung zu einem Anstieg des Zinsniveaus, dadurch werden private Investitionen verdrängt. In der offenen Volkswirtschaft führt expansive Fiskalpolitik bei flexiblen Wechselkursen zu einer Erhöhung des Zinsniveaus und zu einer Währungsaufwertung. Der fiskalische Stimulus wird durch geringere Nettoexporte kompensiert. Bei festen Wechselkursen würde Fiskalpolitik zu Kapitalzuflüssen und Wachstumseffekten führen.

2.3 Empirische Literatur

In der Literatur existiert eine Vielzahl von Untersuchungen über die ökonomischen Effekte expansiver und restriktiver Fiskalpolitik. Blanchard – Perotti (2002) haben die Effekte der Fiskalpolitik für die USA seit dem Zweiten Weltkrieg untersucht. In den USA dominiert Fiskalpolitik über Steuersenkungen oder -erhöhungen. Der Einsatz der Fiskalinstrumente hat die erwarteten Effekte, die Multiplikatoren sind signifikant positiv. Steuererhöhungen dämpfen das BIP, Steuersenkungen beleben es. Brunila – Buti – in't Veld (2002) untersuchen die Effekte der Fiskalpolitik in Europa. Die Multiplikatoren sind auch hier positiv, aber etwas geringer als in der Untersuchung für die USA.

Hemming – Kell – Mahfouz (2002) geben in einem IMF-Working-Paper einen umfassenden Überblick über die vorhandenen empirischen Untersuchungen zu den Wirkungen der Fiskalpolitik. Empirisch geschätzte

makroökonomische Modelle ergeben in Standardsimulationen generell positive Effekte der Fiskalpolitik auf das BIP. Die Bandbreite der Multiplikatoren ist allerdings äußerst hoch, sie reicht von +0,1 bis +3,1. Die meisten Ausgabenmultiplikatoren liegen in einer Bandbreite von +0,6 bis +1,4, die Steuermultiplikatoren zwischen +0,3 und +0,8. Die überwiegende Mehrzahl der empirisch geschätzten makroökonomischen Modelle beinhaltet kurzfristige Multiplikatoren, die für Staatsausgaben signifikant höher sind als für Steuereinnahmen. Die Evidenz für ein negatives Vorzeichen der Multiplikatoren ist sehr gering. Langfristig sind die Multiplikatoren etwas niedriger als kurzfristig.

Hemming – Mahfouz – Schimmelpfennig (2002) kommen in einer großen Querschnittsuntersuchung zum Ergebnis generell positiver Effekte der Fiskalpolitik auf das BIP. Die Fiskalpolitik ist besonders effizient und die Multiplikatoren sind hoch, wenn die Auslastung der Kapazitäten niedrig und der Außenhandelsgrad gering sind oder wenn die Volkswirtschaft unter den Rahmenbedingungen fester Wechselkursen agiert, der Staatsanteil an der Wirtschaft hoch ist und die expansive Fiskalpolitik ausgabenorientiert ist bzw. von einer Niedrigzinspolitik begleitet wird.

3. Design der Simulationen

Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Budgetpolitik und Wirtschaftswachstum sind im Lauf der letzten Jahrzehnte merklichen Veränderungen in Bezug auf Fragestellungen und Herangehensweisen unterlegen. Ausgehend von Wachstumsabschwächung und Rezessionen stand in den sechziger und siebziger Jahren die Frage im Vordergrund, wie mit Fiskalpolitik das Wirtschaftswachstum stimuliert werden kann. Dabei bildeten die Multiplikatorwirkungen unterschiedlicher Nachfragekategorien den Mittelpunkt des Interesses. In den achtziger und vor allem den neunziger Jahren drehte sich die Fragestellung um. Wirtschaftspolitisch stand nicht mehr die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch expansive Fiskalpolitik, sondern die Budgetkonsolidierung im Vordergrund. Daraus ergab sich die Frage, welche Effekte auf das Wachstum eine Sanierung der öffentlichen Haushalte haben würde. Die Untersuchungen konzentrierten sich auf die Nachfrage- und Angebots- effekte einzelner Konsolidierungsmaßnahmen.⁷

Die vorliegende Untersuchung verbindet in gewisser Weise beide Forschungszugänge. Aufgabe ist es, die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Wirtschaftspolitik zu simulieren, die kurzfristig mithilfe expansiver Budgetpolitik im Konjunkturtief Nachfrage und Wirtschaftswachstum stimulieren will, mittelfristig aber einer Budgetbeschränkung (etwa im Rahmen des Stabilitätspaktes der EU) unterliegt. Von Interesse sind daher wirtschaftspolitische Maßnahmen, die kurzfristig expansive Effek-

te generieren, wobei mittelfristig Maßnahmen der Gegenfinanzierung gesetzt werden. Die Studie untersucht daher die Wirksamkeit einer explizit antizyklischen Fiskalpolitik.

Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Budgetpolitik werden mithilfe von zwei Modellen untersucht. Das WIFO-Makromodell hat seine Stärken in der Abschätzung der Einkommenseffekte der Nachfrageimpulse und der daraus folgenden Kreislaufeffekte. Das WIFO-Multimac ist ein disaggregiertes Modell, das seine Stärken in der Abschätzung der Entwicklung von Güter- und Nachfragestrukturen hat.

Das Simulationsdesign geht davon aus, dass die Budgetpolitik im ersten Jahr, von dem angenommen wird, dass es von relativ ungünstiger Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet ist, einen expansiven Impuls im Ausmaß von 2 Mrd. € setzt. Das Volumen der Maßnahme entspricht etwa 1% des BIP und erfolgt zusätzlich zu den Wirkungen der automatischen Stabilisatoren.

Der expansive Impuls erfolgt in vier unterschiedlichen Formen. Simulation 1 und 2 beziehen sich auf eine Erhöhung der Staatsausgaben, Simulation 3 und 4 auf eine Senkung der Staatseinnahmen. In der ersten Simulation wird eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage im Bereich Infrastrukturinvestitionen angenommen. Im WIFO-Makromodell und im WIFO-Multimac wird dafür eine Erhöhung der ‚Nicht-Wohnbauten‘ vorgenommen.

Die zweite Simulation betrifft eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage nach Informationstechnologien. Im WIFO-Makromodell kann dies nur durch eine Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen abgebildet werden, das WIFO-Multimac erlaubt eine stärkere Differenzierung, hier werden die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien erhöht. Die Stärke des WIFO-Makromodells liegt in der Abbildung der Einkommenseffekte einer Erhöhung der Investitionen, die Stärke des WIFO-Multimac in der Abbildung der Nachfragestruktur, insbesondere auch der unterschiedlichen Importeffekte. Die Erkenntnisse aus beiden Simulationen wurden für eine Verbesserung der Simulationsqualität genutzt, indem etwa die deutlich geringere Importneigung bei Baugegenüber Ausrüstungsinvestitionen, die sich aus dem WIFO-Multimac ergibt, im WIFO-Makromodell berücksichtigt wurde.

Die dritte Simulation untersucht die Effekte einer Senkung der Lohnsteuer um 2 Mrd. € im ersten Jahr. Auf Grund der Erwartung, dass sich die Nachfragewirkungen einer Lohnsteuersenkung je nach betroffener Einkommensgruppe sehr stark unterscheiden, wurden hier drei unterschiedliche Varianten analysiert. Mithilfe des WIFO-Makromodells wird untersucht, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Effekte unterscheiden, wenn einmal ausschließlich das untere Einkommensdrittel, einmal das mittlere und einmal das obere Einkommensdrittel von der Lohnsteuer-

senkung profitiert. Methodisch wird dabei so vorgegangen, dass angenommen wird, der durchschnittliche Konsument repräsentiere zunächst das untere, dann das mittlere und schließlich das obere Einkommensdrittel. Die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse resultieren aus verschiedenen marginalen und durchschnittlichen Konsumneigungen je Einkommensschicht. Die Konsumerhebung zeigt, dass das untere Einkommensdrittel eine deutlich höhere Konsumneigung aufweist als der Rest der Verteilung. Diese Ergebnisse werden in das WIFO-Makromodell implementiert. Das WIFO-Multimac berücksichtigt vor allem die unterschiedliche Importneigung je nach Güterstruktur. Für die Berücksichtigung der unterschiedlichen Importneigung nach Einkommensgruppen liegen keine ausreichenden Informationen vor.

In der vierten Simulation wird der Faktor Arbeit über eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung um 2 Mrd. € entlastet. Der wirtschaftliche Anpassungsprozess erfolgt über eine Senkung der Arbeitskosten und eine Verbesserung der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Untersuchung der Effekte expansiver Fiskalpolitik erfolgt primär unter dem Gesichtspunkt ihrer kurzfristigen, antizyklischen Wirkungen. Die Budgetpolitik versucht, in einer gesamtwirtschaftlichen Krisensituation einen Impuls zu geben, der dem endogenen Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt. Mittelfristig unterliegt die Budgetpolitik allerdings einer Budgetbeschränkung. Bei einer Verbesserung der Konjunkturlage müssen zur Kompensation des expansiven Impulses restriktive Maßnahmen ergriffen werden. Dies resultiert primär aus langfristigen Überlegungen zur Finanzierbarkeit und zu den Effekten der Budgetpolitik. Eine dauerhaft in erheblichem Ausmaß defizitfinanzierte Budgetpolitik würde die Belastung des Staatshaushalts mit Zinszahlungen stark ansteigen lassen, darüber hinaus Reaktionen der Zinspolitik auslösen und so auf längere Sicht die Spielräume der Budgetpolitik einengen. Dazu kommen die Notwendigkeiten, die sich aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union ergeben. Dieser sieht das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen öffentlichen Haushalts vor. Eine antizyklisch orientierte Fiskalpolitik muss deshalb expansive Maßnahmen in der Rezession mit restriktiven Maßnahmen in der Hochkonjunktur verbinden.

Für Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurde angenommen, dass die restriktiven Maßnahmen der Gegenfinanzierung im dritten Jahr, von dem angenommen wird, dass es eine günstigere Konjunkturlage aufweist, einsetzen. Sie bestehen aus zwei Elementen: zum einen aus einer Verringerung der Sozialtransfers um 1 1/2 Mrd. € und zum anderen aus einer Verringerung des öffentlichen Personalaufwands („Verwaltungsreform“) um 1 1/2 Mrd. €, das entspricht einem Abbau von etwa 14.000 bis 15.000 öffentlich Beschäftigten. Beide Elemente der restriktiven Budgetpolitik

werden für alle vier Simulationen gleich implementiert. Die Gegenfinanzierung wurde dabei als ‚ex ante aufkommensneutral‘ angenommen. Die Ausgabenkürzung um 2 Mrd. € im dritten Jahr der Simulation entspricht genau dem Volumen der Ausgabenerhöhung bzw. Abgabensenkung im ersten Jahr. Auf Grund der unterschiedlichen Wachstumswirkungen der budgetären Maßnahmen und der unterschiedlichen Zeitpunkte, zu denen expansive und restriktive Maßnahmen in Kraft treten, geht die Veränderung des Budgetsaldos allerdings nicht auf Null zurück. Das heißt, antizyklische Budgetpolitik ist ex post nicht aufkommensneutral. Bei Simulationen, die eine besonders starke Wachstumswirkung aufweisen, ergibt sich mittelfristig eine Verbesserung des Budgetsaldos.

Die Ergebnisse der Simulationen werden für zwei Zeitpunkte ausgewiesen: einmal für das zweite Jahr der Simulation. Hier sollen die kurzfristigen Wirkungen des expansiven Impulses höherer Staatsausgaben bzw. geringerer Staatseinnahmen dargestellt werden. Weiters für das fünfte Jahr der Simulation: Damit werden die mittelfristigen Effekte einer expansiven Budgetmaßnahme bei schlechter Konjunktur, die nach zwei Jahren und bei günstigerer Konjunktur durch restriktive Maßnahmen der Gegenfinanzierung ergänzt werden, dargestellt.

4. Wirkungen höherer Infrastrukturinvestitionen

In einer ersten Simulation werden die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen einer Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen untersucht, die zwei Jahre später durch eine Kürzung von Transfers und öffentlichem Personalaufwand gegenfinanziert wird. Bauinvestitionen bilden traditionell das wichtigste Instrument einer diskretionären Budgetpolitik. Sofern die Planung des Infrastrukturausbaus langfristig ausgerichtet ist, können Bauprojekte durch Vorziehmaßnahmen auch kurzfristig wirtschaftspolitisch wirksam gemacht werden. Österreich weist in der Verkehrsinfrastruktur nach wie vor erhebliche Defizite auf. Die Behebung dieser Mängel ist vor allem durch die bevorstehende Erweiterung der EU von besonderer Dringlichkeit.

Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur stellt ein wesentliches Element einer Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Österreich und seiner Wettbewerbsfähigkeit dar. Entsprechende Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind deshalb unter langfristigen Gesichtspunkten sinnvoll. Sie können aber auch kurzfristig positive Wachstumseffekte auslösen. So dürfte die starke Ausweitung des Finanzierungsrahmens für Asfinag und SCHIG in den Jahren 2002 und 2003 erhebliche expansive Effekte auf die Bauwirtschaft und das BIP gehabt haben.⁸ Bei längerfristiger Betrachtung sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass der Anteil der Bauwirtschaft am BIP im internationalen Vergleich sehr

hoch ist. Es sollte deshalb darauf geachtet werden, Bauinvestitionen in stärkerem Ausmaß konjunkturell einzusetzen. Eine geeignete Planung der langfristigen Erfordernisse des Infrastrukturausbaus sollte es erlauben, in Phasen schlechter Konjunktur die Verwirklichung von Bauprojekten vorzuziehen. Dabei kann auch der Signalwirkung, die von einer aktiven Wirtschaftspolitik auf eine Stabilisierung des Vertrauens der privaten Unternehmen und der Verbraucher ausgehen, besondere Bedeutung zukommen. Bei guter Konjunktur sollte hingegen die Vergabe von Bauprojekten restriktiv gehandhabt werden.

4.1 Kurzfristige Wirkungen

Die Ausweitung der öffentlichen Investitionen löst einen Einkommenseffekt aus, der zu höheren Konsumausgaben der privaten Haushalte und damit zu einem höheren BIP führt. Dazu kommt ein Akzeleratoreffekt, der die Ausweitung der privaten Investitionen infolge einer Erhöhung des BIP abbildet. Dämpfend wirkt die Ausweitung der Importe, die eine Folge des Anstiegs der Gesamtnachfrage ist.

Der Gesamteffekt der Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen auf das BIP liegt kurzfristig deutlich über 1. Das WIFO-Makromodell kommt sogar zu einem Multiplikator 1,8. Der expansive Effekt ist etwas höher als in vergangenen Untersuchungen angenommen. Dies ist das Ergebnis einer genaueren Erfassung der – im Bereich der Bauwirtschaft relativ niedrigen – Importneigung. Das WIFO-Multimac ergibt kurzfristig einen schwächeren Wachstumseffekt, der Multiplikator liegt bei etwa 1,2.

Die Erhöhung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen um etwa 1% des BIP führt kurzfristig zu einem zusätzlichen Wachstum des BIP zwischen 1,2% und 1,8%. Die Ausweitung der verfügbaren persönlichen Einkommen erlaubt den privaten Haushalten eine Erhöhung ihrer Konsumausgaben, diese steigen um 0,7% bis 0,8%. Die marginale Konsumneigung liegt bei etwa 0,5. Gleichzeitig erhöht sich auch der Sparanteil am verfügbaren persönlichen Einkommen. Die Sparquote steigt um 0,6 Prozentpunkte. Der Anstieg in den verfügbaren persönlichen Einkommen erhöht also Konsumausgaben und Sparquote kurzfristig etwa im gleichen Ausmaß.

Die Bruttoanlageinvestitionen wachsen kräftig, einerseits als Folge der direkten Investitionssteigerung des Staates, andererseits auf Grund der indirekten Akzeleratorwirkungen. Der Anstieg beträgt im Makromodell 6,7% und im Multimac 4,5%. Der Unterschied im Ausmaß der Akzeleratorwirkung bei den Investitionen stellt den wichtigsten Grund für die unterschiedlichen Ergebnisse der beiden Modelle in Bezug auf den BIP-Effekt dar.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-Makromodell

		Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
		Kumulierte Abweichung in % bzw. Prozentpunkten	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>			
<i>Konsumausgaben</i>			
Gesamt	Prozent	+ 0,6	– 0,5
Private Haushalte ¹⁾	Prozent	+ 0,7	– 0,3
Staat	Prozent	+ 0,4	– 1,2
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>			
Gesamt	Prozent	+ 6,7	+ 5,8
Private Bauinvestitionen	Prozent	+ 1,1	+ 1,0
Private Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	+ 5,1	+ 2,6
Exporte	Prozent	+ 0,2	– 0,2
Minus Importe	Prozent	+ 0,9	– 0,1
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,3	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	Prozent	+ 1,8	+ 0,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	Prozent	+ 1,8	+ 1,6
<i>Preise</i>			
Verbraucherpreise	Prozent	+ 0,1	+ 0,6
<i>Arbeitsmarkt</i>			
Arbeitskräfteangebot	Prozent	+ 0,2	+ 0,1
Unselbstständig Beschäftigte ²⁾	Prozent	+ 1,1	+ 0,7
	1.000 Personen	+ 32,7	+ 20,1
Arbeitslose ³⁾	1.000 Personen	– 25,0	– 15,6
Arbeitslosenquote ⁴⁾	Prozentpunkte	– 0,9	– 0,5
Arbeitsproduktivität	Prozent	+ 0,7	+ 0,3
Lohnstückkosten	Prozent	– 0,3	+ 0,5
<i>Einkommen, Sparen</i>			
Lohn- u. Gehaltssumme, brutto ⁵⁾	Prozent	+ 1,5	+ 1,5
<i>Reallohn je unselbstständig Beschäftigten</i>			
Gesamt	Prozent	+ 0,2	+ 0,3
Privater Sektor	Prozent	+ 0,2	+ 0,2
<i>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto</i>			
Nominell	Prozent	+ 1,5	+ 0,0
Real (Preise 1995)	Prozent	+ 1,3	– 0,6
Sparquote ⁶⁾	Prozentpunkte	+ 0,6	– 0,3
<i>Staatshaushalt</i>			
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkt	– 0,3	– 0,1
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,3	– 0,6
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,6	+ 0,5

¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. ²⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. ⁴⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ⁵⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge. ⁶⁾ in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

Tabelle 2: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-MULTIMAC

	Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
	Kumulierte Abweichung in %	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>		
Privater Konsum	+ 0,8	- 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	+ 3,8
Exporte	- 0,3	- 0,7
Minus Importe	+ 0,9	- 0,0
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	+ 1,2	+ 0,3
<i>Preise</i>		
Verbraucherpreise	+ 0,4	+ 0,7
Produzentenpreise	+ 0,4	+ 0,7
<i>Arbeitsmarkt</i>		
Unselbstständig Beschäftigte ¹⁾	+ 1,2	+ 0,1
Arbeitslosenquote ²⁾ in Prozentpunkten	- 1,0	+ 0,1
Arbeitsproduktivität	+ 0,1	+ 0,4
Lohnstückkosten	+ 0,6	+ 0,7
<i>Einkommen</i>		
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ³⁾ je unselbstständig Beschäftigten	+ 0,7	+ 1,1

¹⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ²⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ³⁾ Mit Arbeitgeberbeiträgen.

Die gestiegene Gesamtnachfrage führt zu einer Ausweitung der Importe. Beide Modelle erwarten eine Erhöhung der Einfuhren um 0,9%. Der Export ist durch die wirtschaftspolitische Expansion weniger betroffen. Im WIFO-Makromodell ergibt sich ein leichter Zuwachs bei den Exporten, der auf positive Produktivitätseffekte, einen Rückgang der Lohnstückkosten und damit eine Verbesserung der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit zurückgeht. Im WIFO-Multimac bleiben die Produktivitätseffekte hingegen relativ schwach, Preise und Lohnstückkosten steigen etwas rascher, wodurch der Export leicht gedämpft wird. Beide Modelle erwarten aber einen negativen Außenbeitrag zum BIP. Im Makromodell verschlechtert sich dieser um etwa 0,3% des BIP.

Die Erhöhung des BIP führt zu einem Anstieg der Arbeitskräftenachfrage. Der Beschäftigungszuwachs ist im Multimac-Modell – trotz des geringeren Wachstumseffekts – höher als im Makromodell. Im Multimac führt eine Ausweitung der Nachfrage überwiegend zu zusätzlicher Beschäftigung, der Produktivitätseffekt bleibt kurzfristig relativ gering. Demgegenüber reagieren im Makromodell Beschäftigung und Arbeitsproduk-

tivität kurzfristig im Verhältnis von 2:1. Die Zahl der Beschäftigten erhöht sich durch die Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen um 1,1% bis 1,2%. Das entspricht einem Beschäftigungsgewinn von etwa 33.000 bis 36.000 Arbeitsplätzen. Mithilfe des WIFO-Multimac kann auch die Struktur der Beschäftigungsveränderung detailliert abgebildet werden. Die stärksten Arbeitsplatzgewinne ergeben sich naturgemäß im Bereich des Bauwesens, wo sich die Zahl der Beschäftigten um gut 6% erhöht. Daneben profitiert der Bereich der direkten Bauzulieferung, darunter vor allem die Bereiche Steine- und Glaswaren (+2,5%), sowie Holzverarbeitung (+1,5%). Eine Reihe von Branchen ist durch den Einkommenseffekt besonders begünstigt. Darunter fallen sowohl das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+1,5%), als auch die dynamischen Wirtschaftsbereiche der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Forschung und Entwicklung u. a. +4,5%).

Der Anstieg der Beschäftigung führt in beiden Modellen zu einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im WIFO-Makromodell beträgt der Rückgang der Arbeitslosenquote 0,9 Prozentpunkte. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte eine Obergrenze darstellen. Der Rückgang der Arbeitslosenquote ist im Segment der Niedrigqualifizierten deutlich stärker (2½ Prozentpunkte) als in jenem der Hochqualifizierten (¼ Prozentpunkt). Gerade bei einem merklichen Anstieg der Baubeschäftigung muss mit einem regen Zustrom von ausländischen Arbeitskräften und deshalb mit einem stärkeren Anstieg des Arbeitskräfteangebots gerechnet werden, als es die üblichen Modellbeziehungen annehmen.

Die Preiseffekte des expansiven Impulses bleiben in beiden Modellen eher bescheiden. Im WIFO-Multimac steigt die Inflation (+0,4%) etwas rascher als im WIFO-Makromodell (+0,1%), weil die Produktivitätseffekte als geringer angenommen werden.

Die Wachstumseffekte des expansiven Investitionsimpulses führen zu einer merklichen Ausweitung der Staatseinnahmen. Der Budgetsaldo verschlechtert sich kurzfristig um gut ½% des BIP. Das heißt, der Selbstfinanzierungsgrad der expansiven Fiskalpolitik liegt kurzfristig bei etwa 40%.

4.2 Mittelfristige Wirkungen

Die mittelfristigen Ergebnisse zeigen die Kombination einer Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen im ersten Jahr der Simulation mit einer Senkung der Sozialtransfers und der Personalausgaben im dritten Jahr. Auch nach fünf Jahren bleibt der Effekt der Fiskalpolitik auf das BIP positiv. Er schwankt zwischen 0,3% (WIFO-Multimac) und 0,9% (WIFO-Makromodell). Der expansive Effekt der Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen

überwiegt den restriktiven Effekt der Senkung von Transfers und öffentlichem Konsum deutlich. Dies ist zum Teil auch durch den unterschiedlichen Zeitpunkt des Inkrafttretens der beiden Maßnahmen bedingt.

Die auch in mittelfristiger Hinsicht unterschiedlichen Simulationsergebnisse zwischen den beiden WIFO-Modellen resultieren vor allem aus einem wesentlich stärkeren Akzeleratoreffekt im Makromodell, d. h. einer stärkeren Ausweitung der privaten Investitionen als Folge der höheren öffentlichen Investitionen und des höheren BIP. Während die Bruttoanlageinvestitionen mittelfristig laut Makromodell um fast 6% steigen, liegen sie im Multimac um knapp 4% höher. Die anderen Komponenten der Endnachfrage entwickeln sich in den beiden Modellsimulationen recht ähnlich. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sinken mittelfristig leicht (-0,3%), weil die Kürzung der Staatsausgaben stärker auf das verfügbare persönliche Einkommen wirkt als die Erhöhung der Investitionen. Die Importzuwächse der ersten Jahre schwächen sich mittelfristig wieder ab, der Export wird leicht gedämpft.

Auf Grund des höheren Wirtschaftswachstums kommt das Makromodell auch mittelfristig zu einem positiven Beschäftigungseffekt der antizyklischen Fiskalpolitik. Nach fünf Jahren liegt die Beschäftigung um 0,7% höher, die Arbeitslosenquote sinkt um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt. Im Multimac baut sich der positive Effekt des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitsproduktivität über Lohnreaktionen erst mit Zeitverzögerung auf. Mittelfristig dominiert aber der Produktivitätseffekt gegenüber dem Beschäftigungseffekt. Die von der antizyklischen Fiskalpolitik ausgelöste Veränderung von Beschäftigung und Arbeitslosenquote liegt mittelfristig bei Null.

Die antizyklische Fiskalpolitik löst im WIFO-Makromodell insgesamt mittelfristig leicht positive Wachstumseffekte aus. Zudem setzt der restriktive Effekt später ein als der expansive Effekt. Beide Maßnahmen in Summe führen auch dazu, dass die Staatseinnahmen kräftig wachsen. Der Budgetsaldo verbessert sich mittelfristig trotz der vollständigen (ex ante aufkommensneutralen) Gegenfinanzierung um etwa $\frac{1}{2}$ % des BIP.

5. Wirkungen höherer Investitionen in Informationstechnologien

Eine Ausweitung der Investitionen des öffentlichen Sektors in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) stellt eine zweite Möglichkeit dar, der Wirtschaft expansive Impulse zu geben. Man würde erwarten, dass die Wachstumseffekte dieser Maßnahmen langfristig höher sind als jene von zusätzlichen baulichen Investitionen im Bereich der Infrastruktur. Beide Investitionsarten lösen sowohl Einkommenseffekte als auch Kapazitätseffekte aus. Kurzfristig überwiegen die Einkommenseffekte, die bei Bauinvestitionen auf Grund der geringen Importneigung

deutlich höher ausfallen. Darüber hinaus dürften Investitionen in IT aber langfristig einen positiven Effekt auf den Export haben (Verbesserung der qualitativen Wettbewerbsfähigkeit) und vor allem den Prozess des Strukturwandels beschleunigen.

Österreichs Investitionsstruktur weist im EU-Vergleich einen überproportionalen Anteil von Bauinvestitionen und einen Rückstand bei den Investitionen in IT auf. Während der Anteil der Bauinvestitionen am BIP in Österreich mit etwa 13% deutlich über jenem der EU liegt (10%), ist jener der Ausrüstungsinvestitionen mit 10% des BIP etwa gleich hoch. Daveri (2001) zeigt darüber hinaus, dass die Ausgaben für IKT in Österreich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Expansive Fiskalpolitik im Wege einer Erhöhung der Nachfrage nach IT (wie etwa die Beschaffung von Computern und Software, Adonis-Kommunikationssystem, elektronische Mautsysteme auf Autobahnen, Chipkarten im Gesundheitswesen usw.) stellt eine vor allem unter langfristigen Gesichtspunkten wünschenswerte Maßnahme dar.

Diese positiven langfristigen Folgen können allerdings mithilfe von makroökonomischen Modellen, die vor allem eine kurz- bis mittelfristige Perspektive haben, nicht ausreichend abgebildet werden. Das WIFO-Makromodell kann höhere Investitionen in IT nur über eine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen darstellen. Es konzentriert sich vor allem auf die Einkommenseffekte des expansiven Impulses, erfasst zudem die Akzeleratoreffekte auf private Investitionen. Im WIFO-Multimac sind die Akzeleratoreffekte etwas geringer, kurzfristig bleiben auch die Produktivitätseffekte hinter jenen des Makromodells zurück.

Der kurzfristige Effekt einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in IKT auf das BIP ist merklich geringer als jener zusätzlicher Bauinvestitionen. Er liegt zwischen 1,0% (WIFO-Multimac) und 1,1% (WIFO-Makromodell). Der wichtigste Grund dafür ist, dass zusätzliche Investitionen in Ausrüstungen merklich stärkere Importe nach sich ziehen als solche in Bauten. Die Importe steigen kurzfristig um 1,6%. Das dämpft die Wirkung auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen sind stärker, sofern es gelingt, die öffentliche Nachfrage nach IT auf jene Bereiche zu konzentrieren, in denen die inländische Wertschöpfung besonders hoch ist.

Der Multiplikator liegt bei etwa 1. Das höhere Wirtschaftswachstum löst zusätzliche Beschäftigung von 0,7% bis 0,9% aus, das entspricht 21.000 bis 27.000 Beschäftigten. Zusätzliche Beschäftigung entsteht zunächst vor allem in jenen Wirtschaftsbereichen, die IKT herstellen oder in der Anwendung arbeiten. Dies betrifft etwa die Bereiche elektrotechnische Einrichtungen (+3.000 Beschäftigte), Datenverarbeitung (+1.500), Forschung, Entwicklung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (+7.000). Von den Einkommenseffekten der Investitionen profitiert kurz-

Tabelle 3: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-Makromodell

		Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
		Kumulierte Abweichung in % bzw. Prozentpunkten	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>			
<i>Konsumausgaben</i>			
Gesamt	Prozent	+ 0,4	– 0,8
Private Haushalte ¹⁾	Prozent	+ 0,4	– 0,6
Staat	Prozent	+ 0,3	– 1,3
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>			
Gesamt	Prozent	+ 5,9	+ 4,9
Private Bauinvestitionen	Prozent	+ 0,7	+ 0,4
Private Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	+ 3,4	+ 1,1
Exporte	Prozent	+ 0,1	– 0,1
Minus Importe	Prozent	+ 1,6	+ 0,5
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,7	– 0,2
Bruttoinlandsprodukt	Prozent	+ 1,1	+ 0,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell	Prozent	+ 1,1	+ 0,6
<i>Preise</i>			
Verbraucherpreise	Prozent	+ 0,1	+ 0,3
<i>Arbeitsmarkt</i>			
Arbeitskräfteangebot	Prozent	+ 0,2	+ 0,0
Unselbstständig Beschäftigte ²⁾	Prozent	+ 0,7	+ 0,2
	1.000 Personen	+ 20,9	+ 7,2
Arbeitslose ³⁾	1.000 Personen	– 16,0	– 5,6
Arbeitslosenquote ⁴⁾	Prozentpunkte	– 0,6	– 0,2
Arbeitsproduktivität	Prozent	+ 0,5	+ 0,1
Lohnstückkosten	Prozent	– 0,2	+ 0,3
<i>Einkommen, Sparen</i>			
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁵⁾	Prozent	+ 0,9	+ 0,6
Reallohn je unselbstständig Beschäftigten			
Gesamt	Prozent	+ 0,1	+ 0,1
Privater Sektor	Prozent	+ 0,1	+ 0,1
<i>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto</i>			
Nominell	Prozent	+ 0,9	– 0,8
Real (Preise 1995)	Prozent	+ 0,8	– 1,1
Sparquote ⁶⁾	Prozentpunkte	+ 0,4	– 0,5
<i>Staatshaushalt</i>			
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,2	– 0,1
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,6	– 0,3
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,8	+ 0,2

¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. ²⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. ⁴⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ⁵⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge. ⁶⁾ in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

Tabelle 4: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausweitung der Investitionen in IKT und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-MULTIMAC

	Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
	Kumulierte Abweichung in %	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>		
Privater Konsum	+ 0,6	- 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	+ 3,8
Exporte	- 0,3	- 0,2
Minus Importe	+ 1,5	+ 0,8
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	+ 0,9	+ 0,0
<i>Preise</i>		
Verbraucherpreise	+ 0,3	+ 0,3
Produzentenpreise	+ 0,4	+ 0,3
<i>Arbeitsmarkt</i>		
Unselbstständig Beschäftigte ¹⁾	+ 0,9	- 0,1
Arbeitslosenquote ²⁾ in Prozentpunkten	- 0,7	+ 0,2
Arbeitsproduktivität	+ 0,1	+ 0,2
Lohnstückkosten	+ 0,7	+ 0,4
<i>Einkommen</i>		
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ³⁾ je unselbstständig Beschäftigten	+ 0,8	+ 0,6

¹⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ²⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ³⁾ Mit Arbeitgeberbeiträge.

fristig eine Reihe von nachgelagerten Sektoren, wie etwa die Bereiche Handel, Bauwesen, Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie Banken und Versicherungen. Die Arbeitslosenquote geht kurzfristig um 0,6 bis 0,8 Prozentpunkte zurück. Der Selbstfinanzierungsgrad der Ausweitung der Staatsausgaben liegt kurzfristig bei etwa 25%.

Mittelfristig bleibt nach Implementierung der restriktiven Maßnahmen der Gegenfinanzierung nur ein leicht positiver Effekt auf das BIP zurück (0,0% bis +0,3%). Der private Konsum wird durch die restriktiven Maßnahmen stärker gedämpft, als er von den positiven Wachstumseffekten profitiert (-0,6%). Der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum ist leicht negativ. Allerdings liegen die Bruttoanlageinvestitionen auch mittelfristig deutlich höher (4% bis 5%). Beschäftigung und Arbeitslosenquote verändern sich auf mittlere Frist kaum. Allerdings verschiebt sich die Beschäftigtenstruktur zu Gunsten von Elektrotechnik, Datenverarbeitung und unternehmensnahen Dienstleistungen. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors wird leicht verbessert (+0,2% des BIP).

**Tabelle 5: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausweitung der Investitionen in IKT inklusive Angebotseffekt und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-MULTIMAC**

	Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
	Kumulierte Abweichung in %	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>		
Privater Konsum	+ 0,6	– 0,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,5	+ 4,1
Exporte	– 0,0	+ 1,0
Minus Importe	+ 1,6	+ 1,0
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	+ 1,0	+ 0,4
<i>Preise</i>		
Verbraucherpreise	+ 0,0	– 1,3
Produzentenpreise	+ 0,0	– 1,4
<i>Arbeitsmarkt</i>		
Unselbstständig Beschäftigte ¹⁾	+ 0,9	+ 0,3
Arbeitslosenquote ²⁾ in Prozentpunkten	– 0,7	– 0,2
Arbeitsproduktivität	+ 0,1	+ 0,4
Lohnstückkosten	+ 0,4	– 0,8
<i>Einkommen</i>		
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ³⁾ je unselbstständig Beschäftigten	+ 0,5	– 0,4

¹⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ²⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ³⁾ Mit Arbeitgeberbeiträgen.

Im Rahmen des WIFO-Multimac wird in einer alternativen Simulation versucht, die langfristig positiven angebotsseitigen Effekte einer Erhöhung der Investitionen in IKT abzubilden. Dies basiert vor allem auf einer Arbeit von Daveri (2001), der eine Quantifizierung derartiger Effekte vornimmt. Dabei wird das Wirtschaftswachstum von der Angebotsseite betrachtet und in die Beiträge der Produktionsfaktoren zerlegt (*growth accounting*). Aus den Ergebnissen lässt sich für Österreich vorsichtig abschätzen, dass zusätzliche IT-Investitionen im Ausmaß von 1 Prozentpunkt des BIP ein um etwa 0,15% höheres Wirtschaftswachstum generieren. Dieses Ergebnis kann im WIFO-Multimac allerdings nicht direkt implementiert werden, da nicht Produktions-, sondern Kostenfunktionen für die einzelnen Sektoren verwendet werden. Es wurde daher angenommen, dass die höheren IT-Investitionen ab dem zweiten Jahr die Outputpreise in allen Sektoren um 0,15% verringern. Dadurch kommt es zu positiven Realeinkommenseffekten und einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Der BIP-Effekt bleibt dadurch auch am Ende der Periode trotz Gegenfinanzierung mit 0,4% positiv. Dies wirkt auch entsprechend auf die Beschäftigung, die ebenfalls nachhaltig positiv beeinflusst wird.

(+0,9% kurzfristig und +0,3% mittelfristig). Wir würden allerdings erwarten, dass dieser Effekt in einer längerfristigen Perspektive, deren zeitlicher Horizont deutlich über den der vorliegenden Analyse hinausgeht, noch deutlicher zum Tragen kommt.

6. Senkung der Lohnsteuer

Ein expansiver Effekt zur Konjunkturbelebung kann neben einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen auch von einer Senkung der Abgaben ausgehen. Internationale empirische Untersuchungen kommen durchwegs zum Ergebnis, dass die Wirkung auf das Wirtschaftswachstum in diesem Fall geringer ist. Bei einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sofort, sie zieht zusätzliche Einkommenseffekte nach sich. Demgegenüber erhöht eine Steuer-senkung für die privaten Haushalte zunächst nur die verfügbaren persönlichen Einkommen. Wachstumseffekte ergeben sich, sobald die höheren Einkommen auch konsumwirksam ausgegeben werden. Sowohl eine hohe Sparneigung als auch eine hohe Importneigung dämpfen diesen expansiven Effekt auf das BIP.

Auf Grund der hohen Bedeutung der marginalen und der durchschnittlichen Konsum- und Sparneigung für das Ausmaß des Multiplikators wird dieser Frage in der vorliegenden Untersuchung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Erstmals wird versucht, die unterschiedliche Konsumneigung nach Einkommensschichten in ein Makromodell zu implementieren. Damit kann den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher verteilungspolitischer Ausrichtungen einer Senkung der Einkommensteuern nachgegangen werden.

Sowohl die marginale Konsumneigung als auch die durchschnittliche Konsumneigung unterscheiden sich deutlich zwischen den Einkommensschichten (Tab. 6). Das untere Einkommensdrittel gibt den weitaus überwiegenden Teil, nämlich 80% einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens sofort wieder aus. Langfristig liegt die Konsumneigung sogar bei 1,2. Hier kommen Verschuldung und intergenerationale Transfers zur Wirkung. Demgegenüber verwenden das mittlere und das obere Einkommensdrittel zusätzliche Einkommen kurzfristig fast im gleichen Ausmaß zur Erhöhung der Konsumnachfrage wie des Sparens. Mittelfristig liegt die Konsumneigung des mittleren Einkommensdrittels bei 1, jene des oberen Einkommensdrittels bei etwa 0,8.

In den folgenden Simulationen wird angenommen, dass die Steuer-senkung in vollem Ausmaß ausschließlich einem Einkommensdrittel zugute kommt. Dies ist ein idealtypisches Szenario, das bei konkreten Steuerreformen nur schwierig zu realisieren ist. Es soll aber unterschiedliche Politikoptionen besonders klar zum Ausdruck bringen. Die mit Abstand höchsten Wachstumseffekte entstehen, wenn von der Steu-

Tabelle 6: Konsumneigung nach Einkommensgruppen

	marginal, kurzfristig	durchschnittlich, langfristig
1. Terzil	0,8	1,2
2. Terzil	0,5	1,0
3. Terzil	0,4	0,8

Q: ST.AT (Konsumerhebung 1999), WIFO

ensenkung das untere Einkommensdrittel profitiert (1. Terzil, siehe Tab. 7). Kurzfristig erhöht sich das verfügbare persönliche Einkommen der privaten Haushalte um gut 2%. Als Folge davon wird der private Konsum nahezu im gleichen Ausmaß ausgeweitet (+1,8%), die Sparquote steigt nur geringfügig (+0,2 Prozentpunkt). Die höhere Konsumnachfrage zieht einen Anstieg der Importe nach sich, der den expansiven Effekt dämpft. Wahrscheinlich ist dieser Importeffekt im unteren Einkommensdrittel etwas geringer als hier angenommen, genauere Daten über die Importneigung nach Einkommensdritteln liegen allerdings nicht vor. Die höhere Gesamtnachfrage zieht über eine Akzeleratorwirkung auch eine Ausweitung der privaten Investitionen nach sich. Insgesamt erhöht sich das BIP kurzfristig um fast 1%. Der kurzfristige Multiplikator liegt bei 1.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zeigt die erwarteten positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung steigt um gut $\frac{1}{2}\%$, das entspricht etwa 17.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote geht um 0,5 Prozentpunkte zurück. Die Senkung der Lohnsteuer zieht keine nennenswerten Preiseffekte nach sich (+0,1%), auch die Lohnstückkosten bleiben konstant. Der Einnahmenausfall für den Staat infolge der Senkung der Lohnsteuer wird durch die positiven Wachstumseffekte etwas gedämpft. Der Selbstfinanzierungsgrad der Lohnsteuersenkung für das untere Einkommensdrittel beträgt kurzfristig etwa 30%.

Mittelfristig wird der expansive Effekt der Lohnsteuersenkung durch die restriktiven Effekte der Kürzung von Sozialtransfers und Personalaufwand vollständig kompensiert. Das BIP hat sich kaum erhöht, auch für den Arbeitsmarkt und den Budgetsaldo ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

Wird die Senkung der Lohnsteuer auf das mittlere (zweite) bzw. das obere (dritte) Einkommensdrittel konzentriert, so fallen die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen deutlich schwächer aus. Kurzfristig wird der private Konsum um weniger als 1% ausgeweitet. Hingegen steigt die Sparquote um fast 1 Prozentpunkt an. Das BIP erhöht sich um gut $\frac{1}{2}\%$ (WIFO-Makromodell +0,5%, WIFO-Multimac +0,7%). Dies zieht leicht

**Tabelle 7: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Senkung der Lohnsteuer (1. Terzil) und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-Makromodell**

		Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
		Kumulierte Abweichung in % bzw. Prozentpunkten	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>			
<i>Konsumausgaben</i>			
Gesamt	Prozent	+ 1,4	- 0,3
Private Haushalte ¹⁾	Prozent	+ 1,8	+ 0,3
Staat	Prozent	+ 0,1	- 1,8
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>			
Gesamt	Prozent	+ 1,3	+ 0,3
Private Bauinvestitionen	Prozent	+ 0,6	- 0,0
Private Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	+ 2,7	+ 0,8
Exporte	Prozent	+ 0,1	- 0,1
Minus Importe	Prozent	+ 1,2	- 0,5
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,5	+ 0,2
Bruttoinlandsprodukt	Prozent	+ 0,9	+ 0,0
Bruttoinlandsprodukt, nominell	Prozent	+ 1,0	+ 0,3
<i>Preise</i>			
Verbraucherpreise	Prozent	+ 0,1	+ 0,2
<i>Arbeitsmarkt</i>			
Arbeitskräfteangebot	Prozent	+ 0,1	+ 0,0
Unselbstständig Beschäftigte ²⁾	Prozent	+ 0,6	+ 0,0
	1.000 Personen	+ 17,5	+ 1,4
Arbeitslose ³⁾	1.000 Personen	- 13,4	- 1,1
Arbeitslosenquote ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,5	- 0,0
Arbeitsproduktivität	Prozent	+ 0,4	- 0,0
Lohnstückkosten	Prozent	- 0,2	+ 0,2
<i>Einkommen, Sparen</i>			
Lohn- u. Gehaltssumme, brutto ⁵⁾	Prozent	+ 0,8	+ 0,2
<i>Reallohn je unselbstständig Beschäftigten</i>			
Gesamt	Prozent	+ 0,1	+ 0,0
Privater Sektor	Prozent	+ 0,1	- 0,0
<i>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto</i>			
Nominell	Prozent	+ 2,1	+ 0,3
Real (Preise 1995)	Prozent	+ 2,0	+ 0,1
Sparquote ⁶⁾	Prozentpunkte	+ 0,2	- 0,2
<i>Staatshaushalt</i>			
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	- 1,2	- 1,0
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,5	- 1,2
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	Prozentpunkte	- 0,7	+ 0,2

¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. ²⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. ⁴⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ⁵⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge. ⁶⁾ in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

positive Effekte auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach sich. Allerdings verändert sich die Beschäftigtenstruktur merklich. Es profitiert vor allem der Dienstleistungssektor. Besonders stark wird die Beschäftigung im Handel, im Beherbergungs- und Gaststättenwesen und bei unternehmensnahen Dienstleistungen ausgeweitet.

Der Budgetsaldo verschlechtert sich um fast 1% des BIP, das heißt im gleichen Ausmaß wie die Steuersenkung. Der Selbstfinanzierungsgrad der Abgabensenkung für das mittlere und obere Einkommensdrittel geht gegen Null.

Mittelfristig ist der dämpfende Effekt der Kürzung von Sozialtransfers und öffentlichem Personalaufwand geringfügig höher als der expansive Effekt der Steuersenkung für das mittlere und obere Einkommensdrittel. Das BIP hat sich nach fünf Jahren kaum erhöht. WIFO-Makromodell und WIFO-Multimac kommen quantitativ zu recht ähnlichen Ergebnissen. Die Struktur der Nachfrageentwicklung weist leichte Unterschiede auf. Im Multimac ist der Konsumeffekt der Steuersenkung etwas höher als im Makromodell, hingegen wachsen die Bruttoanlageinvestitionen etwas schwächer.

Zusätzlich wurde noch der Frage nachgegangen, ob die Unterschiede in der Güterstruktur der Konsumnachfrage nach Terzilen, wie sie aus der Konsumerhebung vorliegen, makroökonomisch relevant sind. Es zeigen sich zwar Unterschiede in der Konsumstruktur, sie sind jedoch nicht so bedeutend, dass sie zu makroökonomisch messbaren Ergebnissen führen. So variiert etwa der Anteil der Ausgaben im Ausland (Urlaube) zwischen 6,6% (1. Terzil) und 7,5% (3. Terzil). Auf Basis der Unterschiede in der durchschnittlichen Konsumneigung und der Simulationsergebnisse mit Multimac zur globalen Lohnsteuersenkung wurden marginale Konsumneigungen für wichtige Gütergruppen nach Terzilen geschätzt. Setzt man das in Multimac ein, dann zeigt sich, dass der Unterschied in den Ergebnissen zwischen einer Steuersenkung, die nur dem untersten und nur dem obersten Einkommensdrittel zugute kommt, im Bereich von 1/4 Prozentpunkt bei BIP und Beschäftigung liegt.

7. Entlastung des Faktors Arbeit

Mit einer Entlastung des Faktors Arbeit im Wege einer Senkung der Lohnnebenkosten wird vor allem die Erwartung positiver Beschäftigungseffekte verbunden. Dafür werden meist zwei Argumente angeführt:⁹

- Durch den mit der Lohnnebenkostensenkung verbundenen Rückgang der Lohnstückkosten verbessert sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit. In einer kleinen, offenen Volkswirtschaft mit hoher Außenhandelsverflechtung sollte dies die Exportnachfrage, damit das Wirtschaftswachstum und in der Folge die Beschäftigung erhöhen.

- Positive Effekte auf die gemessene Beschäftigung könnten auch von der Verringerung der Anreize für Schwarzarbeit und von einer Verschiebung der relativen Preise zwischen Arbeit und Kapital und der dadurch ausgelösten höheren Arbeitskräftenachfrage ausgehen.

Österreich weist im internationalen Vergleich durchschnittlich hohe Lohnnebenkosten von etwa zwei Drittel des Direktlohnes auf (sofern man um die Sonderzahlungen bereinigt). Neben dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung fallen der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, die Kommunalabgabe und andere – teils freiwillige – Sozialleistungen an.

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Lohnnebenkostensenkung hängen einerseits vom Ausmaß der Überwälzung der geringeren Arbeitskosten auf Löhne oder Preise und andererseits von den Auswirkungen auf die Höhe der Sozialtransfers ab. Walterskirchen et al. (1999) haben eine umfassende Untersuchung zum Thema vorgenommen und auch verschiedene Annahmen von Überwälzungsmechanismen diskutiert. Dort zeigt sich, dass das Ausmaß der Überwälzungseffekte die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer Veränderung der Lohnnebenkosten entscheidend bestimmt.

Dies ist auch das Ergebnis der Simulationen mit dem WIFO-Makromodell und dem WIFO-Multimac. Die beiden makroökonomischen Modelle weisen in Bezug auf die Wirkungen einer Senkung der Lohnnebenkosten die größten Unterschiede in den Ergebnissen auf. Dies ergibt sich aus unterschiedlichen Annahmen bezüglich der Überwälzungen in die Preise und die Wirkungen auf die Substitution zwischen Arbeit und Kapital.

Der wichtigste Effekt einer Senkung der Lohnnebenkosten liegt in der Verbesserung der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit. Beide Modelle betonen die Wirkung einer Senkung der Arbeitskosten um 2 Mrd. € auf die Lohnstückkosten. Dies führt zu einer beträchtlichen Ausweitung der Exportnachfrage. Der Export steigt im WIFO-Makromodell kurzfristig um 1,1% und im WIFO-Multimac um 0,9%. Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erhöht zudem den Marktanteil im Inland und dämpft so die Importe.

Zudem kommt es zu einem Preiseffekt. Die Höhe des Effekts hängt vom Ausmaß der Überwälzung der niedrigeren Kosten in die Konsumentenpreise ab. Das Makromodell nimmt eine Überwälzung von etwa 25% an, das Multimac eine fast vollständige Überwälzung. Die Konsumentenpreise sinken um 0,5% bis 1,3%. Daraus ergeben sich eine Erhöhung der real verfügbaren persönlichen Einkommen und eine leichte Ausweitung des privaten Konsums. Die Ausweitung des Exports und der Anstieg der Konsumnachfrage bewirken kurzfristig eine Erhöhung des BIP um 0,4% bis 0,5%.

Tabelle 8: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Entlastung des Faktors Arbeit und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-Makromodell

		Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
		Kumulierte Abweichung in % bzw. Prozentpunkten	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>			
<i>Konsumausgaben</i>			
Gesamt	Prozent	+ 0,1	– 1,0
Private Haushalte ¹⁾	Prozent	+ 0,2	– 0,7
Staat	Prozent	+ 0,1	– 1,7
<i>Bruttoanlageinvestitionen</i>			
Gesamt	Prozent	+ 0,5	+ 0,5
Private Bauinvestitionen	Prozent	+ 0,3	+ 0,4
Private Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	+ 0,9	+ 0,6
Exporte	Prozent	+ 1,1	+ 1,8
Minus Importe	Prozent	+ 0,3	– 0,3
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt	Prozent	+ 0,5	+ 0,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell	Prozent	– 0,3	– 0,9
<i>Preise</i>			
Verbraucherpreise	Prozent	– 0,5	– 0,9
<i>Arbeitsmarkt</i>			
Arbeitskräfteangebot	Prozent	+ 0,1	+ 0,1
Unselbstständig Beschäftigte ²⁾	Prozent	+ 0,3	+ 0,3
	1.000 Personen	+ 8,6	+ 8,1
Arbeitslose ³⁾	1.000 Personen	– 6,4	– 5,8
Arbeitslosenquote ⁴⁾	Prozentpunkte	– 0,2	– 0,2
Arbeitsproduktivität	Prozent	+ 0,2	+ 0,1
Lohnstückkosten	Prozent	– 2,7	– 2,6
<i>Einkommen, Sparen</i>			
Lohn- u. Gehaltssumme, brutto ⁵⁾	Prozent	+ 0,0	– 0,3
Reallohn je unselbstständig Beschäftigten			
Gesamt	Prozent	+ 0,2	+ 0,3
Privater Sektor	Prozent	+ 0,3	+ 0,3
<i>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto</i>			
Nominell	Prozent	– 0,2	– 2,1
Real (Preise 1995)	Prozent	+ 0,3	– 1,3
Sparquote ⁶⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	– 0,6
<i>Staatshaushalt</i>			
Laufende Einnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	– 1,0	– 0,9
Laufende Ausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,0	– 0,9
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	Prozentpunkte	– 1,1	+ 0,0

¹⁾ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. ²⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. ⁴⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ⁵⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge. ⁶⁾ in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

Tabelle 9: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Entlastung des Faktors Arbeit und einer Gegenfinanzierung
Simulation mit WIFO-MULTIMAC

	Kurzfristig, ohne Gegenfinanzierung	Mittelfristig, mit Gegenfinanzierung
	Kumulierte Abweichung in %	
<i>Nachfrage, real (Preise 1995)</i>		
Privater Konsum	+ 0,3	- 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,2	- 0,2
Exporte	+ 0,9	+ 1,0
Minus Importe	+ 0,1	- 0,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,4	- 0,5
<i>Preise</i>		
Verbraucherpreise	- 1,3	- 1,3
Produzentenpreise	- 1,4	- 1,5
<i>Arbeitsmarkt</i>		
Unselbstständig Beschäftigte ¹⁾	+ 0,7	- 0,3
Arbeitslosenquote ²⁾ in Prozentpunkten	- 0,6	+ 0,3
Arbeitsproduktivität	- 0,5	- 0,3
Lohnstückkosten	- 2,0	- 2,3
<i>Einkommen</i>		
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ³⁾ je unselbstständig Beschäftigten	- 2,5	- 2,6

¹⁾ Ohne Bezug von Karenz/Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. ²⁾ in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. ³⁾ Mit Arbeitgeberbeiträge.

Zusätzlich kann es infolge der Veränderung der relativen Kosten zu einem Substitutionseffekt von Kapital durch Arbeit kommen. Über das Ausmaß und die Fristigkeit der Wirksamkeit dieser Substitution besteht erhebliche Unsicherheit. Im WIFO-Makromodell ist der Substitutionseffekt nicht relevant. Im WIFO-Multimac ist der Substitutionseffekt relativ stark. Allerdings werden nicht Kapital und Arbeit gegeneinander substituiert, sondern die Firmen substituieren bei kurzfristig gegebenem Kapitalstock eigene Wertschöpfung (Arbeit) gegen Vorleistungen, womit auch *Outsourcing* abgebildet wird. Die Eigenpreiselastizitäten für Arbeit sind in Multimac jedoch eher niedrig und liegen in den meisten Wirtschaftszweigen um -0,2 bis -0,35.¹⁰ Der Schock einer Lohnnebenkostensenkung von 1% des BIP stellt jedoch – gemessen als Preisschock – einen massiven Eingriff dar und entspricht einer Absenkung der Dienstgeberbeiträge um 2 Prozentpunkte. Daher sind die in den Simulationsergebnissen sichtbaren Substitutionseffekte bedeutsam. Die Höhe dieses Effektes bestimmt das Ausmaß der Beschäftigungswirkungen der Lohnnebenkostensenkung. Im Makromodell steigt die Beschäftigung kurzfristig um 0,3%

(9.000 Arbeitsplätze). Im Multimac steigt die Beschäftigung sogar deutlich kräftiger als das BIP, die Arbeitsproduktivität geht zurück. Kurzfristig ergeben sich ein Beschäftigungszuwachs von 0,7% (21.000 Arbeitsplätze) und ein Rückgang der Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte.

Die Maßnahmen der Gegenfinanzierung führen in beiden Modellen zu einer markanten Dämpfung des verfügbaren persönlichen Einkommens und bewirken, dass die Konsumnachfrage der privaten Haushalte mittelfristig deutlich sinkt (um 0,7% im Makromodell bzw. 1,1% im Multimac). Die positive Wirkung der Verringerung der Arbeitskosten auf den Export hält in beiden Modellen an, im Makromodell steigt sie sogar mittelfristig noch merklich (+1,8%). Dadurch liegt das BIP im fünften Jahr noch leicht höher (+0,4%). Im Multimac fällt die Exportausweitung mittelfristig geringer aus und das BIP sinkt um 1/2%. Der mittelfristig negative Beschäftigungseffekt (-0,3%) kommt dadurch zustande, dass die Beschäftigungsrückgänge der Gegenfinanzierung in den vom privaten und öffentlichen Konsum betroffenen Dienstleistungssektoren die permanent positiven Beschäftigungseffekte der Lohnnebenkostensenkung (hauptsächlich in der Sachgütererzeugung) mehr als kompensieren. Von den Dienstleistungssektoren weisen auch mittelfristig Teile des Verkehrssektors, das Realitätenwesen und der Wirtschaftszweig Datenverarbeitung positive Beschäftigungseffekte auf.

Anmerkungen

- ¹ Marterbauer (2003).
- ² Aiginger, Kramer et al. (2003).
- ³ Hemming et al. (2002).
- ⁴ Allsopp, Vines (1996).
- ⁵ Barro (1974).
- ⁶ Giavazzi, Pagano (1990).
- ⁷ Marterbauer, Walterskirchen (1999).
- ⁸ Aiginger, Kramer et al. (2003).
- ⁹ Walterskirchen et al. (1999).
- ¹⁰ Siehe Kratena, Zakarias (2001).

Literatur

- Aiginger, K.; Kramer, H.; Köppl, A.; Biffl, G.; Falk, M.; Leo, H.; Lutz, H.; Mahringer, H.; Marterbauer, M.; Schratzenstaller, M.; Schwarz, G.; Walterskirchen E., Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums (=WIFO-Studie, Wien, August 2003).
- Allsopp, Ch.; Vines, D., Fiscal Policy and EMU, in: National Institute Economic Review 158 (1996).
- Barrell, R.; Weale, M., Fiscal Demand Management, in: National Institute Economic Review 185 (2003).
- Barro, R., Are Government Bonds Net Wealth?, in: Journal of Political Economy 82 (1974).

- Blanchard, O.; Perotti, R., An empirical characterization of the dynamic effects of changes in government spending and taxes on output, in: *Quarterly Journal of Economics* 67 (2002).
- Böhm, B.; Gleiß, A.; Wagner, M.; Zielger, D., Disaggregated Capital Stock Estimation for Austria – Methods, Concepts and Results, in: *Applied Economics* 34 (2001).
- Brunila, A.; Buti, M.; in't Veld, J., Cyclical Stabilisation under the Stability and Growth Pact: How Effective are the Automatic Stabilisers?, in: *The Impact of Fiscal Policy* (=Proceedings of a conference held by the Banca d'Italia, März 2002).
- Daveri, F., Information Technology and Growth in Europe (=University of Parma, Working Paper, Mai 2001).
- Giavazzi, F.; Pagano, M., Can Severe Fiscal Adjustments be Expansionary?, in: *NBER Macroeconomic Annual* (1990).
- Hemming, R.; Kell, M.; Mahfouz, S., The Effectiveness of Fiscal Policy in Stimulating Economic Activity – A Review of the Literature (=IMF Working Paper 02/208, Washington, D. C., 2002).
- Hemming, R.; Mahfouz, S.; Schimmelpfennig, A., Fiscal Policy and Economic Activity During Recessions in Advanced Economies (=IMF Working Paper 02/87, Washington, D. C., 2002).
- Kaniowski, S., Kapitalnutzungskosten in Österreich, in: *WIFO-Monatsberichte* 75/5 (2002).
- Kratena, K.; Zakarias, G., MULTIMAC IV: A Disaggregated Econometric Model of the Austrian Economy (=WIFO Work-ing Paper 160, Wien 2001).
- Marterbauer, M., Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allmählich überwunden. Prognose für 2003 und 2004, in: *WIFO Monatsberichte* 76/10 (2003).
- Marterbauer, M.; Walterskirchen, E., Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konsolidierungspolitik in der EU (=Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Wien 1999).
- Statistik Austria, Kapitalstockschätzung in der VGR, in: *Statistische Nachrichten* 57/2 (2002).
- Walterskirchen, E.; Huber, P.; Lehner, G.; Weber, A., Möglichkeiten und Auswirkungen einer Senkung der Lohnnebenkosten (=WIFO-Studie, Wien 1999).

Zusammenfassung

Das WIFO untersucht die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen expansiver Budgetpolitik mithilfe von zwei empirisch geschätzten makroökonomischen Modellen für die österreichische Wirtschaft. Dabei werden die Ergebnisse über die Jahre kumuliert ausgewiesen. Im Simulationsdesign wird angenommen, dass der Staat im Konjunkturtief bei sehr niedriger Kapazitätsauslastung über eine Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder der Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien, sowie über eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer oder eine Entlastung des Faktors Arbeit im Ausmaß von 2 Mrd. € (1% des BIP) das Wirtschaftswachstum stimuliert. Zwei Jahre später wird – unter der Annahme verbesserter Konjunkturlage und günstigerer Kapazitätsauslastung – eine Gegenfinanzierung der expansiven Maßnahmen durch eine Kürzung von Transfers und Personalausgaben im gleichen Ausmaß vorgenommen.

Die Auswirkungen expansiver Konjunkturpolitik auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung unterscheiden sich je nach Art der Maßnahmen erheblich. Kurzfristig erhöht eine Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur BIP und Zahl der Arbeitsplätze besonders stark. Langfristig könnten sich Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien als wirkungsvoller erweisen. Die Wachstumseffekte einer Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sind positiv, aber deutlich geringer als jene einer Auswei-

tung der Investitionen. Nur wenn die Abgabentlastung auf das untere Einkommensdrittel konzentriert wird, steigen BIP und Beschäftigung merklich. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Entlastung des Faktors Arbeit hängen stark von den getroffenen Annahmen ab.

Reihe
„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der AK-Wien“

Band 1: „Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 198 Seiten, € 21,66.

Band 2: „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates“, hrsg. von Günther Chaloupek und Bruno Rossmann, 114 Seiten, € 14,39.

Band 3: „Faktorproduktivität im internationalen Vergleich – Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden“, von Franz R. Hahn, Wolfgang Gerstenberger, Willem Molle und F. J. Meyer zu Schlochtern, 114 Seiten, € 14,39.

Band 4: „Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 110 Seiten, € 14,39.

Band 5: „Kapitalismus im 21. Jahrhundert.“ Ein Survey über aktuelle Literatur, hrsg. von Günther Chaloupek und Thomas Delapina, 88 Seiten, € 14,39.

Band 6: „Finanzausgleich – Herausforderungen und Reformperspektiven“, hrsg. von Bruno Rossmann, 142 Seiten, € 22,-.

Band 7: „Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Währungsunion“, hrsg. von Silvia Angelo und Michael Mesch, 138 Seiten, € 20,-.

Die Reihe erscheint im LexisNexis Verlag ARD Orac, 1014 Wien, Graben 17, Tel 01/534 42-0, Fax 01/534 52-142, e-mail: verlag@lexisnexus.at

The End of Finance and Financial Stabilisation

Jan Toporowski*

The financial system that is described in economics textbooks is one that serves as an amenity for industry, commerce, government and households. The prevailing view among economists is the Schumpeterian one that the financial system is essentially a passive supplier of credit to enterprise in other parts of the economy (the real economy), so that financial disturbances merely reflect disequilibrium in the real economy, or are the outcome of inappropriate monetary policies.¹ In my book *The End of Finance* I put forward an alternative hypothesis, in which the inflation of the market for long-term securities becomes the animating force of economic boom and crisis. In this paper I extend this argument by showing how it is different from the view of Marx and much contemporary finance theory. The paper then gives an outline of the theory of capital market inflation, and how it changes the end, or purpose of finance. It concludes by considering a possible way in which the capital market can be stabilised.

1. Marx on finance

Partly in response to earlier debates on the 'law of value' and the neo-ricardian critique of it, as well as claims of Keynesian economists to providing a more up-to-date account of capitalism with sophisticated monetary and financial institutions, a literature has emerged focussing on Marx's own contributions to monetary analysis. This has been aimed at refuting criticisms that were based on a reduction of Marx's analysis to value relations, undisturbed by a monetary and financial superstructure. Examples may be found in the work of de Brunhoff (1976) or Itoh and Lapavistas (1999). It is not my intention to enter into questions of Marx's monetary analysis and, for example, the role of the rate of interest in crisis. However, the nexus between money and industrial capital put for-

*Referat gehalten am Neujahrseminar 2003 des Arbeitskreises „Dr. Benedikt Kautsky“ in Bad Mitterndorf.

ward in that Marxian literature, or in most Post-Keynesian literature, is not adequate for a proper understanding of contemporary capitalism. In particular, it is unable to go beyond the question that Schumpeter posed: 'Is it capitalism which upsets money, or is it money which upsets capitalism?'¹² In fact contemporary capitalism is dominated by finance. Finance now determines the vagaries of the business cycle in the advanced capitalist countries. Because monetary policy acts directly on the banking system and finance, and only indirectly affects industrial capital, detailed and sophisticated analysis of a presumed money-industrial capital nexus (Keynes's 'monetary theory of production', for example), cannot give robust indicators of what is happening in capitalism, nor be a reliable guide to economic policy.

Finance, as a distinctive and dominating feature of contemporary capitalism, is not new. A similar kind of capitalism prevailed before the First World War, but fell into abeyance between the 1930s and the 1970s. In this section I want to give some indications why Marxism, with aspirations to critical, scientific and historical understanding of capitalism, failed to recognise a development in capitalism that has supplanted industrial accumulation, the industrial rate of profit, and the class struggle in the factories, as the chief source of dynamism and crisis in contemporary capitalism.

It is now widely accepted that Karl Marx did not provide a view of money and finance that could match the robustness and consistency of his and Friedrich Engels' analysis of industrial production. *Capital*, and its companion *Theories of Surplus Value*, were written around that analysis of capitalist production, which highlights the central role of value created in production. References to money and finance are scattered around the third volume of *Capital* and the third volume of *Theories of Surplus Value*. This should not be taken to mean that Marx's analysis of money and finance may be dismissed as irrelevant, or confined to a commodity money economy. Marx put forward at least three major innovations in monetary and financial analysis that have sadly been largely overlooked since his time, even by Marxist economists.

First of all, Marx broke with Ricardian classical political economy by clearly distinguishing the rate of interest from the rate of profit, and in showing how the former derives from the latter. Secondly, he put forward credit as a crucial factor in the dynamics of capitalist crisis. Thirdly, implicit in these first two innovations was his distinction between the 'fictitious capital' or 'interest-bearing capital', that is traded in financial markets, and productive capital that generates surplus. It was not until the 1950s, with the work of James Tobin, Merton Miller, and Franco Modigliani, that non-Marxist economics recognised 'fictitious' capital as a counterpart of

productive capital. John Maynard Keynes, for example, treated equity capital as an addition to productive capital.

I will not discuss these innovations further because my main concern in this section is with the scope and significance of finance in Marx's analysis. This is clearly laid out in chapter thirty-six of volume III of *Capital*. With the title 'Pre-capitalist Relations' it may seem an odd chapter in which to find Marx's conclusions on the role of finance in capitalism. But it does conclude Part V of the volume, a part that is entitled 'Division of Profit into Interest and Profit of Enterprise. Interest-Bearing Capital.' Moreover, the chapter has the added merit of authenticity: In his Preface, Engels wrote that 'The greatest difficulty was presented by Part V which dealt with the most complicated subject in the entire volume.' After fruitless attempts to complete various chapters in it, Engels confined himself to 'as orderly an arrangement of available matter as possible.' Of these chapters, the manuscript of 'the „Pre-capitalist“ chapter (Chap. XXXVI) was quite complete.'³

The chapter discusses the historic emergence of credit from medieval systems of usury. Marx wrote that: 'The credit system develops as a reaction against usury. But this should not be misunderstood, nor by any means interpreted in the manner of the ancient writers, the church fathers, Luther or the early socialists. It signifies no more and no less than the subordination of interest-bearing capital to the conditions and requirements of the capitalist mode of production.'⁴ Marx viewed the battle against usury as a 'demand for the subordination of interest-bearing capital to industrial capital.'⁵ In this way, capital ceases to be the fragmentary wealth that is at the unhindered disposal of individual capitalists, but is socialised to be reallocated where the highest return may be obtained.

What is crucial here is the use of the word 'subordination'. It clearly indicates the view that finance and credit are led by developments in productive industry. As Engels succinctly put it in a letter to Eduard Bernstein in 1883, 'The stock exchange simply adjusts the *distribution* of the surplus value *already stolen* from the workers...'⁶ In Volume III of *Capital* such adjustment is supposed to facilitate convergence, among firms and different activities, on an *average* rate of profit, whose decline then sets off *generalised* industrial crisis in capitalism.⁷ Although this could not have been foreseen at the time when Marx was writing, the development of the capitalist system went not towards the 'subordination' of finance to industrial capital, but in fact towards the subordination of industrial capital to finance. Hence the sluggish development of industry in capitalist countries that have come to be dominated by rentier capitalism, most notably the United Kingdom and the United States from the 1880s through to the 1930s, and from the 1980s onwards.

This development is central to the theory of capitalist crisis. In Marx the crisis is supposed to arise from a decline in the *industrial* rate of profit. However, the crises of finance capitalism appear to be set off by disturbances in the financial system, which then spread to industry by devastating the balance sheets of industrial corporations. Notable examples of this are the 1929 Crash, and the Japanese economic crisis after 1991.

As in nearly everything that Marx wrote after the first volume of *Capital*, it is possible to question the interpretation of his analysis, because of the enormous scope that his notes left for editing. But as I have mentioned earlier, this chapter suffered least from Engels' editing, and it has not been mis-translated: In the original German, the sentence about the subordination of finance to industrial production reads as follows: 'Es bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Unterordnung des zinstragenden Kapitals unter die Bedingungen und Bedürfnisse der kapitalistischen Produktionsweise.'⁸

Marx made one further assumption, that today would be considered controversial. This concerns the manner in which capitalist finance operates. One paragraph below his statement that capitalist finance is subordinated to industry, Marx wrote the following:

What distinguishes interest-bearing capital—in so far as it is an essential element of the capitalist mode of production—from usurer's capital is by no means the nature and character of this capital itself. It is merely the altered conditions under which it operates, and consequently also the totally transformed character of the borrower, who confronts the money-lender. Even when a man without fortune receives credit in his capacity of industrialist or merchant, it occurs with the expectation that he will function as a capitalist and appropriate unpaid labour with the borrowed capital. He receives credit in his capacity of potential capitalist. The circumstance that a man without fortune but possessing energy, solidity, ability and business acumen may become a capitalist in this manner—and the commercial value of each individual is pretty accurately estimated under the capitalist mode of production—is greatly admired by apologists of the capitalist system. Although this circumstance continually brings an unwelcome number of new soldiers of fortune into the field and into competition with the already existing individual capitalists, it also reinforces the supremacy of capital itself, expands its base and enables it to recruit ever new forces for itself out of the substratum of society. In a similar way, the circumstance that the Catholic Church in the Middle Ages formed its hierarchy out of the best brains in the land, regardless of their estate, birth or fortune, was one of the principal means of consolidating ecclesiastical rule and suppressing the laity. The more a ruling class is able to assimilate the foremost minds of a ruled class, the more stable and dangerous becomes its rule.'⁹

This Schumpeterian vision comes close to what would nowadays be called an 'efficient market' view of finance. It is still the view that prevails in contemporary economics. The more fundamental critic of capitalism, in this regard, turns out to have been Michał Kalecki, who concluded that the key factor in capital accumulation was the 'free' capital owned by the entrepreneur. He wrote that: 'The limitation of the size of the firm by the availability of entrepreneurial capital goes to the very heart of the capitalist system. Many economists assume, at least in their abstract theories, a state of business democracy where anybody endowed with entrepreneurial ability can obtain capital for a business venture. This picture of the activities of the 'pure' entrepreneur is, to put it mildly, unrealistic. The most important prerequisite for becoming an entrepreneur is the *ownership of capital*.'¹⁰

We may therefore conclude this section by noting that, notwithstanding his profound insights into capitalist economic processes and scientific methodology, in two respects, the evolution of capitalism did not go along the trajectory laid down by Marx. Far from subordinating itself to industrial capital, finance has subordinated industry, and even marginalised it in the most financially advanced countries. Secondly, far from supplying credit on equal terms to all entrepreneurs, finance weighs down with higher interest and risk those entrepreneurs who do not possess capital and, by varying its liquidity, renders the excess capital with which big business is endowed unsuitable to long-term and systematic industrial investment. In the final decades of the nineteenth century, as in the final decades of the twentieth century, capitalism entered into a new phase, which I have called an 'era of finance'. In the remaining sections of this paper I shall examine the main features of our present 'era of finance', highlighting its mechanisms of economic instability, before concluding with a suggestion as to how financial instability may be removed, as a prelude to a more radical transformation of the economy.

2. The 'Era of Finance'

In my book I define an era of finance as 'a period in history in which finance prospers with such apparent brilliance that it takes over from the industrial entrepreneur the leading role in capitalist development.'¹¹ I believe that this is not just of importance for the dynamics of capitalist development. It also affects the way in which capitalism is perceived and even the way in which we live under it. Hence the geographical centres of financial inflation, such as New York, Chicago, London and Singapore, appear thrusting and entrepreneurial, even when most of this enterprise is limited to finance and services, while industrial centres appear stodgy, dirty and unadventurous. In the conduct of our personal affairs,

mere saving is replaced by an anxious, speculative animus in which every advance in a financial market arouses regret that more resources were not or could not be committed to it, and every financial reverse threatens our security. This is best described by journalists rather than economists, for example, by Emile Zola in chapter 21 of his novel *'L'Argent.'*

In my book I argue that the present *'era of finance'* is based on the direction of pension fund contributions into markets for long-term securities, i. e., funded pension schemes. At the start of the 1960s, for example, the majority of securities held in London or New York, were owned by individuals. By the 1990s, the majority were owned by pension funds, either directly, or against the pension liabilities of insurance companies. This situation is unstable for a number of reasons. With the removal of cross-border capital controls and international diversification of investment portfolios, there is the tendency, already noted by Schumpeter in 1910, for investment funds to inflate peripheral markets, before deflating them catastrophically in what we now call *'emerging market crises'*.¹² In the longer term, pension fund schemes are vulnerable to the tendency of their cash liabilities to rise more rapidly than their contributions. This may not matter if new pension schemes are established as old ones mature. But when governments decree the establishment of new schemes, they tend to start up and mature simultaneously. Unless funds can diversify their portfolios abroad into markets where governments periodically decree new funded schemes, the inflow of pension surpluses and subsequent maturity destabilises the capital market with excess liquidity followed by illiquidity.

Two factors tend to induce, or bring forward, the maturity of funded pension schemes. The first one is economic recession, which usually reduces employment, without reducing the *current* pension liabilities of pension funds. This reduces the contributions inflow (net of pension outgoings) into pension funds, and hence portfolio placements into capital markets. The second is the fashion for flexible labour markets. The tailoring of workers' employment and income requirements to the financial circumstances of employers is undoubtedly agreeable to employers, who may well be inclined to keep workers on such variable contracts more permanently than workers on more stable contracts. While this may well stabilise employment, it occurs at the cost of making workers' household income unstable and unpredictable. To keep their household consumption stable under these circumstances, workers need liquid savings that they can draw upon if their income falls below that required to sustain their consumption. In this situation, pension schemes are merely a way of tying up money which may more urgently be needed before retirement. In other words, flexible labour practices increase the liquidity pre-

ference of workers and induce them to seek ways of avoiding contributions to pension schemes.

These two factors may undermine the stability of pension funds. Insofar as they do so then, paradoxically, they succeed in stabilising the macroeconomic situation, and the liquidity of industrial and commercial companies. This is because pension funds reinforce the 'inelasticity of saving' which Kalecki and Steindl saw as being a major factor in economic dynamics. In Kalecki and Steindl, this inelasticity arose because the wealthy individuals who held financial securities, i. e., rentiers and the professional middle classes employed in services and administration, would not reduce their saving if investment falls off. In a closed economy, with no government, saving has to equal investment and, in a modern capitalist system with financial intermediation, investment determines saving. (In an open economy with government, saving is merely the sum of investment, the fiscal deficit and the trade surplus.) If investment is reduced then, because rentiers' saving is not reduced, the reduction in total saving falls disproportionately upon the internal liquidity (retained profits, or saving) of companies. Faced with a drastic reduction in their internal funds, firms reduce their investment still further. In this way a 'Wicksellian cumulative process' drives the economy into recession until a sufficient number of, lower-saving, workers have been made unemployed and firms gone out of business, until the internal funds of the remaining firms are restored to the point where investment starts again.¹³

Under pension fund capitalism, this 'inelasticity' of saving is reinforced because a much higher share of saving is proportionate to total wage and salary income. While the capital market is being inflated with pension fund surpluses, large companies use the rising stock market to issue new securities cheaply, using the proceeds to repay bank borrowing (thereby depriving banks of their best corporate borrowers). 'Excess capital' is then used to take advantage of the stock market boom by buying and selling companies at a profit, rather than being invested productively, or in speculative ventures. In this way, economies experiencing capital market inflation are characterised by the expansion of financial activities, over-investment in new technologies and under-investment in old ones. As long as the financial boom maintains such investment spending, the system delivers economic growth, however slow. However, if investment is reduced, incomes and pension contributions may at best fall proportionately in the investment goods sector. For the economy as a whole, saving will only fall by that proportion weighted by the share of investment in total expenditure in the economy, i. e., less than proportionately. In other words, firms will find that they receive back in sales revenue less than they pay out in wages, rents, dividends, interest and pension contri-

butions. The resulting drain on their internal liquidity (or rise in external indebtedness, if they try to restore their internal liquidity by borrowing or issuing new securities) causes them to reduce their long-term investment.

In this situation, if pension fund contributions are reduced (because, for example, 'contracted-out' or self-employed workers avoid payments into pension schemes in order to sustain current consumption, or because unemployed workers no longer contribute to company schemes) this means that saving 'external' to companies is also diminished. With total saving reduced in this way, more money ends up as corporate saving, i. e., as retained profits. In this way, a squeeze on the cash flow of pension funds is a condition of the recovery in corporate finances.

3. The End of Finance?

The association of financial collapse with the end of capitalism has been commonly made, in particular by adherents of what Josef Steindl called 'Katastrophenpolitik', namely looking forward to the spontaneous collapse of capitalism which will then make a more just social order inevitable. This is very nicely expressed by Zola in an exchange between two key characters in his novel, 'L'Argent', Saccard who is the scheming, opportunistic speculator, and Sigismond Busch, a 'Karl Marxite' dying of consumption, who is devoting his final months to completion of a lengthy treatise explaining how, with social ownership of the means of production, wages equal to labour values will be paid using paper money. Busch's idealism and his potentially dangerous ideas arouse Saccard's curiosity, so he goes to visit him to find out:

„When are you going to sweep all that away with a kick?“

Sigismond shrugged his shoulders. „What is the use? You are demolishing yourselves fast enough.“ ...

...„There! You see that building in front of you? You see it?“

„The Bourse?“ said Saccard. „Why, yes, of course I see it.“

„Well it would be stupid to blow it up because it would be rebuilt. Only I predict to you that it will go up of itself when the State shall have expropriated it, and have become the sole universal bank of the nation“...¹⁴

This passage not only expresses very neatly, and very topically today, the way in which terrorist attacks on capitalism reinforce those elements of it which, left to themselves, would be unsustainable. It also contains a curious institutional juxtaposition, presenting centralised finance subordinated to industry, which Marx associated with capitalism, as a feature of socialism. This undoubtedly reflected the influence on Zola of Saint-Simon: A Saint-Simonian character under the name of Hamelin appears in the novel as a collaborator (and unwitting dupe) of Saccard. Marx of

course believed that Saint-Simonian 'finance socialism' inevitably led to capitalism.¹⁵

In fact, the history of economic development does not suggest a catastrophic final end to anything, but rather transitions to new socio-economic systems marked by political and economic instability. In the present 'era of finance' there can be little doubt that the main cause of economic instability lies in the unregulated activity of the financial system. This may culminate in a major collapse of financial markets such as occurred in 1929, and which will then transmit itself to the 'real' economy by destroying the credit systems on which modern economies depend. This is unlikely to happen today: The 1929 Crash came after the effective collapse of the international gold standard had debilitated the international financial system. Today there is at least one modern economic area whose size and financial under-development insulate it from international financial disturbances. This is the Euro-zone.

There will therefore be no 'end of finance' in the way in which the 1929 Crash removed Wall Street from the centre of American finance capitalism, and which Paul Sweezy (1941) memorably documented in 'The Decline of the Investment Banker'. What is much more likely is a continuation of financial instability, transmitting itself as periodic illiquidity to the balance sheets of industrial corporations unable to re-finance their activities in markets where the demand for securities suddenly evaporates. If financial inflation takes hold in the Euro-zone, perhaps through the establishment of funded pension schemes in order to support the Lamfalussy process of integrating Europe's financial markets, then financial instability will emerge in Europe. Only in that situation would it be possible to envisage the collapse of finance capitalism world-wide, in the wake of the financial deflation of Japan and now the United States.

Let me conclude by discussing one tactic of financial stabilisation that has been widely employed by central banks, even if academic economists preoccupied with the monetary effects of central bank operations have been slow to recognise it. This is the use of open market operations in order to stabilise liquidity in the markets for long-term securities: buying government stocks in order to provide investing institutions with the liquidity to buy company securities, or at least to enable them to avoid having to sell them into declining markets. This has been done most explicitly in Japan, but also in other countries sometimes unconsciously, as in Britain, because the open market operations are supposed to influence short-term interest rates and the liquidity of the banking sector, rather than the stock market and corporate liquidity.

The experience of Japan in this regard is not encouraging and highlights the limitations of trying to support corporate liquidity by stabilising the financial markets. Even if the central bank's open market operations

could stabilise the liquidity of the stock market, this merely entrenches the corporate sector's financial liabilities. If the economy is experiencing the kind of Wicksellian process of decline described by Steindl, with excessive household saving reducing the retained profits of companies (or increasing their losses), then the stabilisation of the financial system merely reinforces this 'inelasticity of saving'. In effect, the more successfully the central bank stabilises the financial markets, the more it weakens the liquidity of the corporate sector, causing real investment and corporate profits to fall even further. In this way, finance stands in the way of economic revival.

Endnotes

- ¹ Schumpeter (1939), vol. I, 109-129.
- ² Schumpeter (1939) 29.
- ³ Marx (1970) 4 and 6.
- ⁴ Marx (1970) 600.
- ⁵ *ibid.* 603.
- ⁶ Marx and Engels (1992) 433.
- ⁷ Marx (1970) Parts II and III. An essential guide to the interpretation of these parts was given by Josef Steindl in 'Karl Marx and the Accumulation of Capital' in Steindl (1952).
- ⁸ Marx (1932) 647-648.
- ⁹ Marx (1970) 600-601.
- ¹⁰ Kalecki (1954) 94-95. Kalecki went on to commend Steindl's treatment of this problem in Steindl (1945).
- ¹¹ Toporowski (2000) 1.
- ¹² Schumpeter (1961).
- ¹³ Kalecki (1954) 159, Steindl (1952) 113-121.
- ¹⁴ Zola (1894) 38 and 41. In the original the last sentences read as follows: '- Eh bien, ce serait bête de la faire sauter, parce qu'on le rebâtirait ailleurs... Seulement je vous prédis qu'elle sautera d'elle-même, quand l'Etat l'aura expropriée, devenu logiquement l'unique et universelle banque de la nation...' Zola (1968) 52.
- ¹⁵ Marx (1970) 607-8.

References

- de Brunhoff, S., *Marx on Money*, translated by M. J. Goldbloom (New York 1976).
- Itoh, M.; Lapavistas, C., *The Political Economy of Money and Finance* (New York 1999).
- Kalecki, M., *The Theory of Economic Dynamics, An Essay on Cyclical and Long-Run Changes in Capitalist Economy* (London 1954).
- Marx, K. H., *Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, Dritter Band, Buch III, Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion* (Berlin 1932).
- Marx, K. H., *Capital, A Critique of Political Economy, Volume III, The Process of Capitalist Production as a Whole* (London 1970).
- Marx, K. H.; Engels, F., *Collected Works, Volume 46, Marx and Engels 1880-1883* (London 1992).
- Schumpeter, J. A., *Business Cycles, A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process*, 2 volumes (New York 1939).

- Schumpeter J. A., *The Theory of Economic Development, An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest, and the Business Cycle* (New York 1961).
- Steindl, J., *Capitalist Enterprise and Risk*, in: *Oxford Economic Papers* (March 1961).
- Steindl, J., *Maturity and Stagnation in American Capitalism* (Oxford 1952).
- Sweezy, P. M., *The Decline of the Investment Banker*, in: *The Present As History – Essays and Reviews on Capitalism and Socialism* (New York 1953).
- Toporowski, J., *The End of Finance: The Theory of Capital Market Inflation, Financial Derivatives and Pension Fund Capitalism* (London 2000).
- Zola, E., *Money (L'Argent)*, translated by Ernest A. Vizetelly (London 1894).
- Zola, E., *L'Argent* (Paris 1968).

Summary

The financial system that is described in economics textbooks is one that serves as an amenity for industry, commerce, government and households. The prevailing view among economists is the Schumpeterian one that the financial system is essentially a passive supplier of credit to enterprise in other parts of the economy (the real economy), so that financial disturbances merely reflect disequilibrium in the real economy, or are the outcome of inappropriate monetary policies. The author puts forward an alternative hypothesis, in which the inflation of the market for long-term securities becomes the animating force of economic boom and crisis. In this paper he extends this argument by showing how it is different from the view of Marx and much contemporary finance theory. The paper then gives an outline of the theory of capital market inflation, and how it changes the end, or purpose of finance. It concludes by considering a possible way in which the capital market can be stabilised.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 7**

**Wirtschaftspolitische Koordination in der
Europäischen Währungsunion**

Silvia Angelo, Michael Mesch (Hrsg.)

Vorwort

Silvia Angelo, Hannes Schweighofer
Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Währungsunion.
Ausgangsüberlegungen für eine notwendige Debatte

Eckhardt Hein

Voraussetzungen und Notwendigkeiten einer europäischen Makrokoordinierung

Helene Schubert

Zur Notwendigkeit makroökonomischer Stabilisierungspolitik im Euro-
raum. Kommentar zu E. Hein

Thomas Wieser

Voraussetzungen und Erfordernisse für eine europäische Koordinierung
der makroökonomischen Politiken. Kommentar zu E. Hein

Jürgen Kromphardt

Lissabon-Strategie am Ende? Schwachstellen und Alternativen zum
aktuellen Wirtschaftskurs in Europa

Markus Marterbauer

Die Wirtschaftspolitik der WWU – Zusammenhänge und wirtschaftspoli-
tische Herausforderungen. Kommentar zu J. Kromphardt

Karl Pichselmann

EU-Wirtschaftspolitik: Trotz Gegenwind stabil auf Wachstumskurs. Kom-
mentar zu J. Kromphardt

Michael Mesch

Transnationale Koordination der Lohnpolitik in der Währungsunion

Waltraud Schelkle

Politikkoordination in der WWU – Von der Pseudo-Disziplinierung zur
wirksamen Risikoteilung?

Wien 2003, 138 Seiten, € 20,-.

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1014 Wien, Graben 17,
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-142, e-mail: verlag@lexisnexus.at

Die Umgestaltung des monetären Systems im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation Russlands

Vladimir Pankov

In modernen entwickelten Marktwirtschaften bildet der monetäre Bereich bekanntlich das „Blutgefäßsystem“ der ganzen Nationalökonomie, das in krisenhaften Situationen häufig zu deren neuralgischem Punkt wird. Insofern war und bleibt dieser Bereich für das neue Russland, das nach dem Zerfall der UdSSR im Dezember 1991 zur Welt gekommen war, eines der strategischen Gebiete der marktwirtschaftlichen Transformation. Die Russische Föderation (RF) verfügt derzeit – als Ergebnis der bisherigen marktwirtschaftlich orientierten Reformen – über alle wesentlichen Grundlagen der Marktwirtschaft, was voll und ganz auch auf das Geld- und Kreditwesen dieses Landes zutrifft.

Für den Leser von „Wirtschaft und Gesellschaft“ dürfte die Problematik des vorliegenden Artikels von besonderem Interesse sein, weil die Raiffeisenbank Austria und die Bank Austria/Creditanstalt unter allen ausländischen Banken im monetären Bereich der RF am stärksten verankert sind und hier Positionen innehaben, die sie auszubauen trachten.

Die bisherige marktwirtschaftliche Transition der RF lässt sich in zwei Phasen teilen:¹

Die erste Phase, die als Phase des Umbruchs und einer tief greifenden Transformationskrise zu bezeichnen ist, hatte am 2. Jänner 1992 mit der Preisfreigabe bzw. -liberalisierung begonnen und endete mit der durch die berühmt-berüchtigten Beschlüsse der RF-Regierung Kirijenko vom 17. August 1998 ausgelösten folgeschweren Finanzkrise.

Diese Finanzkrise leitete die zweite Phase der Transformation ein, die als Phase der Konsolidierung und der graduellen Fortführung der marktwirtschaftlichen Reformen definiert werden kann. Sie dauert bis heute fort und steuert womöglich ihrem Abschluss zu.

Derzeit zeichnet sich der Übergang zu einer dritten Phase ab, die zur Phase eines stabilen Wachstums, einer beschleunigten Vollendung der marktwirtschaftlichen Reformen und einer schrittweisen Formierung einer entwickelten sozialen Marktwirtschaft werden könnte. Soll diese

Phase in absehbarer Zeit beginnen, bedarf es angemessener politischer Rahmenbedingungen. Darüber, ob diese auch gegeben sein werden, wird der russische Wähler in den Duma-Wahlen am 7. Dezember 2003 und in den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2004 entscheiden.

Das Ende der ersten Phase und der Übergang zur zweiten Phase der Transition bedeuteten einen besonders gravierenden Einschnitt in der Umgestaltung just des monetären Bereichs, worauf näher einzugehen ist.

1. Der Wandel von Eigentumsverhältnissen und Geschäftsführung im Bankwesen

In der späten Sowjetzeit, inmitten der Gorbatschow'schen „Perestrojka“, fand im Jahre 1988 ein „Vorspiel“ auf die spätere postsowjetische, marktwirtschaftlich orientierte Umgestaltung des monetären Bereichs statt. Per 1. Jänner 1988 wurden aus der monopolistischen Staatsbank der UdSSR fünf staatliche Geschäftsbanken ausgesondert, die auf bestimmte Sektoren spezialisiert wurden. Dazu gehörten die Promstrojbank (Industrie und Bauwirtschaft), Agroprombank (Landwirtschaft und Agrar-Industrie-Komplex), Shilsozbank (Wohnungswesen und die dazu gehörende kommunale Infrastruktur), Sberbank (Spareinlagen der Bevölkerung) und Vneschekonombank (Außenwirtschaft).

Durch das Gesetz „Über die Kooperation in der UdSSR“ vom 26. Mai 1988 wurden nichtstaatliche Banken grundsätzlich zugelassen. Vorerst durften sie durch Verbände der Kooperativen (d. h. analog den ursprünglichen Raiffeisenbanken in Deutschland) gegründet werden. Bis Ende 1988 kamen 25 derartige Geschäftsbanken zustande, von welchen sieben Banken noch existent sind.² Damit wurden einige wichtige Linien der postsowjetischen Reformen im monetären Bereich (Trennung von Emissions- und Geschäftsfunktionen des Bankensystems, Verzicht des Staates auf sein Monopol auf das Bankwesen, Liberalisierung der Preise und Zinsen in dieser Sphäre) markiert, allerdings recht vage und zaghaft.

Dagegen haben bereits in der vorhergehend genannten ersten Phase der marktwirtschaftlichen Transformation nach der Auflösung der Sowjetunion gerade im monetären Bereich der RF sehr turbulente und ihrem Wesen nach revolutionäre Veränderungen stattgefunden. Es hat sich ein der Marktwirtschaft wesenseigenes zweischichtiges System von Kreditinstituten herausgebildet, bestehend aus der zentralen staatlichen Notenbank (Bank Russlands, ferner als ZBR bezeichnet) und zahlreichen Geschäftsbanken (vorwiegend privat, teilweise mit staatlicher Beteiligung). In diversen westlichen (aber auch russischen) Lehr- und Fachbüchern wird dieses System auch als dreischichtiges bezeichnet, wobei die Investitionsbanken als eine besondere Schicht bzw. Gruppe gelten. Der Autor dieses Artikels tendiert jedoch dazu, die Letzteren der

zweiten Schicht zuzurechnen, obwohl diese gegenüber universalen Geschäftsbanken gewisse Besonderheiten in ihrem Profil aufweisen.

Die starke Expansion mehrerer Geschäftsbanken in der kurzen Zeitspanne seit ihrer Gründung war in vieler Hinsicht bewundernswert. Auf der *Rating*-Liste der bekannten Fachzeitschrift „The Banker“ gehörten 1996 acht russische Geschäftsbanken zu den 1.000 weltweit größten Banken dieser Art. Sie belegten zwar Plätze zwischen 221 und 963, doch war das angesichts ihres kurzen Werdegangs beachtenswert. Insgesamt schien, jedenfalls bei oberflächlicher Betrachtung, am Vorabend der Finanzkrise von 1998 die Situation des russischen Bankwesens recht zufrieden stellend zu sein.³

Bei einer näheren Betrachtung konnte man am Ende der ersten Phase der Transformation in der Tätigkeit vieler Geschäftsbanken, so auch aus der Gruppe der Großbanken, mehrere Besorgnis erregende Züge feststellen: eine alles andere als reichliche Ausstattung mit Eigenkapital, eine an Abenteuerlust grenzende Unterschätzung von Geschäftsrisiken, eine Vernachlässigung solider Kreditgeschäfte mit Unternehmungen des Realsektors (d. h. des nichtfinanziellen Bereichs) zu Gunsten kurzfristiger spekulativer Käufe und Verkäufe von staatlichen Wertpapieren, vor allem kurzfristigen (3- bis 6-monatigen) Schatzwechseln (KSW), und Devisen. Solche spekulativen Transaktionen konnten den Geschäftsbanken zwar rasche und teilweise sehr hohe Profite bringen, jedoch keine sichere Zukunft gewährleisten.

Die am 17. August 1998 ausgebrochene Finanzkrise führte bei vielen von damals ca. 2.700 Akteuren im monetären Bereich sofort zum Zustand der Insolvenz und dann zum Bankrott bzw. zur Auflösung. Folglich zählte man per 1. Jänner 2003 laut offiziellen Angaben der ZBR auf dem Territorium der RF 1.828 angemeldete Kreditinstitute, wovon nur 1.329 Lizenzen der ZBR für die Durchführung von Bankgeschäften (839 auch in Devisen) besaßen.⁴

Im Laufe der ersten Etappe der Umstrukturierung des Bankwesens (September 1998 bis Ende 1999) konnte mit diversen Sofortmaßnahmen des Krisenmanagements seitens der ZBR und zuständiger Behörden der Zusammenbruch des ganzen Bankensystems vermieden und der gesunde, lebensfähige Kern dieses Systems gerettet werden. (Dazu zählt man knapp 200 „strukturbestimmende“ Banken, deren Anteil an der Gesamtaktiva des russischen Bankwesens per 1. Jänner 2003 88,5% betrug.) Das Strategiepapier der ZBR „Konzeptionelle Fragen der Entwicklung des Bankensystems der Russischen Föderation“, das der Duma Anfang 2001 als Entscheidungshilfe vorgelegt wurde, enthielt eine korrekte Bestandsaufnahme der bisherigen Umstrukturierung: „Das Ergebnis der ergriffenen Maßnahmen war die Aufrechterhaltung eines marktwirtschaftlich orientierten, wenn auch ungenügend entwickelten Bankensek-

tors sowie die Gewährleistung der Entwicklung einiger Komponenten der gesetzlichen und normativen Regulierung der Banktätigkeit, was einer gewissen Annäherung dieser Tätigkeit an die den internationalen Anforderungen entsprechenden Parameter förderlich war.“⁵

Durch erhebliche ordnungs- bzw. sanierungspolitische Bemühungen der zuständigen Institutionen des russischen Staates konnte im Laufe des Jahres 2000 die zweite Etappe der Umstrukturierung des Bankwesens eingeleitet werden, die sich derzeit fortsetzt. In dieser Etappe hat sich das monetäre System der RF auf dem Hintergrund eines seit Frühjahr 1999 fortdauernden makroökonomischen Wachstums stabilisiert und entwickelt sich recht dynamisch. Davon zeugen z. B. die nachfolgenden Daten eindeutig:

Im Jahre 2002 wuchsen die Gesamtaktiva des Bankensektors der RF gegenüber dem Vorjahr nominal um 31,2% und real um 17,8%, wodurch die Vorkrisenmarke vom 1. Juli 1998 um 25% real überboten werden konnte. Dabei hat die Wachstumsrate des Bankkapitals die des BIP um das 2,6fache, der Gesamtaktiva um das 4fache, der Kredite an den Realsektor der Wirtschaft um das 5fache, der Depositen und Einlagen der Bevölkerung um das 9fache übertroffen. Folglich haben sich einige wichtige qualitative Parameter des russischen Bankwesens weiter verbessert (siehe die nachfolgende Tabelle 1), wenn sie aus internationaler Sicht auch nicht sonderlich Aufsehen erregend bleiben.⁶

Tabelle 1: Eckdaten der Entwicklung des Kreditsystems Russlands*

Eckdaten	1.1.1999	1.1.2000	1.1.2001	1.1.2002	1.1.2003
1. Aktiva des Bankensystems, in Mrd. RR	10046,6	1586,4	2362,5	3159,7	4143,4
In % des BIP	38,2	33,3	32,4	34,9	38,1
2. Eigenkapital, in Mrd. RR	76,5	168,2	286,4	453,9	582,1
In % des BIP	2,8	3,5	3,9	5,0	5,4
In % der Aktiva	7,3	10,6	12,1	14,4	14,0
3. Kredite an nichtfinanz. Einrichtungen, in Mrd. RR	298,6	444,2	758,3	1176,8	1591,4
In % des BIP	10,9	9,3	10,4	13,0	14,6
In % der Aktiva	28,5	28,0	32,1	37,2	38,4
4. Von Banken erworbene Wertpapiere, in Mrd. RR	271,3	325,7	473,2	562,0	779,9
In % des BIP	9,9	6,8	6,5	6,2	7,2
In % der Aktiva	25,9	20,5	20,0	17,8	18,8
5. Depositen der nat. Personen, in Mrd. RR	199,8	297,1	445,7	677,9	1029,6
In % des BIP	7,3	6,2	6,1	7,5	9,5
In % der Passiva	19,1	18,7	18,9	21,5	24,7
In % der Geldeinkommen der Bevölkerung	11,5	10,7	12,2	13,7	15,4
6. Einlagen von nichtfinanz. Unternehmen, in Mrd. RR	281,4	468,4	722,1	902,6	1091,4
In % der Passiva	26,9	29,5	30,6	28,6	26,3

*Nach Angaben der ZBR und des Staatskomitees für Statistik der RF

Quelle: Bisnes i banki (russ.) 36 (August 2003) 5.

Also betrug per 1. Jänner 2003 die Relation Gesamtkapital/BIP 38,1% (34,9% per 1. Jänner 2002), gesamtes Eigenkapital/BIP 5,4% (5,0%), Kredite an einheimische nichtfinanzielle Unternehmungen/BIP 14,6% (13,0%), Depositen und Einlagen der einheimischen juristischen und natürlichen Personen/BIP 19,5% (17,5%). Diese Dynamik lässt damit rechnen, dass die Zielsetzungen der am 30. Dezember 2001 von der ZBR und der Regierung der RF beschlossenen Strategie der Entwicklung des Bankensektors der Russischen Föderation für die Jahre 2002 bis 2007 erreicht oder gar überboten werden könnten. (So sollen demnach die ersten drei Kennziffern im Jahre 2007 44%, 6% bzw. 19% lauten).

Die ökonomische Lage und die Bonität der nach der Finanzkrise 1998 überlebenden bzw. neu entstandenen Geschäftsbanken haben sich insgesamt deutlich verbessert, doch müssen sie differenziert beurteilt werden. So war der Zulänglichkeitsgrad des Kapitals des gesamten Bankensektors, gemessen als Normativ N I (Relation Eigenkapital: Aktiva, gewogen unter der Berücksichtigung des wahrscheinlichen Risikos) im Jahre 2002 mit 22,2% insgesamt zufriedenstellend, ja ziemlich hoch. Dagegen galt vor der Finanzkrise 1998 die Marke von 6% bei N 1 aus der Sicht der ZBR als zufriedenstellend, wobei heute als solche die Kennziffer von 15% angesehen wird. Allerdings betrug 2002 diese Marke bei 111 von 1329 fungierenden Kreditinstituten weniger als 15%, was einen deutlichen Hinweis auf ihre Probleme gibt. Im Abs. 2.2.2. des Programms der sozialökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation auf mittelfristige Sicht (2003 bis 2005), verabschiedet als Regierungsverordnung der RF Nr. 1163-r vom 15. August 2003, ist vorgesehen, dass die ZBR ihre Anforderungen an die Geschäftsbanken bezüglich dieses Kriteriums ab 2005 zu verschärfen haben wird.⁷

Die ZBR hat zum 1. Jänner 2003 95,4% aller fungierenden Kreditinstitute (gegenüber 93,1% zum 1. Jänner 2002) als „finanziell stabil“ beurteilt. Recht gut sieht es bei den Spitzenreitern unter den russischen Banken aus, was auch international anerkannt wird. So hat die bekannte internationale Rating-Agentur Standard & Poor's im September die Erhöhung des langfristigen Kreditratings von elf führenden Geschäftsbanken der RF von „CCC+“ auf „B-“ mit der Prognose „stabil“ angekündigt.⁸ Doch gibt es unter den russischen Kreditinstituten auch recht instabile Einheiten. Außerdem wurden per 1. Jänner 2003 491 angemeldeten Krediteinrichtungen die Lizenz durch die ZBR entzogen.

Die Situation bei der Ausstattung des russischen Bankwesens mit Eigenkapital ist wohl noch problematischer. Einerseits betrug zum 1. Jänner 2003 der Anteil der Einrichtungen mit einem Eigenkapital von mehr als 5 Mio. Euro (umgerechnet aus dem Rubel-Äquivalent nach Marktkurs der beiden Währungen) am Gesamtkapital des Bankensektors 93,1%,

doch hatten an diesem Stichtag 228 von 1329 fungierenden Krediteinrichtungen ein Eigenkapital von unter 0,5 Mio. Euro, 180 von 0,5 bis 1 Mio. Euro und 325 von 1 bis 3 Mio. Euro. Recht viele von diesen Banken, vor allem die aus den ersten zwei Gruppen, sind wohl in absehbarer Zeit – im Zuge einer tendenziellen Verhärtung der Konkurrenz am russischen Geld- und Kreditmarkt – zum Scheitern verurteilt. Allerdings darf das nicht dramatisiert werden: Damit setzt sich eine insgesamt gesunde Tendenz zu einer schrittweisen Reduzierung der Zahl der Geschäftsbanken bei einer gleichzeitig raschen Konzentration ihres Kapitals und einer fortschreitenden Vergrößerung der Zahl ihrer Filialen durch.

Auf der international angesehenen *Rating*-Liste der 1.000 Kapitalstärksten Geschäftsbanken der Welt, aufgestellt von der bekannten britischen Zeitschrift „The Banker“ für das Jahr 2003, stehen fünfzehn russische Krediteinrichtungen. Allerdings belegt die mit Abstand größte von ihnen, die Sberbank (auf sie wird im Kapitel 2 dieses Artikels näher eingegangen), erst den 156. Rang.⁹ Auf der Rangliste der 100 Unternehmungen mit der größten Marktkapitalisierung (Gesamtwert ihres Aktienkapitals am sekundären Effektenmarkt) liegt diese Bank im Jahre 2003 mit 4.136 Mio. USD auf Platz 8 nach sieben russischen Konzernen aus den Bereichen Öl, Gas, Elektrizitätswirtschaft und NE-Metalle.¹⁰

Wie aus der nachfolgenden Tabelle 2 hervorgeht, ist der Konzentrationsgrad bei Aktiva im russischen Bankwesen recht hoch. Allein auf die fünf größten Banken entfielen per 1. Jänner 2003 44,2% der Gesamtkтива gegenüber 42,8% per 1. Jänner 2002 (bei der Sberbank lauteten die einschlägigen Daten 28,4% bzw. 26,5%). Die fünf größten Banken hatten per 1. Jänner 2003 Aktiva von durchschnittlich ca. 366,8 Mrd. RR,

Tabelle 2: Verteilung der Aktiva der Banken in Russland*

Kreditinstitute	Per 1. Jänner 2002		Per 1. Jänner 2003	
	Mio. RR	in %	Mio. RR	in %
Die ersten 5	1.353.401	42,8	1.833.931	44,2
6. bis 20.	628.638	19,9	762.492	18,4
21. bis 50.	372.992	11,8	451.690	10,9
51. bis 200.	455.863	14,4	619.807	15,0
201. bis 1000.	339.449	10,7	463.793	11,2
Ab 1001.	9.316	0,3	13.566	0,3
Insgesamt	3.159.658	100,0	4.145.279	100,0

* Per 1. Jänner 2002 betrug die Zahl der Krediteinrichtungen mit gültigen Lizenzen der ZBR 1319, per 1. Jänner 2003 1329.

Quelle: Wjestnik banka Rossiji 30 (2. Juni 2003) 23.

d. h. von umgerechnet (zum damaligen Marktkurs) knapp 10,8 Mrd. Euro. Für die zwanzig größten Banken lauteten die einschlägigen Zahlen 129,8 Mrd. RR bzw. 3,8 Mrd. Euro. Auf dem Hintergrund der kurzen Geschichte dieser Krediteinrichtungen und insbesondere der schweren Folgen der Finanzkrise 1998 ist das durchaus respektabel. Doch sind diese Zahlen für großdimensionale transnationale oder gar globale Geschäfte nicht sehr beeindruckend.

Nach dem Zusammenbruch des spekulativen KSW-Marktes im August 1998 mussten sich die russischen Geschäftsbanken, um Gewinne zu erzielen, immer aktiver im normalen Kreditgeschäft mit anderen wirtschaftenden Subjekten engagieren. So stiegen die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmungen 2002 real um 21,2% gegenüber dem Vorjahr. Dabei betrug der Anteil der Forderungen von Geschäftsbanken mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr an ihre Kreditnehmer per 1. Jänner 2003 14,5% gegenüber 9,0% per 1. Jänner 2002. Doch großen transnationalen Gesellschaften (TNG) russischer Provenienz, vor allem denen aus dem Öl- und Gasbereich, reichen der Kreditspielraum, die Vielfalt und Qualität der Leistungen selbst größter einheimischer Banken immer weniger aus. Deshalb wird derzeit eine Tendenz deutlicher, die die weiteren Wachstumschancen des russischen Bankwesens beeinträchtigen könnte: Die russischen TNG steigen immer mehr auf den Kundendienst der ausländischen transnationalen Banken (TNB), vor allem westlicher Provenienz, um.

Gleichzeitig fällt für die russischen Banken der Umstand recht negativ ins Gewicht, dass einige wichtige Gebiete im Kreditgeschäft sowohl mit juristischen als auch mit natürlichen Personen noch wenig oder kaum entwickelt sind. Das trifft vor allem auf die Bedienung des Mittelstands sowie auf Konsum- und Hypothekenkredite zu. Allerdings ist die derzeit embryonale Entwicklung der letzteren Form in erster Linie nicht das Ergebnis der Versäumnisse in der Geschäftspolitik der Banken, sondern großteils darauf zurückzuführen, dass die Grund- und Bodenverhältnisse in der RF bis vor kurzem rechtlich völlig ungenügend geregelt waren.¹¹

Die vorhergehend angeschnittenen und andere Probleme bzw. Schwachstellen im russischen Bankwesen werden von Bankiers, Experten und Politikern in der RF durchaus erkannt. Doch wird bisher bei weitem nicht alles getan, um diese zu meistern. So gab es bisher im Bankensektor Russlands – entgegen dem weltweiten Trend – kaum Großfusionen. Es spielen sich fast ausschließlich Übernahmen von kleinen und mittleren Krediteinrichtungen durch größere Einheiten ab. Großfusionen unter Beteiligung der zwanzig führenden Banken dürften sich frühestens in drei bis vier Jahren abzeichnen. Es ist dem ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der ZBR, A. Koslov, zuzustimmen, dass diesen Banken eine schmerzhaft Übergangsperiode bevorstehe, die etwa zwei Jahre lang

dauern werde.¹² In dieser Periode haben sie ihre Kapitalisierung am sekundären Effektenmarkt deutlich zu erhöhen, ihre Filialennetze drastisch zu erweitern und ihren Kunden jene Leistungen zu angemessenen Konditionen anzubieten, die diese derzeit bei westlichen TNB nachfragen.

2. Die staatliche Geld- und Kreditpolitik

Als Träger der Geld- und Kreditpolitik, die gesamtwirtschaftliche, staatliche Interessen vertritt, fungiert in der RF die ZBR. Im Föderalen Gesetz „Über die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank Russlands)“ vom 10. Juli 2002 (im Weiteren als ZBR-Gesetz bezeichnet) ist genauso wie in dem von ihm abgelösten Gesetz vom 26. April 1995 das Prinzip der Unabhängigkeit der ZBR verankert. Das bedeutet, dass die ZBR nicht zu den Institutionen der Exekutive gehört und damit nicht der Regierung der RF als leitendem Organ der Exekutive untergeordnet ist. Sie ist die Emissionsbank, die vom Staat beauftragt ist, die Geldemission zu gestalten und die mit dem Staat abgestimmte Geld- und Kreditpolitik durchzuführen. Folglich sind deren Mitarbeiter keine Beamten.¹³

In Art. 3 und 4 des ZBR-Gesetzes sind Ziele und Funktionen der ZBR ähnlich wie die der Oesterreichischen Nationalbank oder anderer westlicher Zentralbanken definiert. So wird als erstes Ziel der Schutz und die Gewährleistung der Stabilität des RR festgelegt.

Die ZBR verfügt im Wesentlichen über das übliche marktwirtschaftliche Instrumentarium der staatlichen Geld- und Kreditpolitik. Doch fällt es ihr schwerer als ähnlichen westlichen Institutionen, eine effiziente unabhängige Hüterin des Geldwertes zu sein, obwohl sie sich sehr darum bemüht. Fühlen sich der Präsident z. B. der Oesterreichischen Nationalbank wie auch andere Mitglieder des Generalrates der OeNB dank ihrer Unabsetzbarkeit absolut sicher in ihrem „Sattel“,¹⁴ so kann der Vorsitzende der ZBR (derzeit S. Ignatjew) frühestens vier Jahre nach seiner Ernennung und die anderen Mitglieder des Direktorenrates der ZBR auch vor dem Ende ihrer vierjährigen Amtszeit (sie ist im Prinzip darüber hinaus prolongierbar) – auf Vorlage des ZBR-Vorsitzenden – von der Duma abberufen werden. Das neue ZBR-Gesetz hat die Kontrolle der Tätigkeit des ZBR-Direktorenrates durch den Staat, so über den staatlich dirigierten Nationalen Bankrat, gegenüber dem Gesetz von 1995 verstärkt.

Aus dem im ersten Kapitel dieses Artikels Skizzierten geht hervor, dass in der staatlichen Geld- und Kreditpolitik ab Herbst 1998 die ordnungspolitische Komponente die vorrangige Rolle spielt und auch in absehbarer Zeit spielen wird. Legislative und Exekutive wollen die angeschnittenen und andere brisante Probleme mit einer effizienteren Gestaltung von Aufsicht und Kontrolle über die Geschäftsbanken durch die ZBR, vor

allen jedoch mit der Einführung bzw. Umsetzung von neuen Rechtsnormen meistern.

Um Aufsicht und Kontrolle effizienter zu gestalten, bedarf es einer wesentlich besseren Transparenz der Geschäftsführung im russischen Bankwesen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass in der vorhergehend erwähnten Strategie der Entwicklung des Bankensektors der RF bis 2007 vom 30. Dezember 2001 der Übergang aller russischen Krediteinrichtungen auf internationale Standards der finanziellen Berichterstattung (ISFB) ab 1. Jänner 2004 vorgesehen ist. Laut offizieller Mitteilung der ZBR vom 2. Juni 2003 haben diese Einrichtungen 2004/2005 das auf der Grundlage der Anwendung einer speziellen Transformationsmethode der bisherigen einheimischen Standards in ISFB zu gestalten. So eine Übergangsordnung soll bis 1. Jänner 2006 gelten.¹⁵ Danach werden nur die ISFB relevant sein.

Eine bessere Transparenz soll auch durch die derzeit laufende Überprüfung der von Geschäftsbanken deklarierten Größe von Eigenkapital und Aktiva durch die ZBR, die bis Ende 2004 dauern wird. Das soll der „fiktiven Kapitalbildung“ der verdächtigten Geschäftsbanken mit allen daraus resultierenden negativen Folgen einen Riegel vorschieben einer besseren Qualität der Kontrolle förderlich sein.¹⁶

Die leitenden Gremien der ZBR sind gewillt, so der Stellvertreter des ZBR-Vorsitzenden, G. Luntowskij, die Aufsicht und Kontrolle der russischen Krediteinrichtungen gemäß den international anerkannten Anforderungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zu gestalten. In diesem Zusammenhang wird insbesondere an der Neufassung von ZBR-Vorschriften für die Bildung von Reserven der Geschäftsbanken, die diversen Kreditrisiken entgegenzuwirken haben, gearbeitet.¹⁷

Diese Gremien sind auch bestrebt, Aufsicht und Kontrolle über einschlägige Geschäftsbanken kontinuierlich und soweit wie möglich vorbeugend zu gestalten. Es wird daran gedacht, jeder Bank einen zuständigen Angestellten aus dem Aufsichtsdienst der ZBR (eine Art „Tutor“) zuzuweisen, der ihre Geschäftsführung anhand von laufend auszuwertenden Informationen aus diversen Quellen (Geschäftsberichten der jeweiligen Bank, Gesprächen mit ihren Spitzenmanagern, ordentlichen und bei Bedarf außerordentlichen Inspektionen, Publikationen in der Presse u. a. m.) regelmäßig zu überwachen, Rückschlägen und Verlusten entgegenzuwirken und einer normalen Finanzgebarung beizutragen hat. Um so eine Kontrolle zu gewährleisten, sollen die in Aufsichtsorganen der ZBR (einschließlich der Devisenkontrolle) derzeit 3.700 Beschäftigten (deren Zahl soll vorerst nicht vergrößert werden) dementsprechend neu orientiert, höher qualifiziert und motiviert werden.¹⁸

Aus ordnungspolitischer Sicht wäre die Verabschiedung des Gesetzes zur Sicherung der Spareinlagen der natürlichen Personen, die derzeit im

Gänge ist, für eine durchgehende Sanierung und Vervollkommnung des russischen Bankwesens von enormer Bedeutung. Dieses Gesetz ist nicht zuletzt für eine deutliche Vergrößerung des Kreditpotenzials des Bankwesens unentbehrlich, die hypothetisch in erster Linie aus privaten Ersparnissen der Bevölkerung zu bestreiten ist. Doch haben laut diversen Meinungsumfragen nach dem weitgehenden Verlust ihrer Ersparnisse in privaten Geschäftsbanken (in diesen waren die Spareinlagen der natürlichen Personen in keiner Weise gesichert) im Gefolge des 17. August 1998¹⁹ höchstens 5% der Bevölkerung Vertrauen zu diesen Kreditinstituten, und das trotz einer deutlichen Stabilisierung im Bankensektor seit 1999/2000 (siehe Kapitel 1 dieses Artikels). Deshalb spart die Bevölkerung derzeit in erster Linie durch Hortung von Devisen (vorwiegend USD oder neuerdings auch, und das immer mehr, in Euro) oder Sachwerten (Goldschmuck u. a. m.). Folglich wurden bisher nach Schätzungen des Föderalen Reservesystems der USA in Russland 78 Mrd. USD Bargeld angehäuft.²⁰ Die staatlich kaum beeinflussbare „Dollarisierung“ der russischen Volkswirtschaft erschwert die Anpassung des monetären Bereichs der RF an die hohen Standards der entwickelten Marktwirtschaften und die Durchführung einer effizienten makroökonomischen Reformpolitik gravierend.

Heutzutage genießt wohl nur die staatlich kontrollierte Sberbank (im Auftrag der RF-Regierung besitzt die ZBR das kontrollbringende Aktienpaket von 51% bei der Sberbank), die größte russische Geschäftsbank, weitgehendes Vertrauen seitens der Bevölkerung.²¹ Im Gegensatz zu natürlichen Personen, die ihre Spareinlagen bei privaten Geschäftsbanken untergebracht hatten, mussten die Kunden der Sberbank nichts von ihren Ersparnissen einbüßen. Die Spareinlagen der Bevölkerung werden von der Sberbank bis Ende 2006 formal-juristisch gesichert. Allerdings beruht diese „Garantie“ m. E. nur auf der Autorität des Staates und ist de facto als deklarativ anzusehen, denn es gibt keinen speziellen monetären Reservefonds, aus dem einschlägige Garantieleistungen an die Sparer notfalls erbracht werden könnten.

Der Regierungsentwurf des Gesetzes zur Sicherung der Spareinlagen der Bevölkerung war am 28. Feber 2003 in die Duma eingebracht worden. Da das jedoch eine politische brisante Materie berührt, an der sich die Geister scheiden, kam dieser Entwurf erst im September 2003 im Unterhaus des RF-Parlaments zur ersten Lesung. Wie es Mitte Oktober 2003 aussieht, dürfte dieses Verfahren erst 2004, also nach den ordentlichen Duma-Wahlen am 7. Dezember 2003, zum Abschluss gebracht werden.

Das kommende Gesetz soll nach westlichem Grundmuster „zugeschnitten“ werden. Es ist danach aus Pflichtabführungen aller Geschäftsbanken (einschließlich der Sberbank und anderer Geschäftsbanken mit

maßgebenden Beteiligungen des Staates) ein staatlich (durch die ZBR) kontrollierter Garantiefonds zu bilden und regelmäßig zu speisen, aus dem im Notfall (Insolvenzen und Pleiten von Banken u. dgl.) Verluste der Sparer gedeckt (bis zu einer bestimmten Grenze gänzlich und der Rest teilweise) werden könnten.

Die Verabschiedung und Umsetzung dieses Gesetzes würde auch wettbewerbspolitisch eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Rolle spielen, denn sie würde die vielschichtige Monopolstellung der Sberbank brechen und die Konkurrenz im Bankensektor fördern. Diese Monopolstellung wird derzeit von der Sberbank zu ihren Gunsten und dementsprechend zu Ungunsten ihrer Kunden rigoros, ja schamlos ausgenutzt. So sind bei ihr, hauptsächlich wegen mangelnder Sicherung der Spareinlagen der Bevölkerung bei den privaten Geschäftsbanken, knapp 70% aller Spardepositen der natürlichen Personen in RR untergebracht, wobei diese Marke seit 2002 allerdings eine absteigende Tendenz aufweist. Das versetzt diese Bank in die Lage, ihre Kunden mit extrem niedrigen Zinsen bei allen Arten von Einlagen zu konfrontieren. Das müssen auch private Geschäftsbanken in Betracht ziehen, was das gesamte Niveau der Verzinsung, die den Kunden häufig nicht einmal die Inflation wettmacht, nach unten drückt. Folglich waren die Zinsen im Jahre 2002 selbst bei Termineinlagen (4,9% bis 6,1% pro Jahr bei Depositen mit unterschiedlicher Laufzeit) deutlich unter der Inflationsrate, die 15,1% betrug.²²

Mit der rechtlichen Gleichstellung aller Geschäftsbanken in Bezug auf die Sicherung der Spareinlagen der Bevölkerung dürfte der Wettbewerb zwischen ihnen um die Kunden deutlich zunehmen. Die Verabschiedung und Umsetzung des diesbezüglichen Gesetzes würde gleichzeitig der „Dollarisierung“ der Wirtschaft entgegenwirken und das Sparen in RR fördern. All das könnte mit hoher Wahrscheinlichkeit das Kreditangebot erweitern und somit die Kreditkonditionen (z. B. bei Zinsen und Laufzeiten) sowohl für natürliche (bei Konsumkrediten oder Hypothekenkrediten) als auch für juristische (für nichtfinanzielle Unternehmungen) Personen verbessern.

Wettbewerbsfördernd könnten sich die ordnungspolitischen Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt der Unternehmensformen auswirken. Das könnte gleichzeitig auch den Spielraum der Kreditsinrichtungen erweitern, die Wirtschaft mit Leihkapital zu versorgen, was insbesondere für den derzeit an einem akuten Mangel an Krediten leidenden Mittelstand von einer beachtlichen Bedeutung wäre. Der Mittelstand ist in der Regel auf relativ kleine Banken angewiesen, die rechtlich entweder als GmbHs oder als „geschlossene“ Aktiengesellschaften (GAGs) organisiert sind. Im Gegensatz zu normalen („offenen“) Gesellschaften sind die Aktien bzw. andere Wertpapiere der „geschlossenen“ AGs am sekundären

Effektenmarkt nicht handelbar, was die Möglichkeiten der Anziehung fremden Kapitals durch sie einengt. Sie können auch nicht wie Banken mit ausländischer Beteiligung (siehe ausführlicher im Kapitel 3 dieses Artikels), die häufig rechtlich als GAG organisiert sind, Kapital aus dem Ausland anziehen. Das schadet freilich kleinen und mittleren nichtfinanziellen Unternehmungen, die bei Großbanken in der Regel nicht mit Krediten rechnen können.

Die leitenden Gremien der ZBR sind gewillt, dieses Problem zu entschärfen. So weist in diesem Zusammenhang A. Simanowskij, der Leiter des Departements für Bankenregulierung und -aufsicht der ZBR, auf die vor sich gehende Ausarbeitung von Rechtsnormen für die Entwicklung von Kreditgenossenschaften hin.²³ Analog den ursprünglichen Raiffeisenkassen sind solche Einheiten dazu prädestiniert, die Grundlagen des Kreditwesens als dessen primäres Element zu festigen.

Vor einem heiklen Problem stehen der Staat und die ZBR in Sachen Konzentration von Kapital und Aktiva im Bankwesen, etwa über Fusionen und Übernahmen, die, wie im Kapitel 1 dieses Artikels dargestellt, für die Weiterentwicklung des russischen Kreditsystems notwendig sind und insofern auf der Tagesordnung stehen. Allerdings weisen einige Großbanken, vor allem die Sberbank, Quasi-Monopolstellungen oder jedenfalls wettbewerbsbeschränkende Bestrebungen auf. Diesem Dilemma will man mit zweierlei Mitteln Herr werden.

Einerseits will man das Prozedere von Fusionen und Übernahmen im Kreditwesen erleichtern. Dazu dient die 2003 verabschiedete Neufassung der ZBR-Verordnung „Über die Besonderheiten der Neuordnung von Banken in Gestalt von Fusionen und Übernahmen“, wodurch z. B. die Höchstfristen für die Prüfung der einschlägigen Unterlagen durch die ZBR bei Fusionen von 6 auf 4 Monate und bei Übernahmen von 4 auf 3 Monate reduziert werden.²⁴

Andererseits wird die Kontrolle von Fusionen und Übernahmen durch die ZBR unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten, etwa über die Handhabung der Genehmigungs- und Meldepflicht beim Erwerb von Aktien der Krediteinrichtungen, verstärkt. Laut dem geltenden Gesetz der RF über Banken und Bankentätigkeit ist beim Erwerb von mehr als 20% des Aktienkapitals einer Krediteinrichtung die vorherige Zustimmung der ZBR erforderlich, bei mehr als 5% besteht Meldepflicht. Diese Rechtsnorm wird von der ZBR aus wettbewerbspolitischen Sicht, aber auch aus Überlegungen der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit derzeit konsequenter und offensiver denn je angewendet. Außerdem wurde von der RF-Regierung (bzw. ZBR) der Entwurf einer Novelle zu diesem Gesetz vorgelegt, wonach die einschlägigen Kriterien auf 10% bzw. 1% zu reduzieren sind.²⁵ Die Verabschiedung dieser Novelle dürfte nur eine Frage der (absehbaren) Zeit sein.

Aus ordnungspolitischer Sicht ist auch auf Beteiligungen des Staates am Aktienkapital der Geschäftsbanken generell einzugehen. Was die Geschäftsbanken mit kontrollbringenden Staatsanteilen (von mehr als 50%) betrifft, so sind die ZBR, diverse Behörden auf föderaler und regionaler Ebene sowie staatliche Unternehmungen derzeit an 23 Kreditinstituten beteiligt. Der Anteil dieser Kreditinstitute am gesamten Eigenkapital des Bankensystems betrug per 1. Jänner 2003 34,4%, an den Aktiva 37,5%, an Krediten an nichtfinanzielle Unternehmungen 39,2%, an Einlagen der natürlichen Personen 72,1%, an Einlagen in staatliche Wertpapiere (staatliche Schuldverschreibungen der RF) 77,6%.

An fünf von diesen 23 Banken haben staatliche Gremien föderaler Ebene, die nicht zur Exekutive gehören, ein kontrollbringendes Aktienpaket von mehr als 50%. So werden die Sberbank und die Vneshtorgbank (Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte) von der ZBR und die Russische Entwicklungsbank (Förderung von strukturpolitisch wichtigen Investitionsprojekten), die Roseximbank (Förderung von Exporten und Importen) und die Rosselchosbank (Förderung der Landwirtschaft) vom Russischen Fonds für das föderale Vermögen (dieser verwaltet das Staatseigentum und bereitet dieses im Bedarfsfall auf eine bevorstehende Privatisierung vor) kontrolliert.

Die Banken mit maßgebender (kontrollbringender) staatlicher Beteiligung spielen im Auftrag der RF-Regierung eine sehr wichtige Rolle in der Abwicklung diverser Transaktionen mit Budgetmitteln (Budgetvollzug, der vom Föderalen Rechnungshof kontrolliert wird) und mit Mitteln der außerbudgetären staatlichen Sonderfonds. Eine Privatisierung dieser Banken steht derzeit nicht auf der Tagesordnung und wird es in absehbarer Zeit wohl auch nicht. So ein Schritt würde höchstwahrscheinlich das letzte Vertrauen der Bevölkerung und auch zahlreicher Unternehmer zum russischen Bankensystem zerstören, mit verheerenden Folgewirkungen für die Volkswirtschaft. Erst nach einer gründlichen ordnungspolitischen Umgestaltung dieses Systems (v. a. nach einer zufriedenstellenden Lösung der vorhergehend dargestellten ordnungspolitischen Probleme) kann ein derartiger Schritt gewagt werden.

Was die ablaufpolitische Komponente anbelangt, so werden die Mindestreservpolitik und die Refinanzierungspolitik in der zweiten Phase der Transformation im Wesentlichen so wie in der ersten Phase durchgeführt:

Die Mindestreservpolitik wird von der ZBR ähnlich wie von den Zentralbanken der Westländer antiinflationär und sehr behutsam gehandhabt. Das ZBR-Gesetz setzt den maximalen Mindestreservesatz mit 20% fest und verbietet der ZBR, diverse Mindestreservesätze auf einmal um mehr als fünf Prozentpunkte zu verändern.

Eine Diskontpolitik im westlichen Sinne, d. h. als Rediskontpolitik der Zentralbank, ist in der RF erst im Entstehen begriffen, denn der Markt für erstklassige unternehmerische Wechsel (und eben solche Wertpapiere mit einer Laufzeit von 90 Tagen werden von westlichen Zentralbanken rediskontiert) ist aus zahlreichen Gründen, auf die in diesem Artikel nicht näher einzugehen ist, erst im Werden. Es geht um die Refinanzierungspolitik der ZBR, wodurch die Letztere gemäß markroökonomischen Überlegungen die Versorgung der Geschäftsbanken mit Zentralbankgeld reguliert. Bislang verzettelt sich diese Politik in diversen ad-hoc-Interventionen, weist keinen hohen Wirkungsgrad auf und ist ziemlich verbesserungsbedürftig. Folglich wird von führenden Bankiers, so von A. Borodin, dem Präsidenten der Bank Moskaus, einer großen Geschäftebank, der ZBR mit Recht das fehlende System der Refinanzierung vorgeworfen.²⁶ So ein System kann erst im Zusammenhang mit weiteren Umgestaltungen im monetären Bereich aufgebaut werden.

Dagegen traten in der zweiten Phase der Transition in der Offenmarktpolitik bedeutende Veränderungen ein, die durch den Zusammenbruch des Marktes für KSW nach dem 17. August 1998 verursacht worden waren. Danach tat der russische Staat sein Bestes, um einheimische und devisenausländische Besitzer der KSW zu entschädigen bzw. ihnen das geringere Übel zu bieten.²⁷ Folglich konnte der Staat nach dem Abschluss der ersten Etappe der Umstrukturierung des Bankwesens in einem geringfügigen Umfang (umgerechnet für weniger als 200 Mio. USD) probeweise neue KSW emittieren, was sich als erfolgreich erwies. Deshalb genehmigte die Regierung der RF Anfang 2001, zum erstenmal nach der Finanzkrise 1998, dem Finanzministerium einen Plafond für die Emission dieser Wertpapiere von 96,1 Mrd. RR (damals umgerechnet ca. 3,3 Mrd. USD) für 2001. Allerdings war die Verzinsung von KSW im Gegensatz zur ersten Phase der Transformation moderat und mit Gewinnraten im Realsektor vergleichbar.

So eine gemäßigte Offenmarktpolitik mittels KSW ist auch nach 2001 fortgesetzt worden. Um eine Abwanderung des Kreditpotenzials aus dem Realsektor zum Effektenmarkt zu vermeiden, ist die Regierung der RF gewillt, die Emission von staatlichen Wertpapieren und deren Verzinsung weiterhin in Grenzen zu halten. Die Einnahmen aus dem Offenmarktgeschäft werden insbesondere für den staatlichen Schuldendienst verwendet.

In hoch entwickelten Marktwirtschaften werden durch die Geld- und Kreditpolitik des Staates bzw. der zentralen Notenbank mehr oder weniger ausgewogen und gleichrangig alle Ziele des „magischen Vierecks“ anvisiert. Dagegen hat in der RF das Ziel der Inflationsbekämpfung eindeutige Priorität. In dem von der RF-Regierung und der ZBR jährlich zu verabschiedenden gemeinsamen Programmdokument „Haupttrichtungen

der einheitlichen staatlichen Geld- und Kreditpolitik“ wird jeweils für das laufende Jahr die Inflationsrate als Zielgröße deklariert, die durch entsprechende Maßnahmen einzuhalten oder zu unterbieten ist. So gilt für 2003 die Höchstmarke von 12%.

Dabei ist die Manipulierung von Geldaggregaten – Geldbasis und Geldmenge M2 (in der letzteren Größe beträgt das Verhältnis Bargeld : Buchgeld heute 60:40, während es vor zwei Jahren bei 67:33 lag)²⁸ – so gut wie das einzige Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Die beiden Aggregate werden von der ZBR ziemlich restriktiv reguliert. Die russische Volkswirtschaft ist mit Zentralbankgeld eher unterversorgt als überversorgt. Folglich gehört die RF nach der Relation M2/BIP mit ca. 20% im Jahre 2002 wohl weltweit zu den „Schlusslichtern“ (zum Vergleich: Polen 45%, USA 55%, Japan 139%).²⁹ Trotzdem bleibt die Inflationsrate in der RF ziemlich hoch (15,1% im Jahre 2002), wenn auch nicht vergleichbar mit deren drei- oder gar vierstelligen Werten am Beginn der ersten Transformationsphase.

Im Jahre 2003 hat sich das Wachstum der Geldmenge M2 gegenüber 2002 deutlich beschleunigt (um 14,3% in den ersten fünf Monaten 2003 gegenüber 5,2% im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres). Die Diagnose dieses Tatbestands durch den ZBR-Vorsitzenden Ignatjew ist durchaus zutreffend: „Die ausschlaggebende oder gar die einzige Ursache für das Wachstum der Geldmenge ist eine rapide Vergrößerung der Gold- und Devisenreserven als Ergebnis der hohen Ölpreise und eines zunehmenden Zuflusses von ausländischem Kapital, vor allem in Form von Krediten und Anleihen.“³⁰

Um solchen inflationstreibenden Prozessen entgegenzuwirken, hat die ZBR per Verordnung vom 9. Juli 2003 die Rate des verpflichtenden Verkaufs von Devisenerlösen der einheimischen Exporteure an die ZBR (diese erfolgen zum Marktkurs der Moskauer Interbank-Devisenbörse) von 50% auf 25% reduziert.³¹ Es ist derzeit nicht zielführend, auf diesen Pflichtverkauf gänzlich zu verzichten, allein schon deshalb, weil der Staat Devisen braucht, um die reibungslose Abwicklung des Schuldendienstes an das Ausland weiterhin zu bewerkstelligen.

In dieselbe Richtung zielt die von der RF-Regierung und ZBR für 2004 anvisierte Einrichtung eines Stabilisierungsfonds, dem ein Teil der Überschusseinnahmen (die über das Budget-Soll für 2004 hinausgehen) aus dem Ölgeschäft am Weltmarkt zuzuführen ist. Damit soll das positiv erprobte Instrumentarium des bundesdeutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967 in einer modifizierten Form zum Zuge kommen. Dieses Vorhaben wurde von der Duma in der Debatte über das Budget 2004 grundsätzlich gebilligt. S. Ignatjew vertritt dabei die Meinung, dass es um 70 bis 80% der Mehreinnahmen gehen soll.³² Dieser Fonds dürfte nicht nur eine antiinflationäre Wirkung zeitigen, sondern auch als eine

Art finanzielles Polster für mögliche Konjunkturrückschläge (vor allem im Fall eines Preisverfalls ähnlich dem von 1997/1998 am Weltmarkt für Öl und Ölprodukte) dienen.

Die Geldpolitik kann jedoch generell kein Allheilmittel gegen Inflation sein und schon gar nicht in Russland. Der fortdauernde Preisauftrieb wird in der RF nicht nur (und derzeit wohl auch nicht in erster Linie) durch monetäre Faktoren determiniert. Vorwiegend sind dafür eher mehrere strukturelle Faktoren verantwortlich. So sind die Tarife der „natürlichen Monopole“ (Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Wohnungswirtschaft u. dgl.) bereits jahrelang „Spitzenreiter“ im Preisauftrieb. Der Mangel an funktionstüchtigem Wettbewerb treibt auch in vielen anderen Sektoren und Branchen die Preise in die Höhe. Dazu kommen noch die Auswirkungen der Organisation des Systems von Distribution und Absatz. Zwischen Produzenten und Finalkonsumenten (vor allem natürlichen Personen) stehen häufig mehr als ein Dutzend von unproduktiven, ja parasitären „Vermittlern“. Jeder von ihnen ist, oft mit nicht rechtskonformen oder gar kriminellen Mitteln, bestrebt, und das nicht ohne Erfolg, sich aus dem Einkommen des Endverbrauchers ein fettes Stück „abzuzweigen“. Folglich kostet z. B. ein Liter Milch in Russland im Einzelhandel im Schnitt ca. 20 RR, wobei der Produzent dieses Produkt dem ersten „Vermittler“ für 4 bis 4,5 RR verkauft.³³ Solche sagenhaften Preisaufschläge und Gewinnmargen sind in hoch entwickelten Marktwirtschaften unvorstellbar.

Bis zu so einem Zustand seiner Marktwirtschaft hat Russland noch einen weiten Weg zurückzulegen. Was die weitere Drosselung der Inflation betrifft, so muss hier die Geld- und Kreditpolitik mit anderen Instrumenten der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der Reformpolitik Hand in Hand gehen.

3. Einige außenwirtschaftliche Aspekte der Evolution des monetären Bereichs Russlands

Bereits in den ersten zwei bis drei Jahren der Transformationszeit ist die Volkswirtschaft der RF zu einer offenen Wirtschaft geworden und hängt heute in ihrer Entwicklung maßgeblich von weltwirtschaftlichen Prozessen ab. Dabei ist die weltwirtschaftliche Öffnung des monetären Bereichs auf Grund seiner eingangs erwähnten Wesenszüge in Russland wie auch weltweit ein besonderes Problem. Wohl in keinem Land der Welt können die Ausländer im einheimischen Bankwesen genauso leicht Fuß fassen wie etwa am Warenmarkt. Trotzdem sind ausländische Krediteinrichtungen im russischen Bankwesen bereits seit mehreren Jahren präsent.

Per 1. Juli 2003 besaßen 125 Krediteinrichtungen mit Beteiligung von Devisenausländern (KBDA) eine ZBR-Lizenz für ihre Geschäftsführung

auf dem Territorium der RF.³⁴ Davon verfügten 79 über eine Generallizenz (damit konnten sie sich als Universalbanken etablieren bzw. verhalten), 44 eine Lizenz für Geschäfte sowohl in RR als auch in Devisen, 2 nur in RR, 116 eine Lizenz für die Anziehung von Geldeinlagen von natürlichen Personen, 35 eine Lizenz für die Deponierung von Edelmetallen.

Diese Banken haben in 26 Regionen der RF ihren Sitz, davon 84 in Moskau, 8 in St. Petersburg, 5 in der Region Tjumen, je 2 in 5 und 1 in 18 Regionen. Diese Regionen sind auf Grund ihrer ökonomischen bzw. finanziellen Situation für das ausländische Kapital besonders attraktiv und nehmen auch am russischen Außenhandel überdurchschnittlich stark teil. Dagegen kamen 63 andere Regionen der RF nicht in den Genuss der Präsenz von Banken mit ausländischer Beteiligung, weil dort in der Regel objektive Voraussetzungen dafür noch nicht vorhanden sind.

Von insgesamt 125 KBDA beträgt an 52 von ihnen der ausländischen Anteil von 20% bis 100%, davon an 29 100%, an 9 mehr als 50%, aber weniger als 100%, an 14 20% bis 50% (hier verfügen die ausländischen Investoren wohl über die Sperrminorität). Auf diese 52 KBDA entfallen 4,94% des gesamten Stamm- bzw. Grundkapitals des russischen Bankensystems und 94,37% der gesamten ausländischen Investitionen in dieses Kapital.

Unter den ersten 29 belegt die RF-Tochter der österreichischen Raiffeisenbank, die GAG Raiffeisenbank Moskau, mit einem angemeldeten Stammkapital von 1.004.000,0 Tausend RR (angemeldet am 10. Juni 1996) Platz 2, nämlich nach der GmbH Deutsche Bank Moskau mit 1.237.450,0 Tausend RR. In der zweiten Gruppe mit neun KBDA ist die Moskowskij Meshdunarodnij Bank - MMB (übersetzt: Moskauer Internationale Bank), an dem die Bank Austria/Creditanstalt maßgebend beteiligt ist, mit einem angemeldeten Stammkapital von 2.141.741,0 Tausend RR nach diesem Kriterium eindeutig der Spitzenreiter. Auf die MMB ist ausführlicher einzugehen, weil es für den Leser von besonderem Interesse sein dürfte.

Nach ihrer Erstanmeldung am 20. Dezember 1989 wurde die MMB zur ersten sowjetischen Bank mit ausländischer Beteiligung (logischerweise wurde ihr die Anmeldeungsnummer 1 verliehen). Die CA hatte am Kapital der MMB (noch vor der Fusion mit der Bank Austria) einen Anteil von 15%. Die Bank Austria hatte 1992 die erste *Off-Shore*-Filiale einer ausländischen Bank in der RF gegründet, die daraufhin in eine hundertprozentige Tochter transformiert wurde. Diese Tochter kam Ende 2001 (als Tochter der Bank Austria/Creditanstalt) zur Fusion mit der MMB unter dem Namen GAG MMB Moskau. In der Geschichte Russlands nach der Auflösung der UdSSR war das wohl die erste Großfusion im Bankensektor, die die Prädikate „normal“, „zivilisiert“ und „freundschaftlich“ – im

Sinne des gegenseitigen Einvernehmens – verdient. Da die Bank Austria seit Ende 2000 kapitalmäßig mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank verflochten ist, ist die GAG MMB Moskau auch mit deutschem Bankkapital alliiert.³⁵

Vor dem Zusammenschluss hatte die MMB den österreichischen Fusionspartner nach der Bilanzsumme um das 10fache und nach der Personalstärke um mehr als das 3fache (800 bzw. 250 Mitarbeiter) übertraffen. Nach der Fusion fand keine gravierende Reduzierung der Personalstärke statt. Im Laufe der Fusion konnte jeder der Partner in das neue Unternehmen etwas Wertvolles einbringen. So wurde die traditionelle Stärke der MMB, die Bedienung von nichtfinanziellen Unternehmungen, mit einem der wichtigsten „Gütezeichen“ des österreichischen Partners, einem gut organisierten und effizienten Service an individuellen Kunden, integriert. Folglich ist die „PR-Parole“ der beiden Partner „Eins plus eins macht mehr als zwei“ nicht als Leerformel abzustempeln.

Ein wachsendes Engagement von ausländischen, auch österreichischen Banken im russischen Bankwesen ist im Zuge der weiteren marktwirtschaftlichen Transformation der RF mit so gut wie hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit vorauszusagen. Dem steht auch die politische Führung Russlands grundsätzlich positiv gegenüber. Doch kann der Zufluss des ausländischen Kapitals nicht dem Selbstlauf überlassen werden. Aus vielen volkswirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Gründen kann sich die RF im einheimischen monetären Bereich so eine Situation nicht „leisten“, die der in „postsozialistischen“ Reformländern Ost- und Mitteleuropas entspräche, wo die ausländischen Banken am Kapital und an den Aktiva der dortigen Bankensysteme vorherrschend ist.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Anteil der Ausländer z. B. am gesamten Kapital des Bankensystems Japans 5% nicht übertrifft.³⁶ Die „asiatischen Tiger“ (Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong), die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) seit 1997 als entwickelte Länder eingestuft werden und davor weltweit als neue Industrieländer bzw. Schwellenländer gegolten hatten, haben während der Transformationszeit diese Marke aus ordnungspolitischen und anderen Gründen auf 6-8% beschränkt. Vor dem Moratorium vom 17. August 1998 wurde diese Zielgröße von der ZBR mit 12% angegeben. Doch haben die ausländischen Bankiers weder davor noch danach den Willen an den Tag gelegt, diesen von der ZBR verhältnismäßig liberal abgesteckten Spielraum voll auszunutzen. Sollte es von heute auf morgen geschehen oder gar die Marke von 12% (diese wird offiziell auch nicht mehr deklariert) klar überboten werden, was die Ausländer wohl nicht anstreben, würden sich die für diese Materie zuständigen Behörden der RF dagegen ganz bestimmt nicht sträuben.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass als Ergebnis der bisherigen Transition in der russischen Volkswirtschaft bereits heute ein starkes Element der grenzübergreifenden Transaktionen mit ausländischen Banken präsent ist. So beträgt die Verschuldung der russischen nichtfinanziellen Unternehmungen an Devisenausländer mindestens 30 Mrd. USD, was die Hälfte deren Verschuldung an einheimische Krediteinrichtungen erreicht. Die Erlöse aus diesem Kreditgeschäft sowie die einschlägigen Steuern darauf gehen ins Ausland, was den russischen Banken bzw. dem Staat nicht gerade zugute kommt.

Trotzdem haben die zuständigen Repräsentanten der EU-Kommission in den Verhandlungen mit der russischen Regierungsdelegation unter der Leitung des Ministers für ökonomische Entwicklung und Handel der RF, G. Gref, eine durchgreifende Öffnung des RF-Bankensystems zu einer der Hauptbedingungen für die Zustimmung der EU zum Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) gemacht. Das war einer der wichtigsten Gründe dafür, dass diese Verhandlungen im Oktober 2003 in die Sackgasse gerieten.³⁷ Diese Forderung der EU ist auf dem Hintergrund der bisherigen Verhandlungen der EU mit anderen Beitrittskandidaten (so nicht zuletzt mit der VR China) m. E. überzogen, hier bedarf es wie auch bei anderen EU-Bedingungen (z. B. bezüglich der Gleichsetzung der inneren Energiepreise mit einschlägigen Weltmarktpreisen) einer vernünftigen, gegenseitig vorteilhaften Kompromisslösung, die nur auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit basieren kann. Doch stoßen selbst solide und ordentlich geführte russische Geschäftsbanken bei ihren Versuchen, im EU-Raum Fuß zu fassen, dort eigene Niederlassungen zu etablieren und bedeutende Anteile am Kapital der dortigen Kreditinstitute zu erwerben, häufig nicht gerade auf einen sonderlich warmen Empfang, auch seitens der Behörden.

Ein brisantes und schwerwiegendes Problem für den russischen Staat war seit dem Beginn der marktwirtschaftlichen Transition die hohe Außenverschuldung des Landes. Dieses Problem bleibt weiterhin sehr unangenehm, obwohl es seit 2000 in vieler Hinsicht deutlich entschärft werden konnte. Dazu hat die positive Entwicklung der russischen Wirtschaft in dieser Zeit wesentlich beigetragen, die nicht zuletzt auf die für Russland günstige Preisdynamik am Weltmarkt für Öl und Gas zurückzuführen ist. Die positive Dynamik auf der Einnahmeseite des Haushalts (ca. ein Drittel der Budgeteinnahmen auf föderaler Ebene wird für den Schuldendienst an ausländische, aber auch inländische Gläubiger ausgegeben) infolge der ökonomischen Belebung seit Frühjahr 1999 (das BIP hat seitdem um mehr als 35% zugenommen) und die hohen Überschüsse der Handels- und Leistungsbilanz (ca. 60 Mrd. USD bzw. 32 Mrd. USD im Jahre 2002), die einen beachtlichen Devisenzustrom und das fortschreitende Wachstum der ZBR-Devisenreserven (seit 1. Jänner

2000, als sie nur 12,5 Mrd. USD betragen hatten, konnten sie auf mehr als das Fünffache gesteigert werden) sichern, schufen eine solide Grundlage für einen reibungslosen Schuldendienst des russischen Staates an das Ausland (wie auch Inland) in den letzten Jahren.³⁸

Folglich konnte die Außenverschuldung Russlands von ca. 150 Mrd. USD Anfang 2000 (davon entfielen etwa 100 Mrd. USD von der UdSSR „geerbte“ Schulden gänzlich und gut 50 Mrd. USD seit 1992 vom post-sowjetischen Russland gemachte Schulden größtenteils auf den Staat) nach einer Verlautbarung des stellvertretenden Finanzministers der RF, S. Kolotuchin, auf 122,1 Mrd. USD per 1. Jänner 2003 reduziert werden.³⁹ Das konnte trotz des Verzichts der RF-Regierung seit Juni 1998 auf IWF-Stützungskredite und aus eigener Kraft bewerkstelligt werden. Obwohl auf das Jahr 2003 Zahlungen von ca. 20 Mrd. USD fallen, wurden diese bisher ordentlich und teilweise auch vor Frist geleistet. Die hohe Zahlungsmoral Russlands wird von ausländischen Regierungen und internationalen Finanzorganisationen immer wieder gewürdigt.

Doch gibt es nicht den geringsten Grund, die Schärfe der Situation in Sachen Außenverschuldung Russlands zu bagatellisieren oder gar von der Hand zu weisen. Dem russischen Staat ist der bisher konsequente Kurs auf eine kontinuierliche Reduzierung dieser Verschuldung, der die vorhergehend erwähnten positiven Ergebnisse zeitigen konnte, zweifellos zugute zu halten. Die RF-Regierung und die ZBR sind fest entschlossen, diesen Kurs fortzusetzen und Neuschulden (selbst bei der Weltbank, mit der sich die Beziehungen bisher recht konstruktiv gestalten) bis auf einige wenige Ausnahmefälle zu vermeiden. So weist der Vize-Premierminister und Finanzminister der RF, A. Kudrin, darauf hin, dass bis 2010 die neuen Kredite bei der Weltbank nur für die Umsetzung der mit ihr früher vereinbarten Investitionsprojekte genommen werden sollen. Ab 2010 sollen die Kriterien für die Auswahl weiterer mit der Weltbank zu verhandelnden Investitionsprojekte wesentlich verschärft werden. Dabei werde die russische Seite solche Projekte zu 60 bis 80% aus eigener Kraft finanzieren.⁴⁰

Doch auf dem Hintergrund des Tatbestandes, dass der Lebensstandard in Russland immer noch niedrig und unbefriedigend ist (das hat auch der RF-Präsident, V. Putin, abermals öffentlich zugegeben) und nach diversen Schätzungen 20 bis 30% der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze leben, ja dahinvegetieren müssen, ist der Schuldendienst in der vorhergehend genannten Größenordnung nur mit Ach und Krach leistbar.

Es ist auch in Betracht zu ziehen, dass die hohen Überschüsse der Zahlungs- und Leistungsbilanz der RF vom russischen Staat zwar wirtschafts-, finanz-, geld- und währungspolitisch beeinflusst werden, ihm jedoch nicht gehören. Dagegen sind die Außenverschuldung der RF grös-

ßerenteils „Staatseigentum“. Objektiv braucht Russland als Ergänzungen zu den eigenen enormen Anstrengungen in Sachen Außenschulden dienst eine Umstrukturierung und einen partiellen Erlass von Schulden, vor allem von denjenigen Lasten, die von der Sowjetunion „geerbt“ sind. Seit 2000 gibt es gute Beispiele dieser Art, so mit dem Londoner Klub41 und mit Deutschland in Sachen Schulden der Ex-UdSSR an die Ex-DDR. Im Jahre 2003 konnte die RF-Regierung mit einigen Gläubigerstaaten außerhalb des Pariser Klubs eine Einigung erzielen, wodurch die Außenverschuldung Russlands, so S. Kolotuchin, um ca. 1,2 bis 1,3 Mrd. USD reduziert werden konnte. Es sollten nun die Verhandlungen mit dem Pariser Klub, dessen Mitgliedstaaten der Hauptgläubiger des russischen Staates sind, intensiviert werden, um eine gegenseitig akzeptable Kompromisslösung zu erzielen.

Ein weiterer wichtiger internationaler Aspekt der monetären Umgestaltung im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation Russlands bezieht sich auf die Wechselkurs- und Währungspolitik der ZBR. Bereits Anfang 1992 wurden mit einer durchgreifenden Preisliberalisierung bzw. -freigabe und mit der Wechselkursfreigabe des RR auf der Moskauer Interbank-Devisenbörse, allerdings ohne minimale Vorbereitung und sehr überhastet, wichtige Schritte in die Richtung getan, die russische Nationalwährung konvertibel und „hart“ zu machen. Im Juni 1996 hat die russische Regierung den IWF offiziell informiert, dass die RF sich dem Artikel VIII der IWF-Satzung anschließe. Folglich wurde zu diesem Zeitpunkt eine weitgehende Inländer- und eine partielle Ausländerkonvertibilität des RR bei laufenden Devisen-Transaktionen (die Migration von Kapital ist davon nicht betroffen) herbeigeführt.⁴² Der RR war damit nicht mehr wie in der Sowjetzeit der „hölzerne“ Rubel (so wurde er im Volksmund genannt, weil dafür bei weitem nicht alles frei gekauft werden konnte) – für ihn kann man in Russland nunmehr wie im Westen ziemlich alles kaufen, vorausgesetzt, dass man in den Genuss gekommen ist, ihn zu besitzen.

Dieser Zustand wurde durch eine rasche, etwa fünffache Entwertung des RR gegenüber dem USD und anderen Hartwährungen nach dem Moratorium vom 17. August 1998 einer harten Probe ausgesetzt, konnte jedoch aufrechterhalten und teilweise verbessert werden. Der nominale Wechselkurs des RR auf der Moskauer Interbank-Devisenbörse, nach dem sich der offizielle ZBR-Kurs richtet, unterliegt seit 2001 keinen großen Schwankungen. Der RR ist, objektiv gesehen, eine der besten Währungen der Reformländer. Doch in ihrer Wechselkurs- und Währungspolitik ist die ZBR auf eine Art „Quadratur“ des Kreises angewiesen und hat mit mehreren schwer lösbaren Dilemmas zu tun. Russische Experten, etwa W. Woronina, verweisen immer wieder auf einen Konflikt zwischen der Geld- und Kreditpolitik einerseits und der Währungspolitik der ZBR

andererseits.⁴³ Der Autor dieses Artikels ist auch der Meinung, dass dieser Konflikt vorhanden und recht kompliziert ist, und sieht ihn folgendermaßen:

Durch den starken Zustrom des USD nach Russland aus den beträchtlichen Erlösen der russischen Exporteure im internationalen Öl- und Gasgeschäft entstand ein umfangreiches, zeitweise übermäßiges USD-Angebot in der RF, auch auf der Moskauer Interbank-Devisenbörse. Dadurch hat sich 2002/2003 der Anstieg des nominalen USD-Kurses zum RR verlangsamt, zeitweise ging dieser gar zurück. Der reale USD-Kurs (d. h. unter der Berücksichtigung einer um ein mehrfaches höheren Inflationsrate in der RF im Vergleich zu den USA) fiel seit der Jahreswende 2001/2002, nämlich von Dezember 2001 bis Dezember 2002 um 6,2%. In den ersten acht Monaten 2003 hat der RR, gemessen am entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, gegenüber dem USD um weitere 11,5% real aufgewertet. In dieselbe Richtung wirkte gleichzeitig auch die deutliche Entwertung des USD gegenüber dem Euro und einigen anderen Hartwährungen.

Diese Entwicklungen machten der ZBR viel zu schaffen. Das Hauptziel der Währungspolitik der ZBR ist die Förderung des russischen Exports. Da hier Öl und Gas am wichtigsten sind, werden damit vor allem die Ausfuhren von diesen Gütern gefördert. Dem wirkt jedoch eine Stärkung des RR gegenüber dem USD entgegen. Deshalb sah sich die ZBR im Laufe des Jahres 2003 mehrmals veranlasst, durch USD-Aufkauf im Zuge ihrer Interventionen auf der Interbank-Devisenbörse das USD-Angebot knapper machen. Dadurch (auch durch den verpflichtenden Ankauf eines großen Teils der Dollarerlöse der Exporteure) wurde jedoch die im Umlauf befindliche Menge an Zentralbankgeld, ob als Bar- oder Buchgeld, vergrößert, was das Hauptziel der Geldpolitik der ZBR, die Drosselung der Inflation, tangierte.

Die Währungspolitik zielt also darauf ab, über Exportstützung und -förderung mehr Devisen ins Land zu holen, um nicht zuletzt den Schuldendienst an das Ausland möglichst reibungslos zu gestalten. Eine Aufwertung gegenüber dem USD soll verhindert werden. Doch bei einem billigeren USD wäre dieser Schuldendienst insofern leichter, als der Staat in diesem Fall weniger RR aus dem Budget bräuchte, um USD für fällige Zahlungen an ausländische Gläubiger zu beschaffen (der größere Teil der RF-Außenverschuldung lautet auf USD).

Gleichzeitig wirkt die reale und erst recht die nominale Stärkung des RR der weiteren Dollarisierung der russischen Wirtschaft entgegen und fördert den erst in Anfängen steckenden, geldpolitisch wünschenswerten Prozess der Dedollarisierung. Denn dieser Prozess verbessert die Sparmoral der Bevölkerung in RR zu Gunsten der einheimischen Geschäftsbanken und bremst den vom Staat kaum regulierbaren Umlauf von USD

in der Binnenwirtschaft. Beides ist für eine kontinuierliche Sanierung des Geldsystems und insofern für eine wirksame Inflationsbekämpfung, ob direkt oder indirekt, förderlich. Eine Stärkung des RR würde auch Importe verbilligen und damit der Inflation entgegenwirken. All dem ist jedoch die Ausrichtung der Währungspolitik auf die Exportstützung und -förderung abträglich.

Da die Einschätzung dieser Dilemmas dem subjektiven Ermessen der Entscheidungsträger der Geld- und Währungspolitik überlassen ist, sind hier Zielkollisionen und Missverhältnisse so gut wie unvermeidlich. So wird es auch weiterhin bleiben. Allerdings dürften diese Konflikte und Missverhältnisse im Laufe des Jahres 2004 aus objektiven Gründen in einer etwas mildereren Form gegenüber dem Vorjahr auftreten. Es ist weder ein steiler Anstieg noch ein abrupter Fall der Weltmarktpreise für Öl zu erwarten. Deshalb wird sich der Zustrom von Devisen, vor allem USD, nach Russland 2004 fortsetzen, allerdings nicht so spektakulär wie 2003. Auch die Schwankungen der USD-Kurse gegenüber dem Euro und anderen Hartwährungen dürften weniger ausgeprägt sein. All das sowie einige andere Faktoren dürften es der ZBR etwas leichter machen, eine bessere Balance zwischen ihrer Geld- und Währungspolitik zu finden und aufrechtzuerhalten. Der reale Kurs des RR gegenüber dem USD wird 2004 voraussichtlich weiter steigen, allerdings in einem geringeren Maße als im Vorjahr.

Diese widersprüchlichen Interdependenzen zeugen davon, dass die Volkswirtschaft Russlands und speziell deren monetärer Bereich bereits tief in die Weltwirtschaft und das internationale Währungs- und Finanzsystem integriert und von ihnen weitestgehend abhängig sind. Das bewegt die RF-Regierung und die ZBR dazu, ihre Geld- und Währungspolitik international abzustimmen. Das tut Russland insbesondere als Mitglied des IWF (aktiv seit 1993, nach der Einzahlung der russischen Quote in das Kapital des Fonds) sowie im Rahmen der jährlich stattfindenden Beratungen der Finanzminister und Zentralbankchefs der Mitgliedsländer von zwei bedeutenden informellen internationalen Einrichtungen, G-8 und G-20. In einer offiziellen Mitteilung der ZBR über das Zusammenwirken der RF mit ihren Partnern im Rahmen beider Einrichtungen⁴⁴ wird betont, dass Russland so eine Abstimmung als unbedingt notwendig erachtet.

Die im Rahmen dieser informellen Organisationen erzielten Absprachen sind de jure für deren Mitgliedsländer nicht bindend, doch de facto spielen sie eine nicht zu unterschätzende Rolle vor allem bei der Beeinflussung von Wechselkursen, beim Management auf dem Gebiet der Außenverschuldung und internationalen Wirtschaftshilfe, bei der Milderung von internationalen Finanzkrisen, Einführung von internationalen Standards u. a. m. Mehrere wichtige Absprachen in den letzten Jahren

bezogen sich auf die Unterbindung der Finanzierung des weltweiten Terrorismus und des „Reinwaschens“ von Geldern kriminellen Ursprungs. Russland hat seit 2000 massive Anstrengungen unternommen, um die internationale Staatengemeinschaft bei der Lösung dieser Probleme aktiver und effizienter unterstützen zu können. In diesem Zusammenhang ist vor allem eine recht konstruktive Entwicklung der Beziehungen Russlands mit der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) hervorzuheben.⁴⁵

Die FATF wurde 1989 auf Beschluss der Staats- und Regierungschefs der damaligen G-7 zwecks der internationalen Koordinierung staatlicher Bemühungen, das Reinwaschen von illegal erzielten Einkommen im finanziellen Bereich zu bekämpfen. Die bisherige Tätigkeit der FATF konnte dazu beitragen, fruchtbare Kontakte zwischen den dafür zuständigen Experten und Behörden herzustellen, einschlägige methodische Empfehlungen und nationale Programme zur Bekämpfung der Geldwäscherei auszuarbeiten.

Das grundlegende Dokument der FATF, die so genannten vierzig Empfehlungen, wurde 1990 verabschiedet. Es legt Grundsätze der Errichtung von nationalen Systemen der Bekämpfung der Geldwäscherei fest. Für die Einschätzung der Übereinstimmung der Rechtsnormen der einzelnen Staaten mit diesen Empfehlungen wurden 25 Kriterien ausgearbeitet. Wenn die Rechtsnormen den Empfehlungen nicht oder weitgehend nicht entsprechen, können die betreffenden Länder auf die „schwarze Liste“ jener Staaten gesetzt werden, die sich an der Bekämpfung des Reinwaschens von Einkommen kriminellen Ursprungs nicht beteiligen.

Anfang 2000 haben die zuständigen FATF-Experten die diesbezügliche Situation in Russland geprüft und ein Missverhältnis bei 11 von 25 Kriterien festgestellt. Folglich wurde die RF im Juni 2000 auf die „schwarze Liste“ gesetzt und von der FATF offiziell informiert, dass ab 30. September 2001 gegen sie Sanktionen verhängt werden könnten, falls vom russischen Staat bis dahin keine gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen worden sein sollten.

In der RF wurden binnen einer recht kurzen Zeit adäquate Schritte in diese Richtung unternommen. Das föderale Gesetz Nr. 115-FS vom 7. August 2001 gab den zuständigen Behörden und der ZBR ein wirksames rechtliches Instrumentarium zur Bekämpfung der Geldwäsche. Parallel dazu hat Russland die FATF-Konvention über die Bekämpfung der Geldwäsche ratifiziert. Zu diesem Zweck wurde eine Sonderbehörde, das Komitee der RF für finanzielles *Monitoring* - KFM (inoffiziell wird es „finanzieller Aufklärungsdienst“ genannt) errichtet. In den ersten zwei Jahren seiner Tätigkeit stellte das KFM den Rechtsschutzbehörden 13.000 Informationen bezüglich des Verdachts illegaler Einkommen und deren Reinwäsche zur Verfügung. Danach wurden von diesen Behörden

200 Untersuchungen bzw. Strafverfahren eingeleitet, von welchen 13 vor zuständige Gerichte kamen.⁴⁶ Angesichts dieser positiven Entwicklungen strich die FATF im Oktober 2002 die RF von der „schwarzen Liste“ und nahm Russland im Juni 2003 als Vollmitglied auf.

Die Einschaltung der RF in die internationale Koordination auf dem Gebiet Finanzen und Währung übt einen stabilisierenden Einfluss auf die russische Volkswirtschaft sowie insbesondere deren monetären Bereich aus und wirkt sich auch weltwirtschaftlich positiv aus.

4. Fazit und Ausblick

Im Zuge des Übergangs Russlands in Richtung Marktwirtschaft und pluralistische Demokratie hat sich ein marktwirtschaftlich zugeschnittenes monetäres System in seiner Grundstruktur herausgebildet, dessen Herzstück das zweischichtige Bankensystem ist, bestehend aus der Zentralen Notenbank (ZBR) und zahlreichen vorwiegend privaten Geschäftsbanken. In diesem System hat das ausländische, nicht zuletzt das österreichische und deutsche, Finanzkapital fest Fuß gefasst. Der Entwicklungsstand des monetären Bereichs der RF ist gemessen an dem der entwickelten Marktwirtschaften als alles in allem mittelmäßig und nachholbedürftig zu werten, für die Gruppe der „postsozialistischen“ Reformländer ist er jedoch durchaus sehenswert und eher überdurchschnittlich.

Durch die Finanzkrise 1998 wurde dieses Bankensystem schwer erschüttert, jedoch nicht aus den Angeln gehoben. Es ist finanziell insgesamt stabil und gewinnbringend. So betrug für das Jahr 2002 die Rentabilität des Bankensektors (Relation Gewinn/Eigenkapital) laut ZBR 16,0%, was den Durchschnitt aller Sektoren und Zweige der russischen Volkswirtschaft (7,9%) klar übertraf. Nur das Fernmeldewesen mit 30,0% sowie die besonders stark exportorientierten Zweige Holzverarbeitung und Eisen erzeugende Industrie konnten mit 21,1% bzw. 18,6% das Bankwesen „überflügeln“. Der Spitzenreiter der russischen Volkswirtschaft in der internationalen Arena, die Brennstoff erzeugende Industrie, zog mit 16,0% mit dem Bankensektor gleich.⁴⁷

Der monetäre Bereich und das Bankwesen der RF sind im Prozess einer rapiden und intensiven weiteren Transition in Richtung Formierung einer entwickelten Marktwirtschaft begriffen. Dabei haben sie sich als sehr reformfreundlich und entwicklungsfähig erwiesen.

In zehn Jahren könnten fünf bis sechs führende russische Geschäftsbanken auf das Niveau von sehr großen Kreditsinrichtungen emporsteigen, die imstande sein würden, das konkurrenzfähige einheimische Großkapital in seiner Außenexpansion zu begleiten. Diese Einrichtungen samt zwei bis drei Dutzend weiteren russischen Großbanken werden

sich bis dahin voraussichtlich in die Lage versetzt haben, den Kunden in den heutigen GUS-Ländern hochwertige Leistungen anzubieten. Dieselben Banken plus weitere zwei bis drei Dutzend für russische Begriffe relativ große Universalbanken werden in allen Sparten des russischen Finanzmarktes den deviseninländischen Kunden (und auch Unternehmen mit maßgebenden ausländischen Beteiligungen) alle bankmäßigen Leistungen anbieten können. Einige Dutzend Spezialbanken werden private Kunden zweckgerecht bedienen können, vor allem auf dem Gebiet der Hypothekenkredite. Schließlich werden einige Hundert kleine Krediteinrichtungen ihre Tätigkeit auf diverse Bedürfnisse des kleinen und mittleren Kapitals ausrichten.

Diese vom ersten Stellvertreter des ZBR-Vorsitzenden, A. Koslow, gezeichnete Vorausschau⁴⁸ scheint eine alles in allem realistische Vision zu sein. Sie sei jedoch um dreierlei Momente ergänzt. Zum einen werden in der Zeitspanne der nächsten zehn Jahre die minderheitlichen staatlichen Beteiligungen am Kapital der Geschäftsbanken wohl auf Null tendieren und seine kontrollbringenden Beteiligungen (wahrscheinlich ab 2007) tendenziell zurückgehen. Zum zweiten wird die Präsenz des ausländischen Finanzkapitals im russischen Bankwesen zunehmen, allerdings unter einer effizienteren Ordnung durch den russischen Staat. Zum dritten dürften einige wenige russische Bankeinrichtungen (die fünf bis sechs von A. Koslow erwähnten oder eher etwas mehr) zu wirklich transnationalen, konkurrenzfähigen Großbanken werden, die sich nicht nur im GUS-Raum, sondern auch im „fernen Ausland“ niederlassen und ihre Transaktionen abwickeln werden. Das würde den grundlegenden Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft entsprechen.

Anmerkungen

¹ Siehe ausführlicher: Pankov, V., Die russische Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (2001) 187ff.

² Vgl. Dengi i kredit (russ.) 8 (2003) 9.

³ Siehe ausführlicher: Pankov, V., Rußlands Weg zur Marktwirtschaft, Eine Zwischenbilanz der ersten fünf Jahre unter besonderer Berücksichtigung der Bodenverhältnisse und des monetären Bereichs, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 114 (September 1997) 19ff.

⁴ Vgl. *Wjestnik banka Rossiji* (russ.) 30 (2. Juni 2003) 21. Soweit nicht eigens vermerkt, stammen alle weiteren Daten in diesem Artikel aus diesem Bulletin der ZBR bzw. aus anderen Quellen der amtlichen Statistik der RF.

⁵ *Wjestnik banka Rossiji* 12 (8. Feber 2001) 5.

⁶ So betrugen im Jahre 2001 nach Angaben der Weltbank Kredite des Bankensystems an die nationale Wirtschaft in Japan 309, in den USA 161, in Deutschland 145, China (ohne Hongkong) 133, Brasilien 59, Indien 54, Tschechien 52, Ungarn 49,5, Polen 37 und in Russland 24 % des BIP; vgl. World Bank, *World Development Report* (2002) 240f. Allerdings sind diese Daten mit Kennziffern aus der Spalte 3 der Tabelle 1 (in %

des BIP) auf Grund unterschiedlicher Berechnungsmethoden nicht direkt zu vergleichen.

⁷ Vgl. Rossijskaja gazeta (russ.) (2. September 2003).

⁸ Vgl. Rossijskaja gazeta (4. September 2003).

⁹ Siehe ausführlicher: Argumenty i fakty-Moskva (russ.) 37 (September 2003) 6.

¹⁰ Wjedomosti (russ.) (21. Mai 2003).

¹¹ Siehe ausführlicher: Pankov, V., Die Umgestaltung der Grund- und Bodenverhältnisse im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation in Russland, in: Wirtschaft und Gesellschaft 4 (2002) 549ff.

¹² Vgl. Expert (russ.) 27-28 (21. Juli 2003) 44.

¹³ Siehe ausführlicher: Bratko, A., Das Bankenrecht: Wie muss es sein?, in: Bisnes i banki 34 (August 2003) 3f.

¹⁴ Vgl. Nowotny, E.; Winckler, G., Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs (Wien 1994) 273.

¹⁵ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 31 (4. Juni 2003) 2f.

¹⁶ Vgl. Rossijskaja gazeta (5. Juni 2003).

¹⁷ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 24 (8. Mai 2003) 3f.

¹⁸ Vgl. Expert 27-28 (21. Juli 2003) 45.

¹⁹ Nach Schätzung des Wirtschaftsberaters des Präsidenten der RF, A. Illarionow, wurden die russischen Bürger durch das Moratorium und andere Beschlüsse der RF-Regierung vom 17. August 1998 um ihre Ersparnisse in der Größenordnung von umgerechnet 40 Mrd. USD „enteignet“. Vgl. Rossijskaja gazeta (19. August 2003).

²⁰ Vgl. Wjedomosti (russ.) (14. Mai 2003).

²¹ „Sberbank“ heißt die Bank für Spareinlagen der Bevölkerung, was ihre ursprüngliche, noch in der Sowjetzeit festgesetzte Zweckbestimmung widerspiegelt. Inzwischen ist sie jedoch zu einer leistungsstarken und soliden Universalbank geworden. Sie ist bei den meisten Arten von Bankgeschäften sowohl auf der Aktiv- (auch bei Krediten an nicht-finanzielle Unternehmungen) als auch auf der Passivseite in Russland führend.

²² Vgl. Dengi i kredit 7 (2003) 50.

²³ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 18 (3. April 2003) 12.

²⁴ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 33 (18. Juni 2003) 6.

²⁵ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 18 (3. April 2003) 8.

²⁶ Vgl. Dengi i kredit 6 (2003) 15.

²⁷ Vgl. Wirtschaft und Gesellschaft 2 (2001) 202f.

²⁸ Vgl. Bisnes i banki 14 (April 2003) 1.

²⁹ Vgl. Dengi i kredit 6 (2003) 44.

³⁰ Zit. nach: Wjestnik banka Rossiji 33 (16. Juni 2003) 2. In der Tat haben sich die Gold- und Devisenreserven von 47,8 Mrd. USD per 1. Jänner 2003 auf 63,4 Mrd. USD per 1. Juni 2003 vergrößert und sind tendenziell weiterhin im Anstieg begriffen.

³¹ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 38 (10. Juli 2003) 64.

³² Vgl. Rossijskaja gazeta (22. August 2003).

³³ Vgl. Argumenty i fakti 41 (Oktober 2003) 6.

³⁴ Siehe ausführlicher: Wjestnik banka Rossiji 46 (18. August 2003).

³⁵ Siehe ausführlicher: Kompanija (russ.) 43 (12. November 2001) 15ff.

³⁶ Vgl. Dengi i kredit 6 (2003) 45.

³⁷ Siehe ausführlicher: Rossijskaja gazeta (10. Oktober 2003).

³⁸ Durch das Moratorium vom 17. August 1998 gab es einen durch die RF-Regierung verordneten zeitweiligen Zahlungsstopp, allerdings nur für den privaten Schuldendienst an das Ausland. Dagegen wurde der staatliche Schuldendienst nicht ausgesetzt.

³⁹ Vgl. Rossijskaja gazeta (4. September 2003).

⁴⁰ Vgl. Argumenty i fakty 40 (Oktober 2003) 3.

⁴¹ Vgl. Wirtschaft und Gesellschaft 2 (2001) 214.

⁴² Siehe ausführlicher: Pankov, V., Die Transformation der russischen Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Wirtschaft 4 (1996) 319f.

⁴³ Siehe ausführlicher: Rossijskaja gazeta (9. Oktober 2003).

⁴⁴ Siehe ausführlicher: Wjestnik banka Rossij 13 (5. März 2003) 34ff.

⁴⁵ Siehe ausführlicher: Dengi i kredit 7 (2003) 3ff.

⁴⁶ Vgl. Rossijskaja gazeta (18. September 2003).

⁴⁷ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 30 (2. Juni 2003) 45.

⁴⁸ Vgl. Wjestnik banka Rossiji 33 (18. Juni 2003) 7.

Zusammenfassung

Der Artikel bietet einen Überblick über die Umgestaltung des monetären Systems Russlands im Zusammenhang mit anderen grundlegenden Umwälzungen der russischen Volkswirtschaft und Außenwirtschaft im Zuge der bisherigen zwei Phasen der marktwirtschaftlichen Transformation. Die schwere Finanzkrise von 1998, die auch das russische Bankwesen zutiefst erschüttert hatte, konnte alles in allem überwunden werden. Das russische Bankensystem hat sich davon erholt und entwickelt sich insgesamt positiv.

Es wird der Werdegang des zweischichtigen Bankensystems (zentrale Notenbank plus zahlreiche vorwiegend private Geschäftsbanken) seit Ende der 1980er Jahre einer differenzierten Analyse unterzogen und dessen Entwicklungsniveau aus der Sicht der weltwirtschaftlichen Kriterien als mittelmäßig eingestuft. Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Tätigkeiten von Geschäftsbanken und deren Bonität, die staatliche Geld- und Kreditpolitik sowie einige wichtige außenwirtschaftliche Aspekte der Transition des monetären Bereichs Russlands, etwa die internationalen Positionen und Aktivitäten der russischen Banken u. a. m., werden detailliert dargelegt. Der Autor gibt auch eine mittelfristige Vorschau auf die weitere Entwicklung dieses Systems, das sich den Standards von entwickelten Marktwirtschaften schrittweise annähern dürfte.

Kinderbetreuung und (Erwerbs-) Arbeitszeit

Karl Wörister

1. Einleitung

„Atypische“ Beschäftigung ist in den letzten Jahren zunehmend zu einem Thema der sozialpolitischen Diskussion geworden. Zahlenmäßig am bedeutsamsten innerhalb dieser Beschäftigungsformen ist die Teilzeitarbeit, einschließlich der geringfügigen Beschäftigung, die im Grenzbereich zwischen Nichterwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit liegt.

Entwicklung der Beschäftigung 1996-2001

- Im Fünfjahreszeitraum 1996 bis 2001 ist die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 140.000 gestiegen (+4,6%). Während die Zahl der männlichen Beschäftigten fast unverändert blieb (+9.000/+0,5%), stieg die Zahl der weiblichen Beschäftigten beachtlich an (+132.000/+11%).
- Im Vergleichszeitraum war die Zahl der Vollzeitbeschäftigung leicht rückläufig (-12.000). Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten stieg hingegen um fast 40% (+ 153.000). Der Zuwachs erfolgte fast zur Gänze bei Frauen.
- Auf Grund dieser Entwicklung stieg die Teilzeitquote bei Frauen von 27,2% auf 34,5%.
- Der Zuwachs der Teilzeitbeschäftigten erfolgte überwiegend im Dienstleistungsbereich (+132.000).

Vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt wird in dieser Diskussion dem sozialen Kontext, in dem „atypisch“ Beschäftigte vielfach stehen. Angesprochen ist hier vor allem die Reproduktionsarbeit. Diese Tätigkeit schränkt die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich ein. Da diese Arbeit nach wie vor überwiegend von Frauen erbracht wird, sind sie auch die Hauptbetroffenen.

Ausmaß und Art der Beschäftigung wird bei Frauen sehr wesentlich von der Familiensituation bestimmt.¹ Dies zeigen auch die seit 1995 erhobenen Daten im Rahmen des Mikrozensus und der Arbeitskräfteer-

hebung (Statistik Austria). Aus ihnen lässt sich erkennen, in welchem Ausmaß sich Kinder auf die Erwerbstätigkeit ihrer Mütter auswirken.

Die individuelle Erwerbsarbeitszeit ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Einkommen und damit auch für das Ausmaß der ökonomischen Eigenständigkeit. Während ein durchgehend vollzeitbeschäftigter Mann meist – wenn manchmal auch nur schlecht und recht – sogar den Lebensunterhalt mehrerer Menschen sichern kann, reicht das Einkommen aus Teilzeitbeschäftigung wiederum in der Regel nicht für ein eigenständiges Leben. Teilzeitarbeit ist daher meist mit einer mehr oder minder großen wirtschaftlichen Abhängigkeit von einer anderen Person verbunden. Verglichen mit Nichterwerbstätigkeit ist die ökonomische Position Teilzeitbeschäftigter in der Regel allerdings besser und oft nur die einzige Chance, überhaupt erwerbstätig zu sein. Dies gilt insbesondere für Personen, die zugleich Betreuungsarbeit im Familienverband leisten.

Im Folgenden wird die unterschiedliche Erwerbssituation von Personen mit und ohne Kinder beschrieben. Abschließend werden einige Fragen aufgeworfen, die sich auf Grund der Daten ergeben.

Meist werden die dargestellten Fakten allgemeiner unter dem Thema „Frauenerwerbstätigkeit“ abgehandelt. Dies liegt wohl daran, dass viele Daten nach Geschlecht vorliegen und schnell greifbar sind, und vor allem an der Tatsache, dass Kinderbetreuung weitaus überwiegend von Frauen übernommen wird. Im vorliegenden Beitrag wird hingegen auch auf die Unterschiede innerhalb der Gruppe der Frauen eingegangen.

Vorausschickend muss darauf hingewiesen werden, dass die derzeit vorliegenden Daten mit einem Mangel behaftet sind: Sie stellen zwar die aktuelle Situation gut dar, erfassen aber nur unzureichend den biographischen Hintergrund. „Frauen ohne Kinder“ haben zum Teil in der Vergangenheit Kinder betreut, scheinen aber in der Statistik als kinderlos auf, weil das Kind den Haushalt bereits verlassen bzw. die definierte Altersgrenze bereits überschritten hat. Die Erwerbssituation während der (Klein-)Kinderbetreuung hat jedoch häufig langfristige Auswirkungen auf den späteren Erwerbsverlauf und die soziale Sicherung.

1.1 Kinderbetreuung erfordert Zeit und Flexibilität

Für alle Menschen gilt: Der Tag dauert 24 Stunden. Kinderbetreuung geht daher in der Regel zwangsläufig auf Kosten der Erwerbstätigkeit und/oder der Erholungszeit.² Zu bedenken sind hier auch die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt. So verkürzen etwa längere Wegzeiten (PendlerInnen) den zeitlichen Spielraum. Weiters sollte auch die individuell unterschiedliche Belastbarkeit von Menschen nicht unbeachtet bleiben.

Ein Teil der Betreuungsarbeit kann natürlich aus dem Familienverband ausgelagert werden. Kinderbetreuungseinrichtungen erfüllen hier eine sehr wichtige Funktion. Ergänzend dazu ist auch die Betreuung durch (nicht pflegebedürftige!) Großeltern nicht unbedeutend;³ oft wird dadurch erst die nötige Flexibilität garantiert. Eine gänzliche Auslagerung der Kinderbetreuung aus den privaten Haushalten bzw. völlige Übertragung an professionelle Einrichtungen steht als Regelfall nicht zur Diskussion. Und selbst sehr wesentliche Verbesserungen im bestehenden System der Betreuungseinrichtungen werden den Zeitaufwand der privaten Haushalte für Kinderbetreuung nicht auf Null reduzieren. Man kann nicht davon ausgehen, „dass sich in Haushalten berufstätiger Frauen die Haushaltsarbeiten von selbst erledigen“ (Hieden-Sommer).⁴ Insbesondere muss hier auch auf die hohe Flexibilität hingewiesen werden, die die Betreuung von Kindern erfordert.⁵

Insgesamt lässt sich wohl kein allgemeines Maß angeben, wie viel Zeit für die Kinderbetreuung aufgewendet wird bzw. aufgewendet werden soll. Zu leichter objektivierbaren Faktoren kommen auch kulturelle Faktoren hinzu, die naturgemäß Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen sind.

Die folgende Analyse basiert überwiegend auf von Statistik Austria publizierten Mikrozensusdaten. Sie konzentriert sich dabei wiederum im Wesentlichen auf das Alter und die Zahl der zu betreuenden Kinder. Wie sich zeigt, bestimmen diese beiden Faktoren das Erwerbsverhalten der Mütter sehr wesentlich.

Erläuterung zu den Begriffen

Teilzeitbeschäftigte sind – wenn nicht anders angegeben – Personen, die mindestens eine Stunde pro Woche erwerbstätig sind, maximal jedoch 35 Stunden. Diese Definition entspricht jener der ILO bzw. von EUROSTAT.

Frauen mit Kindern: Frauen mit Kindern aller Altersgruppen, soweit diese noch im gemeinsamen Haushalt leben.

Frauen ohne Kinder: Frauen, bei denen kein Kind (mehr) im gemeinsamen Haushalt lebt. Dies bedeutet, dass dazu auch Frauen gezählt werden, die Kinder hatten, welche aber bereits außerhalb des Haushaltes leben (oder bereits verstorben sind).

Bei *Männern* unterscheiden die statistischen Publikationen (Mikrozensus) nicht zwischen jenen mit und jenen ohne Kinder. Für Frauen liegen entsprechende Daten seit 1995 vor.

2. Erwerbsbeteiligung von Frauen mit und ohne Kinder

Um die Unterschiede in der Erwerbssituation wirklich erkennen zu können, muss sich die Betrachtung auf Altersgruppen konzentrieren, in denen die Kinderbetreuung tatsächlich eine große Bedeutung hat. Es ist wenig sinnvoll, auch Personen im Pensionsalter oder pensionsnahen Alter einzubeziehen. Ebenso können in jüngeren Altersgruppen Schüler/innen und Student/innen das Bild verzerren. Für die nähere Betrachtung wird daher in der Tabelle 1 die breite Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren herangezogen. Als „Kinder“ gelten hier Kinder aller Altersgruppen, soweit sie noch im gemeinsamen Haushalten leben. Als „Frauen ohne Kinder“ zählen daher auch Frauen, deren Kinder bereits ausgezogen sind. Den zwei Gruppen von Frauen wird die Situation der Männer gegenübergestellt.

Die publizierten Daten des Mikrozensus bieten eine Aufgliederung nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten, selbstständig Erwerbstätigen, nach Karenzgeldbezieher/innen, Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen. Von besonderem Interesse ist dabei der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Unselbstständigen. Dieser ist bei Männern sehr hoch, da traditionell nur eine kleine Minderheit die Erwerbsarbeitszeit wegen Kinderbetreuung reduziert oder als Hausmann tätig ist.

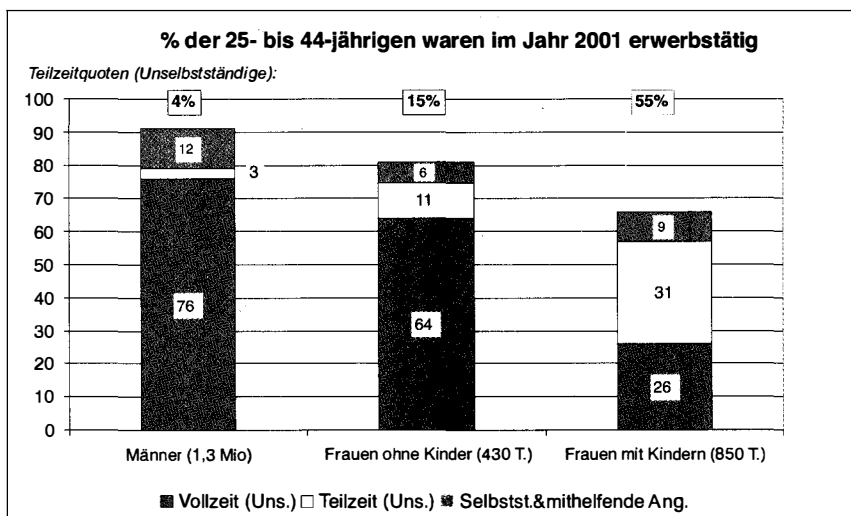
Tabelle 1: Wohnbevölkerung im Alter von 25-44 Jahren, Jahresdurchschnitt 2001

	Männer	Frauen ohne Kind(er)	Frauen mit Kind(ern)
Wohnbevölkerung in Tsd.	1.315	431	846
Davon sind in % der jeweiligen Wohnbevölkerung ...			
...vollzeitbeschäftigt	76	64	26
...teilzeitbeschäftigt	3	11	31
...Selbstständige/Mithelfende	12	6	9
Erwerbstätige insgesamt	91	81	65
Übrige*)	9	17	35
Teilzeitquote (Unselbstständige, in Prozent)			
Unselbstständige	4	15	55

*Nichterwerbspersonen, Karenzgeldbezieher/innen, Arbeitslose

Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass in der angeführten Altersgruppe drei Viertel der Männer und fast zwei Drittel der Frauen ohne Kinder als unselbstständig Erwerbstätige vollzeitbeschäftigt sind. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen ist deutlich geringer als jener zwischen Frauen mit und ohne Kinder. Nur jede vierte Frau mit Kind(ern) ist vollzeitbeschäftigt.

Abbildung 1: Erwerbsstatus der 25- bis 44-jährigen Frauen

Quellen: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

Um einen besseren Einblick in die Erwerbssituation von Frauen mit Kindern zu gewinnen, wird im Folgenden auf detailliertere Daten aus dem Mikrozensus eingegangen, insbesondere auf Unterschiede nach dem Alter des jüngsten Kindes und der Anzahl der Kinder. Weiters wird die Entwicklung der letzten Jahre dargestellt.

3. Erwerbstätigkeit von Müttern nach dem Alter des jüngsten Kindes

Je jünger Kinder sind, desto stärker ist der Betreuungsbedarf. Dies hat auch Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Müttern.

Tabelle 2: Erwerbstätigkeit von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes

Jahresdurchschnitt 2001	Alter des jüngsten Kindes (Jahre)				
	Unter 3	3 bis 5	6 bis 14	15 bis 18	19-
	Anzahl in Tausend				
Alle Frauen mit Kinder	213	176	435	167	382
Davon erwerbstätig:	71	115	319	124	172
Vollzeitbeschäftigt (unselbstständig)	26	40	122	57	76
Teilzeitbeschäftigt (unselbstständig)	33	61	149	47	54
Selbstständig erwerbstätig	12	14	48	19	42
	in % der Mütter				
Vollzeitbeschäftigt (unselbstständig)	12	23	28	34	20
Teilzeitbeschäftigt (unselbstständig)	15	35	34	28	14
Selbstständig erwerbstätig	6	8	11	11	11
Erwerbstätigenquote	33	65	73	74	45
Teilzeitquote (Unselbstständige)	56	60	55	45	41
Selbstständigenquote	17	12	15	16	24

Quellen: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

Im Jahr 2001 waren nur 12% der Mütter mit Kindern im Alter von unter drei Jahren als Unselbstständige vollzeiterwerbstätig. Für diese Altersgruppe bestand auch ein Angebot an Sozialleistungen wie Karenzgeld, Sondernotstandshilfe, Familienzuschüsse der Länder etc; seit 2002 löst das Kinderbetreuungsgeld diese Leistungen ab.

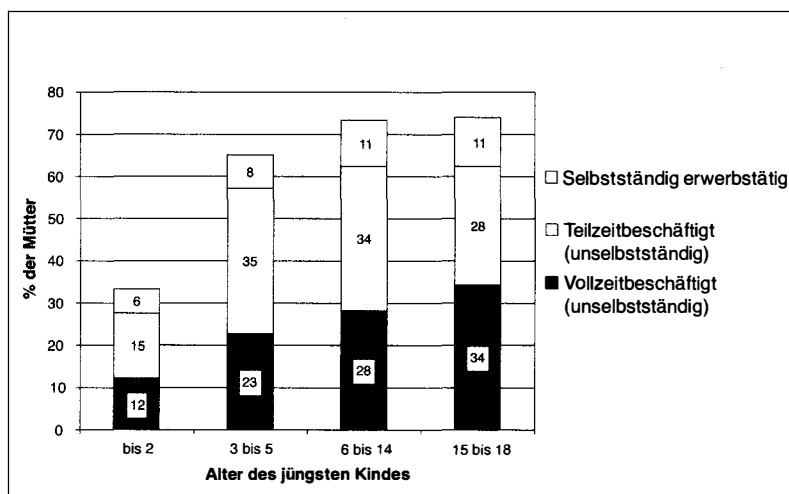
Auffallend ist, dass von den 71.000 erwerbstätigen Müttern (davon 26.000 als Unselbstständige vollzeitbeschäftigt) nur etwa 9.000 ihre Kinder in Kinderkrippen untergebracht haben (davon 6.000 vollzeitbeschäftigt).⁶ Eine etwa ebenso hohe Zahl von Müttern brachten ihre Kinder bei Tagesmüttern unter.⁷ Offensichtlich spielen gerade in dieser Altersgruppe andere Familienangehörige (etwa Großmütter) bei der Kinderbetreuung eine wichtige Rolle („Selbstorganisation“).

Bei Müttern mit 3- bis unter 6-jährigen Kindern verdoppelt sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten (23%) und steigt dann bis zum Alter von 14-18 Jahren auf 34% an.

In den Altersgruppen bis 14 überwiegt – innerhalb der Gruppe der unselbstständig erwerbstätigen Mütter – jedoch die Teilzeitbeschäftigung (Teilzeitquoten zwischen 50 und 60% innerhalb der unselbstständig Erwerbstätigen).

Insgesamt war jede dritte Mutter mit Kindern im Alter zwischen 3 und 14 Jahren teilzeitbeschäftigt. Wenn sich das jüngste Kind in einem Alter von 15 bis 18 Jahren befindet, sinkt dieser Anteil – zu Gunsten der Vollzeitbeschäftigung – auf 28%.

Abbildung 2: Erwerbstätigkeit von Frauen nach dem Alter des jüngsten Kindes (2001)



Quellen: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

Auffallend ist, dass Selbstständige mit Kleinkindern deutlich häufiger erwerbstätig sind, was am höheren Selbstständigenanteil innerhalb der erwerbstätigen Mütter (jüngstes Kind: unter 3 Jahre) erkennbar ist. Insgesamt ist der Selbstständigenanteil bei Müttern höher als bei Frauen ohne Kinder. So entfielen im Jahr 2001 7% der erwerbstätigen Frauen ohne Kinder auf Selbstständige, während erwerbstätige Frauen mit Kindern zu 16% selbstständig erwerbstätig waren. Selbstständige Erwerbstätigkeit dürfte also besser mit Kinderbetreuung vereinbar sein.

4. Erwerbstätigkeit von Müttern nach Anzahl der Kinder (Kinder unter 15 Jahren)

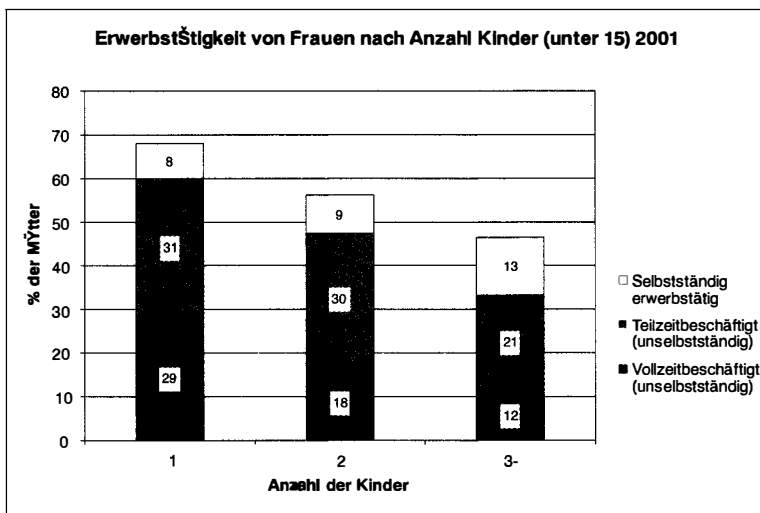
Die Erwerbstätigkeit der Mütter hängt auch stark von der Anzahl der Kinder ab: Je mehr Kinder, desto geringer ist die Erwerbsbeteiligung und desto höher ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten.

Tabelle 3: Erwerbstätigkeit von Müttern nach Alter des jüngsten Kindes

Jahresdurchschnitt 2001	Anzahl der Kinder unter 15 Jahre			
	1	2	3-	Insgesamt
	Anzahl in Tausend			
Alle Frauen mit Kinder	430	313	84	828
Davon erwerbstätig:	292	176	39	507
Vollzeitbeschäftigt (unselbstständig)	124	55	10	189
Teilzeitbeschäftigt (unselbstständig)	134	93	18	244
Selbstständig erwerbstätig	34	28	11	74
	in %			
Vollzeitbeschäftigt (unselbstständig)	29	18	12	23
Teilzeitbeschäftigt (unselbstständig)	31	30	21	29
Selbstständig erwerbstätig	8	9	13	9
Erwerbstätigenquote	68	56	46	61
Teilzeitquote (Unselbstständige)	52	63	64	56
Selbstständigenquote	12	16	28	15

Quellen: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

Im Jahr 2001 waren 61% der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig. Während diese Quote bei Müttern mit einem Kind noch 68% betrug, lag sie bei Müttern mit 3 und mehr Kindern nur mehr bei 46%. Zugleich stieg die Teilzeitquote innerhalb der Beschäftigten mit der Zahl der Kinder von 52% auf 64%. Je mehr Kinder, desto kürzer ist also – im Schnitt – die Arbeitszeit. Zugleich steigt auch der Selbstständigenanteil.

Abbildung 3: Erwerbstätigkeit von Frauen nach Anzahl der Kinder

Quellen: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

5. Entwicklungen 1996-2001

Bisher wurde nur die Situation des Jahres 2001 dargestellt. Ein Blick zurück bis zum Jahr 1996 vermittelt ein Bild, wie sich die Erwerbssituation von Müttern mit Kindern im Alter unter 15 Jahren entwickelt hat. Zu berücksichtigen ist in diesem Zeitraum, dass die maximale Dauer des Karenzgeldes um ein halbes Jahr verkürzt wurde (vom vollendeten 24. bis zum 18. Lebensmonat des Kindes).

Tabelle 4: Erwerbssituation von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren 1996/2001

	Anzahl in Tausend			% der Mütter	
	1996	2001	Veränderung	1996	2001
Nichterwerbstätige	258	215	-43	30	26
Arbeitslose	28	24	-4	3	3
Karenzgeld-Bez.	119	83	-36	14	10
Selbstständige	85	74	-11	10	9
Unselbstständige/VZ	197	189	-8	23	23
Unselbstständige/TZ	171	244	+73	20	29
Insgesamt	856	828	-28	100	100
Erwerbstätige	453	507	+54	53	61
Teilzeit-Quote	47%	56%			

Quellen: Statistik Austria (Mikrozensus 2001), eigene Berechnungen

Die aus Tabelle 4 ersichtliche Entwicklung ist zweifellos eindrucksvoll:

- Einem Rückgang bei Müttern insgesamt im Ausmaß von 28.000 steht ein Zuwachs von 54.000 erwerbstätigen Müttern gegenüber. Die Erwerbsbeteiligung stieg in diesem Zeitraum von 53% auf 61% (+8 Prozentpunkte).
- Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten war – entsprechend der demografischen Entwicklung – leicht rückläufig, ihr Anteil an der Gesamtheit blieb jedoch konstant (23%).
- Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist um 43% (+73.000) bzw. 9 Prozentpunkte (bezogen auf alle Mütter) gestiegen. Damit stieg auch die Teilzeitquote von 47% auf 56%.
- Zwischen 1996 und 2001 ist darüber hinaus auch die Zahl der teilzeitbeschäftigten Mütter mit Kindern ab 15 Jahren um 28.000 angestiegen. Damit entfällt der überwiegende Teil des Zuwachses an teilzeitbeschäftigten Frauen insgesamt (1996-2001: +136.000) auf Frauen mit Kindern (100.000).

Der Zuwachs an erwerbstätigen Müttern erfolgte also im Wesentlichen über die Teilzeitbeschäftigung. Ein beachtlicher Teil der Mütter (9%!), die unter den Gegebenheiten von 1996 nicht erwerbstätig waren, befanden sich fünf Jahre später als Teilzeitbeschäftigte auf dem Arbeitsmarkt.

6. Arbeitszeit der Beschäftigten 2001

Bisher wurden Beschäftigte jeweils zur gesamten Wohnbevölkerung der entsprechenden Gruppe in Beziehung gesetzt. Im Folgenden wird die Arbeitszeit der unselbstständig Beschäftigten verglichen, jeweils mit/ohne Kinder (unter 15 Jahre).

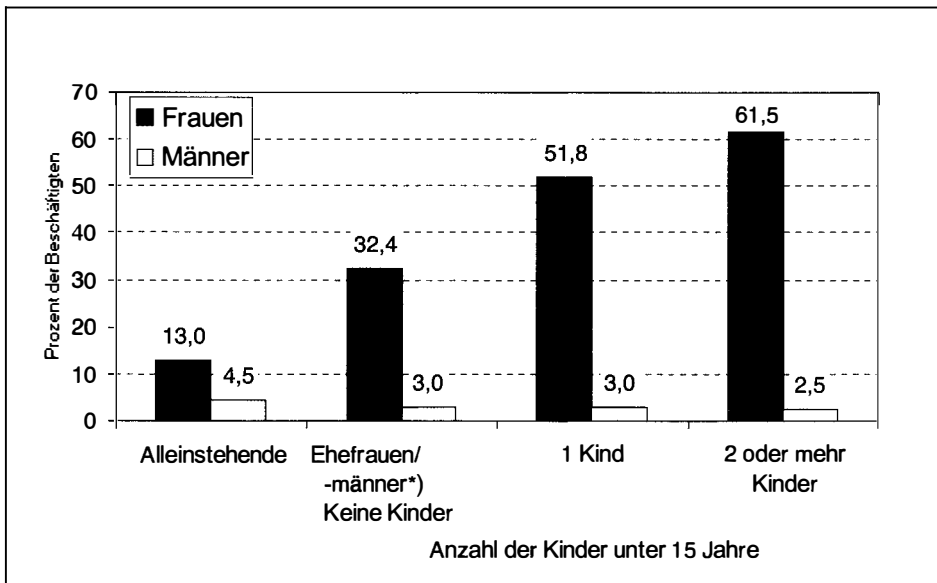
Im Jahr 2001 waren von den 3,1 Millionen Beschäftigten 83% vollzeitbeschäftigt (36 Wochenstunden oder mehr) und 17% teilzeitbeschäftigt. Unter den Männern entfielen 97% auf Vollzeitarbeitskräfte und unter den Frauen nur 66%.

Bei erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren waren nur weniger als die Hälfte (44%) vollzeiterwerbstätig, bei Frauen ohne Kinder in dieser Altersgruppe waren es 76%.

Von den allein stehenden Frauen ohne Kinder (unter 15) waren 87% vollzeiterwerbstätig, innerhalb der Frauen mit Partner (ohne Kinder unter 15) waren es 68%. Bei Frauen in Partnerschaft dürfte ins Gewicht fallen, dass sie bereits Kinder in diesem Alter zu betreuen hatten und sich teilweise um ältere Kinder kümmern oder/und auch schon für pflegebedürftige Angehörige sorgen. Dies wird auch bei Alleinstehenden ohne Kinder unter 15 zum Teil der Fall sein, was die geringere Vollzeitquote (im Vergleich zu Männern) erklären könnte.

Innerhalb der Gruppe der Männer hat das Vorhandensein von Kindern praktisch keine Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit. Der Unterschied zwischen Männern mit/ohne Kinder ist unbedeutend. Nach den Daten des Mikrozensus ist der Vollzeitbeschäftigtenanteil bei Männern mit Kindern sogar geringfügig höher (1 Prozentpunkt) als bei Männern ohne Kinder.

Abbildung 4: Teilzeitquote (in %) nach Familiensituation 2001



*) Inklusive Lebensgefährt/innen. Daten jeweils für unselbstständige Erwerbstätige
 Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 5: Unselbstständige Erwerbstätige nach wöchentlicher Normalarbeitszeit 2001

	Anzahl in Tsd.	Bis 11 h	12-24 h	25-35 h	36-40 h	41-h
		In % der Beschäftigten				
Insgesamt	3.113	2	8	7	78	6
Frauen ohne Kinder	917	3	11	10	72	4
Frauen mit Kinder	430	5	31	20	42	2
Männer ohne Kinder	1.197			3,8	89	7,2
Männer mit Kinder	569			2,7	89	8,3

Jeweils Kinder unter 15 J. – Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus), eigene Berechnungen

7. Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern in Betreuungseinrichtungen

Neben den angeführten Daten aus dem Mikrozensus bietet auch die Statistik über Kindertagesheime interessantes Datenmaterial:⁸

- Im Oktober 2001 waren 61% der Mütter, deren Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht waren, erwerbstätig. Fast die Hälfte dieser Mütter war teilzeitbeschäftigt (43%).⁹
- Mütter mit Kindern in Horten waren am häufigsten erwerbstätig (84%). Ähnlich hoch war der Anteil der Mütter mit Krippenkindern (78%). Am geringsten war der Anteil bei Müttern mit Kindern im Kindergarten (56%). Auffallend in der Entwicklung zwischen 1996 und 2001 ist, dass sich diese Anteile bei Müttern von Krippen- und Hortkindern nicht wesentlich verändert hat. Hingegen ist der Anteil der erwerbstätigen Mütter von Kindern in Kindergärten deutlich gestiegen (von 48% auf 56%).
- Teilzeitbeschäftigung war 2001 im Kindergartenalter der Kinder am häufigsten (50%). Hingegen war nur jede dritte erwerbstätige Mutter mit Kind(ern) in der Krippe teilzeitbeschäftigt (34%), bei Hortkindern nur mehr jede fünfte (19%). Besonders eindrucksvoll war die Entwicklung im hier dargestellten Fünfjahreszeitraum:

Tabelle 6: Teilzeitquoten bei erwerbstätigen Müttern mit Kindern in Betreuungseinrichtungen 2001

	1996	2001
Krippen	15%	34%
Kindergärten	33%	50%
Horte	8%	19%

Quelle: Statistik Austria (Statistik der Kindertagesheime), eigene Berechnungen

Die Zahl der vollzeiterwerbstätigen Mütter von Krippen- und Hortkindern ist in diesem Zeitraum um 13–15% gestiegen (insgesamt + 4.000), bei Müttern von Kindergartenkindern jedoch um 14% zurückgegangen (-9.500). Zugleich stieg die Zahl der teilzeitbeschäftigten Mütter enorm an:

Krippen:	+233%	(+2.200)
Kindergärten:	+74%	(+25.500)
Horte:	+191%	(+2.900)

Einem Rückgang von etwa 6.000 vollzeitbeschäftigten Müttern steht also ein Zuwachs von etwa 31.500 Teilzeitbeschäftigten gegenüber.

8. Erwerbstätigkeit von Kinderbetreuungs-/ Karenzgeldbezieher/innen

Seit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes werden nun (monatlich) detailliertere Daten über die Erwerbstätigkeit der Eltern erhoben.¹⁰ Daten über Voll- und Teilzeitbeschäftigung liegen allerdings nicht vor, sieht man der Aufgliederung nach (normal) Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten ab.

- Im September 2003 waren von den 146.000 Müttern, die ein KBG/KG bezogen, 34.400 erwerbstätig (24%): 20.400 als Unselbstständige (14%), 3.300 als Selbstständige (2,3%) und 10.500 als geringfügig Beschäftigte.
- Von den 3.300 Vätern war jeder zweite erwerbstätig: 37% als Unselbstständige, 4% als Selbstständige und 8% als geringfügig Beschäftigte.
- Unmittelbar vor Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (Dezember 2001) waren nur 3,7% der Bezieher/innen als Teilzeit-Karenzgeld-Bezieher/innen zugleich erwerbstätig.¹¹ Bei dieser Personengruppe dürfte es sich überwiegend um Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen gehandelt haben. Anders wäre es schwer zu erklären, warum von den rund 3.000 Teilzeitkarenzgeldbezieher/innen zwei Drittel die Möglichkeit eines höheren Zusatzeinkommens im Rahmen der neuen Bestimmungen (Kinderbetreuungsgeld) nicht gewählt haben. Die alte Teilzeitkarenzgeldregelung, die sich nur an der Arbeitszeit orientiert, war für die Betroffenen offensichtlich noch günstiger. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten dürfte ähnlich hoch gewesen sein wie bei Bezieher/innen von Kinderbetreuungsgeld.¹²

Nach einer jährlich durchgeführten Studie von Synthesis¹³ nahmen im Jahr 2001 nach Ende des Karenzgeldbezuges 28% eine Standardbeschäftigung (=versicherungspflichtige unselbstständige Erwerbstätigkeit, Voll- oder Teilzeit) auf. 21% waren geringfügig beschäftigt und 1% selbstständig erwerbstätig.

In einer ersten Studie zur Evaluierung des neuen Kinderbetreuungsgeldes konnten die Auswirkungen der Reform auf den Wiedereinstieg beobachtet werden:kehrten im Rahmen der Karenzgeldregelung bis zum 27. Lebensmonat des Kindes 57% der vor der Geburt beschäftigten Leistungsbezieherinnen wieder ins Erwerbsleben zurück¹⁴, waren es bei Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen (im Rahmen der Übergangsregelung) nur 38%.¹⁵ Dieses Ergebnis ist nicht überraschend, da die längere Dauer des Kinderbetreuungsgeldes (30 Monate) eine längere Phase der finanziell recht und schlecht abgesicherten Nichterwerbstätigkeit erlaubt.

9. Frauenerwerbstätigkeit in der EU – Österreich im internationalen Vergleich

Vor kurzem wurden für das Jahr 2000 von EUROSTAT Daten über die Erwerbstätigkeit von Paaren mit und ohne Kinder veröffentlicht.¹⁶ Die daraus entnommenen Daten beziehen sich auf Paare, bei denen der männliche Partner vollzeitbeschäftigt war. Als Kinder gelten Kinder im Alter unter 15 Jahren. Vorangestellt werden jedoch Daten über Männer- und Frauenbeschäftigung aus der laufenden Beschäftigtenstatistik:

- Unter den 25- bis 54-jährigen Frauen waren in Österreich im Jahr 2001 74% der Frauen erwerbstätig. Damit lag Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt (67%) und hinter den drei skandinavischen Mitgliedsstaaten (Quote jeweils bei 80%) sowie Portugal an fünfter Stelle.¹⁷
- Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Teilzeitquote (alle weiblichen Beschäftigten) mit 34% dem EU-Durchschnitt entsprach.

In einem 12-Länder-Vergleich (EU ohne skandinavische Staaten)¹⁸ lag Österreich hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern (in Partnerschaft mit einem vollzeiterwerbstätigen Partner, mit Kindern unter 15 Jahren) am vierten Platz (Erwerbstätigenquote bei Müttern von Kindern unter 15: 66,5%). Bemerkenswert an den Ergebnissen dieses Ländervergleichs ist, dass Frankreich mit seinem vergleichsweise gut ausgebauten System von Kinderbetreuungseinrichtungen hinter Österreich lag (62%).¹⁹ Hinsichtlich der Teilzeitquote lag nach dieser Studie Österreich im Mittelfeld (42% – bei einer Spannweite von 10% und 83%; Frankreich: 26%).

10. Einige Daten zur Arbeitszeit

Aus den oben dargestellten Daten ist ersichtlich, dass das Ausmaß der Erwerbstätigkeit nicht einfach als Ergebnis einer rein willkürlichen Entscheidung gesehen werden kann. Das Vorhandensein von Kindern sowie deren Alter und Anzahl spielen dabei – neben anderen Faktoren – eine ganz zentrale Rolle. So führten in den Jahren 2000 bis 2002 jeweils 60% der teilzeitbeschäftigten Frauen „familiäre Gründe“ für die Teilzeitbeschäftigung an, wobei beim überwiegenden Anteil „Betreuung von Kleinkindern oder Erwachsenen“ angeführt wurde (2001 und 2002: 45%). Im Jahr 2002 standen den 360.000 Frauen, die aus familiären Gründen teilzeitbeschäftigt waren, 27.000 Männer gegenüber, deren Beschäftigung sich aus demselben Grund auf dieses Ausmaß beschränkte.

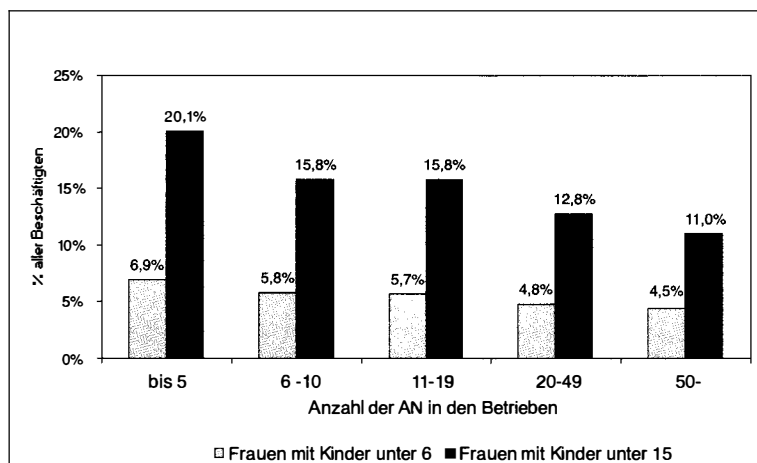
Entscheidend ist auch die Frage, wie rasch die Erwerbsarbeitszeit den Bedürfnissen entsprechend verändert werden kann (Verkürzung, Verlängerung oder überhaupt ein Wiedereinstieg in das Erwerbsleben). So wünschte sich im Jahr 2001 jede sechste vollzeitbeschäftigte Frau eine

Verkürzung der Arbeitszeit und jede fünfte Teilzeitbeschäftigte eine längere Arbeitszeit.²⁰ Für das Jahr 2002 wies die Arbeitskräfteerhebung wesentlich niedrigere Anteile aus: 6% der Vollzeitbeschäftigten wollten eine Verkürzung der Arbeitszeit und 10% der Teilzeitbeschäftigten eine längere Arbeitszeit. Diese Daten zeigen zwar, dass beim überwiegenden Teil der Frauen die tatsächliche Arbeitszeit den Präferenzen entspricht, aber bei einem Teil Wunsch und Wirklichkeit auseinander klaffen.

Der Anteil arbeitsloser Arbeit suchender Frauen, die Teilzeitarbeit bevorzugen, war in den Jahren 2000 und 2001 etwas höher als der Teilzeitanteil innerhalb der Beschäftigten. Während ein Drittel der beschäftigten Frauen teilzeitbeschäftigt waren, suchten 41% der arbeitslosen Frauen eine Teilzeitarbeit.²¹ Im Jahr 2002 wünschten sich hingegen nur 31,5% der arbeitslosen Frauen eine Teilzeitarbeit, womit hier die Nachfrage geringer war als der Teilzeitanteil bei den Beschäftigten.

Aktuelle Berechnungen der AK Wien zeigen, dass der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze mit der Größe des Betriebes sinkt. So waren im Jahr 2001 49% der beschäftigten Frauen in Kleinbetrieben (bis fünf Beschäftigte) teilzeitbeschäftigt; dieser Anteil sinkt nach Größe des Betriebes kontinuierlich. In Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten lag der Anteil nur mehr bei 26%.²² Es ist daher auch der Anteil von Frauen mit Kindern (unter 15 Jahre) an allen Beschäftigten (Männer und Frauen) in Kleinstbetrieben mit 20% am höchsten und in größeren Betrieben am niedrigsten.

Abbildung 5: Anteil der Frauen mit Kindern an den Beschäftigten nach Betriebsgröße 2001



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Bedeutsam ist auch die Frage nach der Qualifikation von Teilzeitarbeitsplätzen. Die Daten des Mikrozensus zeigen, dass Teilzeitbeschäftigte häufiger in weniger qualifizierten Jobs arbeiten:

- Während jede vierte Vollzeitbeschäftigte als Arbeiterin tätig ist (26%), ist es bei Teilzeitbeschäftigten jede dritte (34%) (Mikrozensus 2001).
- Bei „einfachen Tätigkeiten“ (Hilfsarbeiter u. a.) sind – unter den Frauen – etwa die Hälfte Teilzeitjobs (2000: 47%), bei höheren, führenden und hochqualifizierten Tätigkeiten ist nur jede sechste Frau teilzeitbeschäftigt (Mikrozensus 2000).

Um bei der Wahl einer Teilzeitbeschäftigung einen sozialen Abstieg zu vermeiden, sind entsprechende Veränderungen in der Arbeitswelt erforderlich.

Teilzeitarbeit konzentriert sich derzeit auch auf bestimmte Branchen. Innerhalb der größeren Wirtschaftsklassen ist der Teilzeitanteil (Frauen) im Bereich Realitätenwesen/Unternehmensdienstleistungen (45%), Handel/Reparatur (43%) und Gesundheit/Soziales (36%) am höchsten (Mikrozensus 2001).

Kennzeichnend für diese Wirtschaftsklassen ist, dass das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Dabei ging es mehr um die Interessen der Unternehmen als um die Bedürfnisse von Menschen mit Kindern. Mangels besserer Alternativen fanden darin aber viele Frauen eine Möglichkeit, früher als noch vor Jahrzehnten wieder in das Erwerbsleben einzusteigen.

11. Soziale Sicherung nach Teilzeitbeschäftigung

Die Reduktion der Arbeitszeit ist mit einem mehr oder minder großen Einkommensverlust verbunden. Das Ausmaß der finanziellen Einbußen wurde vor kurzem in einer Studie des WIFO ermittelt. Demnach verlieren erwerbstätige Frauen bis zum vollendeten 17. Lebensjahr des Kindes im Schnitt € 107.000 (1 Kind), bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit € 224.000.²³

Innerhalb einer Partnerschaft bedeutet dies zwar in der Regel kein Abdriften in die Armut, allerdings eine mehr oder minder große ökonomische Abhängigkeit vom Partner. Besonders gravierend können jedoch die Folgen für soziale Sicherung sein:

a) Während der Partner mit seinen Beiträgen auf Grund des fortgesetzten Einkommens seine sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche sichert und ausbaut, verlieren Frauen Ansprüche (weniger Leistung bei Arbeitslosigkeit und erst recht im Fall der Invalidität und im Alter). Verstärkt wird diese Tendenz noch zusätzlich dadurch, dass bei der Fortset-

zung ihrer Erwerbstätigkeit die Frau hinsichtlich ihrer beruflichen Karriere weit hinter den Männern nachhinkt (und auch gegenüber Frauen ohne Kinder).

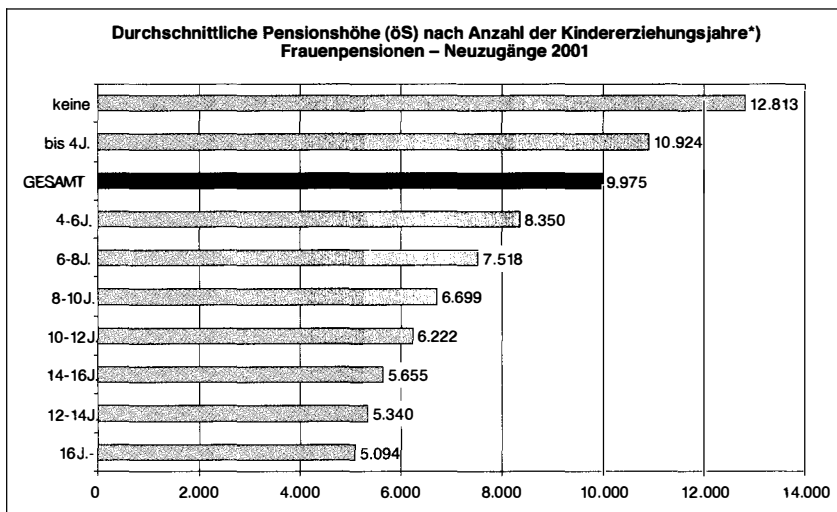
b) Sozialleistungen auf Basis eines Teilzeiteinkommens ermöglichen vielfach erst recht keine ökonomische Unabhängigkeit, da sie im Allgemeinen niedriger sind als vorangegangene Einkommen oder erst gar nicht anfallen.

Die Tatsache, dass acht von zehn Arbeitslosenleistungen (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) der Frauen unter dem Niveau des Einzelrichtsatzes für die Ausgleichszulage (netto, Jahreszwölftel) liegen, lässt sich nur aus dem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten – und den damit verbundenen geringen Karrierechancen – unter den Frauen erklären.

Eine weitere Folge dieser niedrigen Leistungen ist, dass bei Frauen oft erst gar keine Notstandshilfe anfällt oder wieder entzogen wird (Berücksichtigung des Partnereinkommens).²⁴

Als eine Art Lebensbilanz ist dann die Situation im Bereich der Pensionen besonders schlimm. Fast die Hälfte der neuen Eigenpensionen an Frauen liegt (inklusive Ausgleichszulage!) unter dem Einzelrichtsatz für die Ausgleichszulage. Vier von zehn Frauen haben im Alter keine eigene Pension.

Abbildung 6: Pensionshöhe von Frauen nach Anzahl der Kindererziehungsjahre



*) Im Pensionsrecht berücksichtigte Jahre der Kinderbetreuung (d. s. die ersten vier Lebensjahre eines Kindes). Quelle: BMSG (H. Stefanits)

Neuere Berechnungen des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen zeigen sehr deutlich, wie sich die Zahl der Kinder (hier ausgedrückt in angerechneten Jahren der Kindererziehung) auf das Pensionsniveau auswirkt. Innerhalb der Pensionsneuzugänge 2001 erhielten Frauen ohne Kinder im Durchschnitt eine Pension in der Höhe von öS 12.800 (€ 931), Frauen mit 8 bis 10 anerkannten Kindererziehungsjahren hingegen nur öS 6.700 (€ 487).

Weitere eigene Berechnungen aus demselben Datensatz ergaben, dass 60% der neuen Alterspensionen an Frauen, die mehr als ein Kind hatten, eine Alterspension unterhalb des Einzelrichtsatzes für die Ausgleichszulage erhielten (PV der Unselbstständigen). Dieser Anteil betrug für Frauen mit einem Kind 24%, bei Frauen ohne Kinder 21% und bei Männern (insgesamt) 2%.

Verglichen mit anderen „Risiken“ (Krankheit, Invalidität, Alter) ist der „Selbstbehalt“ in diesem Bereich wohl am höchsten. Dieser ist überdies sehr einseitig von den Müttern zu tragen.

Die Frage ist daher gerechtfertigt, ob das System der sozialen Sicherung die Lebenssituation jener ausreichend berücksichtigt, die die Betreuung von Kindern übernommen haben. Abgesehen davon, dass eine bessere Aufteilung der Betreuungsarbeit zwischen den beiden Elternteilen anzustreben ist, stellen sich dabei im Einzelnen – unabhängig von den Finanzierungsfragen – folgende Fragen:

a) Sollten Einkommensverluste auf Grund von Kinderbetreuung im Bereich der sozialen Sicherheit stärker ausgeglichen werden und über bisherige Regelungen (Einkommensersatzleistungen bis zum dritten Geburtstag des Kindes, höhere Familienbeihilfen pro Kind bei Mehrkindfamilien, Anrechnung von Zeiten der Kinderbetreuung in der Pensionsversicherung bis zum vierten Lebensjahr der Kinder²⁵) hinausgehen? Das bestehende System zielt sehr stark auf eine Abgeltung unmittelbarer Mehrkosten für Kinder („Kinderkosten“) ab, die im Schnitt höheren Einkommensverluste auf Grund der Betreuung von Kindern²⁶ werden in einem wesentlich geringeren Ausmaß abgegolten.

Ein Nebeneinander von Erwerbseinkommen und Einkommensersatzleistungen war den Sozialleistungssystemen bis vor kurzem noch ziemlich fremd. Ausnahmen stellten die Unfallrenten aus der Unfallversicherung und Beschädigtenrenten in den Versorgungsgesetzen dar. Zum Teil erlaubten auch Ruhensbestimmungen im Bereich der Pensionen eine Erwerbstätigkeit. Die Überschreitung der Geringfügigkeitsgrenze kann jedoch weiterhin zu einem gänzlichen Wegfall einer Sozialleistung führen (Arbeitslosengeld, vorzeitige Alterspension). Mit der Einführung von Teilzeitkarengeld, dem neuen Kinderbetreuungsgeld und der Gleitpension wurde erstmals ein neuer Weg beschritten: Weder Teilzeitkarengeld

noch Gleitpension sehen Einkommensobergrenzen vor, entscheidend für die Höhe der Leistungen ist das Ausmaß der Arbeitszeitreduktion (siehe Abschnitt 8). Für das Kinderbetreuungsgeld wiederum gilt eine relativ hohe Einkommensgrenze (€ 14.600 pro Jahr), für die Familienbeihilfe überhaupt keine. Diese Modelle könnten jedoch weiter ausgebaut bzw. entwickelt werden.²⁷

Sehr positiv zu bewerten ist im die Rahmen des neuen ÖGB-Pensionsmodells vorgeschlagene Anrechnung von Kindererziehungszeiten. In diesem werden die beiden ersten Lebensjahre eines Kindes am höchsten bewertet (Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen); danach sinkt das angenommene Pauschaleinkommen entsprechend der steigenden Erwerbschancen (bis siebten Geburtstag des Kindes) auf ein Drittel des Ausgangsniveaus. Wie im gegenwärtigen System wird der entsprechende Anrechnungsbetrag auch zum jeweiligen Erwerbseinkommen hinzugerechnet.

b) Sollen niedrige Einkommen (Teilzeitbeschäftigung!) bei der Berechnung von Sozialleistungen begünstigt werden?²⁸ Wenn ja, sollen hier zusätzliche Mittel aufgewendet werden oder durch nivellierende Regelungen eine Umverteilung von Männern hin zu Frauen (Müttern) erfolgen? Sollen die erworbenen Pensionsansprüche auf beide Elternteile gleich aufgeteilt werden?²⁹

c) Oder sollen sich – angesichts stets knapper Mittel – entsprechende Sozialleistungen auf Bedürftige konzentrieren? Allerdings besteht hier – insbesondere bei Leistungen im Erwerbsalter – die ernste Gefahr, dass die Betroffenen in eine Armutsfalle geraten, abgesehen vom hohen bürokratischen Aufwand und der Schwierigkeit, die Einkommenssituation eines Familienverbandes zu ermitteln. Natürlich wäre damit nur ein bescheidener Ausgleich verbunden. Ein eher abschreckendes Beispiel hierfür ist die Sozialpolitik in Großbritannien.³⁰

12. Abschließende Anmerkungen

Nicht eingegangen wurde in diesem Beitrag auf die Frage, in welchem Ausmaß Kinderbetreuungseinrichtungen und Regelungen im Bereich der Arbeitswelt für die Erwerbsarbeitszeit der Eltern eine Rolle spielen. Es ist offensichtlich, dass hier noch große Defizite bestehen.

Bestehende Mängel gehen zumeist auf Kosten der Frauenerwerbstätigkeit. Dies zeigt sich einerseits daran, dass die Erwerbs- und Karrierechancen von Müttern bzw. Eltern sehr begrenzt sind. Andererseits sind erwerbstätige Eltern derzeit oft einer enorm hohen Belastung ausgesetzt, wodurch deren Lebensqualität stark beeinträchtigt wird.³¹ Oft müssen diese Mängel durch Dritte kompensiert werden, wie etwa durch Großeltern, für welche die Kinderbetreuung auch eine große Belastung darstel-

len kann. Ein Teil der Großeltern wird nun durch die Anhebung des Pensionsalters ausfallen.

In diesem Zusammenhang muss auch bedacht werden, dass Großeltern häufig selbst pflegebedürftig werden. Auch hier besteht ein großer Bedarf an weiteren Betreuungseinrichtungen. Anders als bei der Betreuung von Kindern stellt sich hier zusätzlich ein Problem: Die Entwicklung des Gesundheitszustandes Älterer (und damit deren zu erwartender Betreuungsbedarf) lässt sich nicht so gut abschätzen wie die Entwicklung der Kinder. Diese Unsicherheit berührt auch Entscheidungen von Familienangehörigen hinsichtlich ihrer Erwerbstätigkeit.

Zu bedenken sind auch die unterschiedlichen Gegebenheiten zwischen Stadt und Land. Die Möglichkeiten in der Nähe einen passenden Arbeitsplatz zu finden, sind in Großstädten zweifellos besser.

Nicht zuletzt muss auch auf die Bedeutung der Schichtzugehörigkeit verwiesen werden: Wer weiter „oben“ lebt, hat es eben leichter als jene, deren Leben sich in bescheidenen Verhältnissen abspielt. Jene, deren berufliche Tätigkeit hoch bezahlt wird und die vielleicht auch noch Vermögenseinkünfte haben, können sich ein Kindermädchen, Haushaltshilfen usw. leisten.

So betrug im Jahr 2001 die Erwerbsquote unter den 30- bis 34-jährigen Frauen mit Kindern (unter 15 Jahre) bei jenen mit bloßem Pflichtschulabschluss 66,5% und bei Hochschulabsolventinnen 88%.³² Zweifellos ist die berufliche Tätigkeit insgesamt für jene interessanter und lukrativer, die ein höheres Bildungsniveau erlangt haben. Zu bedenken ist überdies, dass Bildung in hohem Ausmaß „vererbt“ wird; sie stellt in der Mittel- und Oberschicht eine Art Verpflichtung dar.

Insgesamt lässt sich daher sagen, dass die Bedingungen der Menschen mit Kindern sehr unterschiedlich sind. Man hat sehr oft den Eindruck, dass diese Unterschiede in der Familienpolitik (und auch Frauenpolitik) zu wenig Beachtung finden. Mit der im konservativen Lager häufig propagierten Wahlfreiheit werden die Zwänge, die sich aus einer Lebenssituation ergeben, völlig ignoriert.

Anmerkungen

¹ Dieser Faktor ist etwa vergleichbar mit dem Gesundheitszustand, den angeborenen Fähigkeiten und der sozialen Herkunft – alles Faktoren, die die Lebenschancen (inklusive Chancen auf dem Arbeitsmarkt) sehr stark bestimmen.

² Siehe dazu: Lutz, H., Zeitverwendung – Anhang, in: Guger, A.; u. a., Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten (WIFO, Wien 2003).

³ Durch die Abschaffung der vorzeitigen Alterspensionen in den nächsten Jahren werden diese nicht mehr in diesem Ausmaß wie bisher für Kinderbetreuung in Anspruch genommen werden können.

- ⁴ Hieden-Sommer, H., Wissenschaftliche Kategorien und Armut, in: Kurswechsel 4 (1995) 75.
- ⁵ Etwa bei Krankheiten oder bei psychischen und sozialen Problemen der Kinder.
- ⁶ Statistik Austria, Krippen, Kindergärten und Horte (Kindertagesheime) (Wien 2001/2002).
- ⁷ Siehe Lutter, Elisabeth (Hrsg.), Kleines Handbuch zur Tagespflege (Wien 1999) 7; demnach betreuten 5.000 Tagesmütter im Durchschnitt 2,5 bis 3 Kinder, wovon ein Teil auf die Altersgruppe ab 3 Jahren entfällt.
- ⁸ Die Daten in der Kindergartenstatistik beziehen sich jeweils auf Oktober.
- ⁹ Die Kindergartenstatistik unterscheidet nicht zwischen selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit.
- ¹⁰ Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.
- ¹¹ Eigene Berechnung auf Basis der AMS-Daten (Samis-Datenbank).
- ¹² In den jährlichen Auswertungen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger über Mehrfachversicherungsverhältnisse sind die Karenzgeldbezieher/innen in den Bezieher/innen von Leistungen der Arbeitslosenversicherung enthalten. Es lässt sich daher aus diesen Daten keine genaue Zahl ablesen.
- ¹³ Kurzbericht 1 (2002).
- ¹⁴ Dieser Prozentsatz ist wesentlich höher als in der oben angeführten Synthesis-Studie. Es ist zu berücksichtigen, dass sich der arbeitsrechtlich geregelte Karenzurlaub bis zum zweiten Geburtstag des Kindes erstreckt. Weiters wurden in der Synthesis-Studie nur jene erfasst, die sofort nach Ende des Karenzgeldbezuges eine Beschäftigung aufnahmen.
- ¹⁵ Lutz, H., Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse, in: WIFO-Monatsbericht 3 (2003) 213-227.
- ¹⁶ Eurostat, Statistik kurz gefasst 9 (2002).
- ¹⁷ Europäische Kommission, Beschäftigung in Europa 2002 (Brüssel 2003).
- ¹⁸ Siehe Anmerkung 15
- ¹⁹ Vergleicht man das Beschäftigungsausmaß nach Vollzeitäquivalenten unter den 15- bis 64-Jährigen (alle Frauen), liegt Frankreich (50%) nur knapp hinter Österreich (51%). Dieser geringe Abstand ergibt sich aus der vergleichsweise höheren Beschäftigtenquote der Älteren in Frankreich. So waren vor allem auf Grund der unterschiedlichen Altersgrenzen im Pensionsrecht (Österreich: 55, Frankreich: 60) in Frankreich in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen noch 27% der Frauen beschäftigt, in Österreich hingegen nur 18% (alle Daten für 2001). In der Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen liegt die Erwerbstätigenquote in Österreich deutlich höher als in Frankreich (2000: 73,5% gegenüber 70% in Frankreich).
- ²⁰ Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2001.
- ²¹ Ebenda; der überwiegende Anteil dieser Frauen will ausschließlich Teilzeit arbeiten (jede dritte arbeitslose Frau; etwa 8 bis 9% bevorzugen Teilzeitarbeit).
- ²² Ebenda, eigene Berechnungen.
- ²³ Guger, A.; u. a., Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten (WIFO, Wien 2003).
- ²⁴ Während im Jahr 2002 bei Männern in 1.900 Fällen ein Antrag auf Weitergewährung der Notstandshilfe abgewiesen wurden, waren es bei Frauen rund 10.700.

- ²⁵ Wie bescheiden die derzeitige Regelung ist, zeigt folgende Rechnung: Angenommen, eine Person würde 45 Jahre lang ausschließlich Kinder im Alter bis zu vier Jahren betreuen, ergäbe dies ein Pension im Ausmaß von 90% des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende! Problematisch ist bei den gesetzlichen Regelungen im Bereich der Pensionsversicherung auch die Nichtberücksichtigung einer partnerschaftlichen Kinderbetreuung. Zeiten der Kindererziehung werden jeweils nur einer Person angerechnet.
- ²⁶ Siehe Guger u. a. sowie Lutz, H., Verdienstentgang von Frauen mit Kindern, in: WIFO-Monatsberichte 10 (2003).
- ²⁷ Vgl. Wörster, K., Sozialleistungen und Erwerbseinkommen. Über ihr Verhältnis zueinander in einem flexiblen Arbeitsmarkt, in: Stelzer-Orthofer, Christine (Hrsg.), Zwischen Welfare und Workfare (Linz 2001) 279-304.
- ²⁸ In den skandinavischen Vorzeigeländern erscheint eine derartige Umverteilung selbstverständlich: Relativ einheitliche Grundleistungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und in den Volkspensionssystemen liegen im Interesse der Frauen. Diese Leistungssysteme haben auch nicht dazu geführt, dass Frauen mit Kindern „zu Hause“ bleiben. Und Teilzeitquoten sind ähnlich hoch wie in Österreich.
- ²⁹ Etwa nach dem Muster der Schweiz (erste Säule – AHV) und der Niederlande (zweite Säule). In Deutschland wurde im Anschluss an die Familienrechtsreform ein „Versorgungsausgleich“ bei Scheidungen geschaffen.
- ³⁰ Während in Österreich nur rund 1/20 der Sozialausgaben nach Bedürftigkeit gewährt werden, ist es in Großbritannien rund ein Fünftel. Die Armutsquote ist daher in Großbritannien wesentlich höher als in Österreich. Da können offensichtlich auch „in-work-benefits“ nicht viel bewirken. Vgl. hierzu Bradshaw, J.; Finch, N., A comparison of Child Benefit packages in 22 countries (=Department for Work and Pensions, Research Report No 174; <http://www.dwp.gov.uk/asd/asd5/rrep174.asp>).
- ³¹ In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob in Dänemark die niedrige Lebenserwartung der Frauen (niedrigste aller EU-Staaten) u. a. Folge dieser Belastung sein könnte. In Vollzeitäquivalenten ausgedrückt, hat Dänemark die höchste Frauenbeschäftigung.
- ³² Mit Lehrabschluss: 75%, mit Matura: 82%; siehe Statistik Austria, Mikrozensus-Jahresergebnisse 2001 (Wien 2002) Tabelle 134.

Zusammenfassung

Im Beitrag werden Auswirkungen der Kinderbetreuung auf die Erwerbsarbeitszeit dargestellt. Anhand von aktuellen Daten des Mikrozensus wurde gezeigt, wie sich Zahl und Alter der Kinder im Haushalt auf das Ausmaß der Erwerbsarbeitszeit bei Müttern auswirken. Die seit 1996 vorliegenden Daten zeigen auch, dass innerhalb weniger Jahre die Erwerbstätigkeit von Müttern beachtlich angestiegen ist, wobei sich dieser Anstieg ausschließlich auf Teilzeitbeschäftigungen beschränkt. In die Analyse mit einbezogen wurden auch die Kinderbetreuungsstatistik sowie Daten über Karenzgeld- und Kinderbetreuungsgeldbeziehungen.

Anhand vergleichbarer Daten wurde die internationale Position Österreichs hinsichtlich der Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit darzustellen versucht. Am Ende des Beitrags wurde auf Fragen der sozialen Sicherung eingegangen, die sich aus den langen Phasen der Teilzeitbeschäftigung bei Müttern ergeben.

NEUERSCHEINUNGEN

Manfred Moldaschl, Friedrich Thießen (Hrsg.)

Neue Ökonomie der Arbeit

Zeitdiagnosen zufolge wird die ‚Arbeitsgesellschaft‘ des 20. Jahrhunderts durch andere Gesellschaftsformationen abgelöst: der ‚Wissengesellschaft‘, der ‚Netzwerkgesellschaft‘, der ‚Erlebnisgesellschaft‘ usw. Nachdem lange Fragen der Verteilung des Arbeitsprodukts im Vordergrund standen, sind die Abgesänge auf die Institution Arbeit auch dadurch motiviert, dass im Zuge einer Restrukturierung der mittlerweile fast durchgängig kapitalistischen Weltwirtschaft die Verteilung von Arbeit selbst immer mehr zum Problem wird.

Was die Wirtschaftswissenschaften zu Prozessen der Dematerialisierung, Finanzialisierung und Kulturalisierung der Ökonomie zu sagen haben, und was zu nationalen, regionalen und betrieblichen Bewältigungsstrategien, skizziert dieser Sammelband.

453 Seiten, 36,80 €, ISBN 3-89518-435-7

Karl Polanyi

Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920-1945)

Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den Weltkriegen

Polanyi untersucht das System von Versailles, die Wechselfälle des Völkerbundes, den Frieden von Locarno, die Auseinandersetzung zwischen Revisionismus und Antirevisionismus, den Aufstieg des Faschismus und die Machtergreifung des Nationalsozialismus, das Scheitern der Beschwichtigungspolitik, den spanischen Bürgerkrieg und schließlich die Konflikte, die in den 2. Weltkrieg münden. Polanyis zentrale These ist, dass die Allianzen wie Kontroversen nach 1933 nicht mehr von den Widersprüchen des Versailler Friedens abhängen, sondern vom Gegensatz zwischen unterschiedlichen Projekten: Demokratie versus Faschismus bzw. Sozialismus versus Kapitalismus. Gleichzeitig verdeutlicht er, dass die Ursprünge der faschistischen Bewegung in der Krise des liberalen Kapitalismus und nicht in der Machtergreifung der Sowjets zu suchen sind.

358 Seiten, 29,80 €, Register, ISBN 3-89518-430-6

metropolis Verlag

Metropolis-Verlag

Bahnhofstr. 16a, D-35037 Marburg

www.metropolis-verlag.de

BÜCHER

Vom wirtschaftspolitischen Einfluss eines Nationalökonomen im „Wirtschaftswunder“

Rezension von: Detlef J. Blesgen, Erich Preiser – Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomen (1900-1967), Springer Verlag, Berlin, Heidelberg u. a. 2000, 866 Seiten, € 99,90.

In seiner umfangreichen Ausarbeitung hat sich Detlef J. Blesgen dem Wirken und den wirtschaftspolitischen Auswirkungen eines in heutiger Zeit leider vergessenen – gleichwohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit für (West-)Deutschland bedeutenden – Nationalökonomen angenommen. Zugleich schuf der Autor eine unverzichtbare Quelle für alle diejenigen, welche die Entwicklung der deutschen Nationalökonomie von den dreißiger bis in die sechziger Jahre nachvollziehen und verstehen wollen.

Der Verfasser will nicht ausschließlich Erich Preisers wissenschaftliches Werk analysieren (dies besorgte 1998 Johannes Schmidt in seiner Dissertation), sondern explizit dessen wirtschaftspolitisches Wirken verdeutlichen. Dies gelingt ihm mit viel Fingerspitzengefühl auf 510 sauber recherchierten, spannend geschriebenen Textseiten, 210 Seiten für Endnoten, 90 Seiten Anhang, 80 Seiten Quellen- und Literaturhinweisen und –

selten genug für eine Dissertation – einem Personenregister. An den Verlag ist freilich die Frage zu richten, warum Endnoten und nicht Fußnoten vorgesehen wurden; denn ihr Informationsgehalt ist enorm.

Besonders hervorzuheben und in seiner Detailliertheit nicht zu überbieten ist außerdem der Anhang des Werkes. Er enthält, neben einer jetzt vollständigen Bibliographie Preisers, Zeittafeln, div. Tabellen und Abbildungen, bspw. eine Zusammenstellung aller Doktoranden und Habilitanden mit kurzen biographischen Angaben, die – sofern noch möglich – vom Autor kontaktiert wurden. Insofern erforscht diese Arbeit nicht „nur“ das Wirken eines Hauptprotagonisten, sondern richtet den Blick auch auf das Lehrer-Schüler-Verhältnis, das gerade in den Wirtschaftswissenschaften ganze „Schulen“ zu begründen vermag. Eine „Preiser-Schule“, dies sei an dieser Stelle vorweggenommen, konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Höchst aufschlussreich ist auch eine Synopse von Vorschlägen, die um die Bildung eines „Sachverständigenrates für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ kreisen. Zu diesem bereits Mitte der 50er Jahre angedachten Gremium, das als uneingeschränkte Autorität von allen sozial- und wirtschaftspolitischen Gruppen anerkannt werden sollte, um die akademische Nationalökonomie auch für die Bundespolitik fruchtbar zu machen, hatte Preiser (zusammen mit Wilhelm Kromphardt und Heinz Sauermann) dezidierte eigene Vorstellungen entwickelt, die in

dieser Form allerdings nicht umgesetzt wurden. Zu loben ist ferner die exzellente Ausstattung des Bandes mit einem Bildteil und Faksimileseiten handschriftlicher Manuskriptseiten von Preiser auf den Innendeckeln des Einbandes.

Die Untersuchung gliedert sich in zwei Hauptteile: der erste geht dem wissenschaftlichen und wirtschaftstheoretischen Werdegang Erich Preisers nach, der zweite versucht auf dieser Grundlage die wirtschaftspolitischen Wirkungen Preisers – vor allem als Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium“ – aufzuspüren.

Ausgehend von Preisers Studium in Frankfurt a. M. – er schlug zuerst die Richtung Klassische Philologie und Geschichte ein und wechselte erst später zum Fachgebiet der Ökonomie – stellt Blesgen die Schicksalsbegegnung Preisers mit Franz Oppenheimer an den Anfang seiner Darstellung. Oppenheimer, der durchaus umstrittene Soziologe und Nationalökonom, wird mit seinen utopischen Sozialideen dargestellt und dessen Einfluss auf Erich Preiser überzeugend abgeleitet. Erwähnenswert, weil folgenreich, ist hier die Parallele in den Lebensläufen von Preiser und Ludwig Erhard, die beide bei Oppenheimer promovierten. Dessen utopische Vision war „der“ dritte Weg zwischen Kapitalismus und Marxismus. Diesen dritten Weg theoretisch zu begründen und tatsächlich zu schaffen, dafür setzte sich Oppenheimer unermüdlich in nahezu allen seinen Werken ein und unternahm praktische Versuche u. a. bei Berlin und in Palästina. Er ging später sogar so weit, für dieses Ziel auch auf die Hilfe der Nationalsozialisten zu vertrauen –

ungeachtet seiner eigenen jüdischen Abstammung. (Auf den höchst aufschlussreichen Aufsatz von Blesgen in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ 2002, Vol. 222/6 sei an dieser Stelle ausdrücklich verwiesen). Insgesamt leitet Blesgen ab, dass Erich Preiser wohl auch unter dem Einfluss seines Lehrers als Mitglied der SA beitrug. Dies wurde Preiser später von einigen Biographen negativ angekreidet. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass er bereits 1934 von der NSDAP als „politisch unzuverlässig“ eingestuft wurde. Diese Einschätzung war insofern berechtigt, als Preiser nach Kriegsbeginn aktives Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“, einem der „Freiburger Kreise“ (s. S. 686), wurde. In dieser Gemeinschaft waren sich die Mitglieder (unter ihnen Franz Böhm, Walter Eucken und Adolf Lampe) einig in ihrer Gegnerschaft zum nationalsozialistischen System und konzipierten die Grundlagen für eine marktwirtschaftliche und soziale Nachkriegsordnung. Infolge der Ereignisse vom 20. Juli wurden auch einige Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft verhaftet und interniert; auf Grund ihrer Nähe zum Widerstand um Carl Goerdeler drohte ihnen der Prozess vor Freislers Volksgerichtshof. Auch wenn die Arbeiten daher kurz vor Kriegsende zum Erliegen kamen, waren Umriss und wichtige Elemente der zukünftigen Wirtschaftsordnung gedanklich ausgearbeitet.

Eine bisher kaum beachtete Tatsache ist, dass sich die in alle Besatzungszonen versprengten Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“ bereits 1947 nahezu vollständig auf der „Rothenburger Hoch-

schullehrertagung“ treffen konnten. Als dann im selben Jahr ein die Bundesregierung wirtschaftspolitisch „objektiv“ beratendes „Gehirn-Kollektiv“ gegründet werden sollte, waren die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft auf Grund ihrer Vorarbeiten für eine Berufung in den „Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft“ geradezu prädestiniert.

An der Gestaltung der (west-)deutschen Nachkriegsordnung wirkte Erich Preiser im „Wissenschaftlichen Beirat“ in entscheidenden Gutachten stark mit. Der Autor hat in mühevoller Arbeit die Sitzungsprotokolle untersucht, um aus diesen die originären Beiträge Preisers herauszufiltern. Als wesentlich sind vor allem die Gutachten „Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform“ (1948), „Geldschöpfung und Kapitalbildung“ (1950) und zur Konjunkturpolitik (1951) zu bezeichnen. Dem Leser wird klar vor Augen geführt, dass Preiser stets für einen sozialen Ausgleich in einer Marktwirtschaft plädierte, ein Konzept, das letztlich zum Erfolg des Modells „Soziale Marktwirtschaft“ führte. Auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen (in diesem Punkt werden immer wieder die Oppenheimer'schen Wurzeln deutlich) muss Einfluss genommen werden, um wachsende Ungleichheit zu verhindern – ein Prinzip, welches aktuell vergessen zu sein scheint. Preiser entwickelte Modelle, wie die Arbeitnehmer entsprechend der größer werdenden Wertschöpfung „gerecht“ zu beteiligen wären, z. B. Beteiligungen am Unternehmen. Wäre dies seinerzeit mit voller Energie umgesetzt worden, wäre heute eine Arbeitszeitverkürzung auf Grund des

sinkenden Arbeitsvolumens, ausgelöst durch hohe Produktivitätsfortschritte, machbar, da Lohnverzichte durch Einkommen aus höheren „Kapital-Wertschöpfung“ realisiert werden könnten. Daneben forderte Preiser schon früh, d. h. bevor die Theorien John Maynard Keynes' in Deutschland modern wurden, eine antizyklische Fiskalpolitik, um Nachfrageschwächen zu überwinden. Gleichwohl gelang es weder Preiser noch seinen Mitstreitern, die größte Umverteilungsmaßnahme sozial zu korrigieren: Die Währungsreform von 1948 begünstigte Vermögen und benachteiligte Arbeitseinkommen.

Die durch neue Quellen und Archivalien untermauerte Ausarbeitung macht eines ganz deutlich: Nicht nur Walter Eucken und Franz Böhm haben für die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft unter dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und seinem Staatssekretär Alfred Müller-Armack hohe Dienste geleistet, Erich Preiser muss diesen als gleichrangig beigestellt werden. Das Buch bietet immense Möglichkeiten, heutiges *Mainstream*-Denken zu hinterfragen und sich bewusst zu machen, welche Wertvorstellungen, Grundüberlegungen und Maßnahmen in der Vergangenheit für den Aufbau einer über Jahrzehnte erfolgreichen Wirtschaftsordnung notwendig waren, die immerhin ein „Wirtschaftswunder“ zu verantworten hat.

Neben diesen wirtschaftspolitischen Ausführungen ist es ferner überaus spannend zu sehen, mit welchen Hindernissen ein Universitätslehrer in Deutschland vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, in der „Ostzone“ bzw. in den westlichen Besatzungszonen und schließlich in der Bundesrepublik

rechnen musste. Die Ära der Weimarer Republik wird mit Preisers Promotion über die „Marx'sche Krisentheorie“ in Frankfurt am Main 1923, seine gescheiterte Habilitation zur „Expansion des modernen Industriestaats“ (1928 ebenda) und der angenommenen BWL-Habilitation (Tübingen 1930) sowie durch seine dortige Assistentenzeit eingefangen. Preisers Tätigkeit als Hochschullehrer in Rostock (1935-1940) und Jena (1940-1946) geben eindrucksvoll die gesellschaftlichen und akademischen Zwänge (aber auch Handlungsoptionen) im „Dritten Reich“ wieder. Die sowjetische Besetzung Jenas verlängerte für Erich Preiser den politischen Druck – freilich unter anderen Vorzeichen – bis zu seiner Flucht in die Westzone. Es folgten überaus erfolgreiche und jeweils 10-jährige Professuren in Heidelberg (1947-1956) bzw. in München (1956-1967), wo Preiser 1967 verstarb. Für jeden einzelnen Abschnitt gelingt es dem Autor, ein überaus aufschlussreiches Bild des ökonomischen Wissenschaftsbetriebs zu zeichnen. Die fruchtbare Wissenschafts- und Universitätskarriere ging mit zahlreichen Nebentätigkeiten einher, von denen vor allem die Herausgeberschaften erwähnt werden sollten. Preiser war langjähriger Herausgeber der renommierten „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ und der „Enzyklopädie der Rechts-

und Staatswissenschaften“ des Springer-Verlags. Auf S. 716 werden die ehrgeizigen Ambitionen für das Gesamtprojekt „Enzyklopädie“ deutlich, das zum Wiederanschluss der deutschen Wirtschaftswissenschaft namentlich an den anglo-amerikanischen Standard beitragen sollte. Erich Preiser verpflichtete durchwegs international angesehene deutschsprachige Eliteökonomien, unter ihnen Walter Eucken, Erich Gutenberg, Gottfried Haberler, Friedrich A. Lutz und Oswald von Nell-Breuning.

Diese Arbeit hat einen inhaltlichen Stoffumfang, der zwei Dissertationen genüge tun würde. Hier war ein Autor am Werk, der nicht nur detailgetreu unter Zuhilfenahme unzähliger Archive und Unterlagen aus Privatbesitz das Standardwerk zum Thema Erich Preiser geschrieben hat, sondern auch einen gut lesbaren Stil eingebracht hat, den man leider bei heutigen Dissertationen oft vermisst. Der Wert des Buches geht aber über die (Wieder-)Entdeckung Preisers hinaus; noch wichtiger ist die interdisziplinäre Blickrichtung des Autors, die weiteren Dissertationen zum Thema deutsche Nationalökonomie im 20. Jahrhundert wertvolle Hinweise geben kann. Deshalb ergeht eine uneingeschränkte Empfehlung an jeden historisch interessierten Ökonomen, dieses Werk zu lesen.

Ralf Welter

Institutionen in Ökonomie und Soziologie

Rezension von: Michael Schmid, Andrea Maurer (Hrsg.), *Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus. Interdisziplinäre Beiträge und Perspektiven der Institutionentheorie und -analyse*, Metropolis Verlag, Marburg 2003, 376 Seiten, € 34,80.

In der jüngsten Zeit hat der Neoinstitutionalismus eine dramatische Verbreitung erfahren. Die internationalen Verlage für Wirtschaftswissenschaften widmen den einschlägigen Studien bereits eigene Katalog-Kapitel. Man muss daher dem Metropolis Verlag dafür Anerkennung zollen, dass er einer der ersten war, der sich in besonderem Maße der Publikation neoinstitutionalistischer Studien widmete. Und dieser Tradition ist er treu geblieben, indem er weiterhin interessante Arbeiten dieser Art veröffentlicht.

Ein neues Beispiel dafür repräsentiert die Studie des Arbeitskreises „Politische Ökonomie“, welcher Nationalökonomien wie Soziologen zu gemeinsamer Erörterung des Institutionalismus vereinigte. Sie wird durch einen Beitrag der Herausgeber eingeleitet, in welchem diese darlegen, welche Determinanten, nach dem gegenwärtigen Stand der theoretischen Diskussion, das individuelle Handeln bestimmen („Institutionen und Handeln. Probleme und Perspektiven der Institutionentheorie in Soziologie und Ökonomie“).

Für die Ökonomie gehen die Autoren vom Rationalverhalten aus, das

die Neoklassik unterstellt, sowie von der daran geübten Kritik, wie sie etwa mit den Namen Simon, Coase, North sowie Tversky und Kahnemann verbunden ist. Auch die Spieltheorie ist ja schon als eine Abweichung vom neoklassischen Modell zu sehen. Dieser Kritik versuchen die Neoklassiker durch Endogenisierung und „ökonomischen Imperialismus“ zu entgehen. Ersteres ergibt sich aus dem Bestreben, neue Einflussfaktoren in das Grundmodell aufzunehmen „ohne dessen zentrales Erklärungsargument durch unkontrollierte Umbauten zu beschädigen“, eine Ambition, welcher bisher nur mäßiger Erfolg beschieden war. Der zweite Ansatz, welcher insbesondere durch die Arbeiten Beckers gekennzeichnet ist, besteht darin, sämtliche Erscheinungen des sozialen Lebens, einschließlich der Institutionen und Organisationen, dem ökonomischen Rationalkalkül zu unterwerfen.

Kommen also die Interaktionen der Menschen in der Neoklassik ausschließlich durch die individuelle, rationale Wahlhandlung zu Stande, die für alle Zeiten und Regionen gilt, postuliert das soziologische Grundmodell genau das Gegenteil, nämlich dass menschliches Verhalten regelgeleitet ist. Angesichts instabiler individueller Motive der Handelnden erfordert funktionierende soziale Interaktion institutionelle Rahmenbedingungen. Die Reaktionen der Kontrahenten müssen vorhersehbar sein. Handlungen werden nicht von individuellen Präferenzen bestimmt, sondern von gesellschaftlichen Wertvorstellungen, Glaubensgewissheiten, Moral usw. Die Individuen verhalten sich in der Regel erwartungskonform, sie spielen eine bestimmte „Rolle“. Abweichen des Verhalten wird gesellschaftlich

sanktioniert. Eine funktionierende Institutionenstruktur bewirkt ein soziales Gleichgewicht.

Die Kritik an diesem Grundmodell weist darauf hin, dass die Annahme unzulässig ist, menschliches Verhalten erfolge immer normgerecht, ebenso wie jene, dass Erwartungen komplementär gestaltet seien. Auch wurde bemängelt, dass sich diese Theorien zu wenig mit sozialen Konflikten und dem sozialen Wandel auseinander setzten.

Auch in diesem Fall werde der Kritik durch Endogenisierung Rechnung getragen. Die Kulturosoziologie beschäftigt sich mit Verhaltensunsicherheiten durch konfligierende Regeln und dem Entstehen neuer Konventionen. Die Autoren vermeinen auch einen „Soziologischen Imperialismus“ darin zu erkennen, dass die Soziologie sich als kompetent zur Erklärung aller gesellschaftlichen Probleme wähnt.

Da jedoch „Soziologen und Ökonomen ... dann miteinander ins Gespräch kommen können, wenn sie zu ahnen beginnen, dass ihre fachspezifischen Untersuchungen nur deshalb plausibel sind, weil sie zu diesem Zweck Regelvoraussetzungen in den Hintergrund schieben, deren Funktionsbedingungen die Nachbardisziplin eigens erforscht“, schiene eine fachübergreifende Kooperation sinnvoll. Ziel dieses Prozesses wäre es, eine gemeinsame Handlungstheorie zu entwickeln.

Zu dieser Gegenüberstellung der beiden Sichtweisen wäre vielleicht anzumerken, dass der Begriff „Endogenisierung“ als Abwehrstrategie in beiden Fällen nicht gleich zu gewichten ist. Im Falle der Neoklassik bezeugt ein solcher Versuch durch den rigiden Charakter des mathemati-

schen Modells großen Schwierigkeiten, welche die Soziologie auf ihrer doch vorwiegend verbalen Basis nicht zu gewärtigen hat. Eine Übernahme und ein Einbau neuer Erkenntnisse dürfte dort keine wesentlichen Probleme verursachen.

Annäherungen an die Institutionentheorie

H. Esser präsentiert eine allgemeine Handlungstheorie („Institutionen als ‚Modelle‘. Zum Problem der ‚Geltung‘ von institutionellen Regeln und zur These von der Eigenständigkeit einer ‚Logic of Appropriateness‘“) Diese geht davon aus, dass in der Soziologie zwei deutlich unterscheidbare Handlungstypen angenommen werden, nämlich normgeleitete und rationale. Erstere werden durch die Logik der „Angemessenheit“ an die institutionellen Regeln, die „Unbedingtheit“, also die Unabhängigkeit von der Rücksichtnahme auf Konsequenzen, und „Identität“, die Übereinstimmung mit dem Selbstbild des Handelnden, charakterisiert. Letztere hingegen erfolgen kalkulatorisch. Gefragt ist die Logik der Selektion.

Die Antwort gibt Esser mit dem „Modell der Frame Selektion“. Diese erfolgt einerseits durch Orientierung an „Gedanklichen Modellen“ und dem „Grad der Elaboriertheit“, mit welchem die Akteure die Situation intellektuell durchdringen, andererseits durch den „Modus Aspekt“ des Handelns, der dann relevant wird, wenn Irritationen über die Regeln auftreten, welche die Akteure veranlassen, die Folgen ihres Handelns zu bedenken und zu „rechnen“. Wesentlich erscheint, dass beide Variablen, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, dieselbe Aktion beeinflussen, dass es also gar

keine getrennten Handlungstypen gibt.

Zweifellos erklärt dieses Modell einen weiten Bereich der Verhaltensbestimmung und erweist sich als realitätsnäher als die getrennten Handlungstypen, doch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte am Markt scheint damit nicht ganz erfasst zu sein. Diese agieren dort in einem umfassenden institutionellen Rahmen, aber der Ökonom würde meinen, dass ihr modales Verhalten sicherlich nicht nur durch Irritationen über diesen hervorgerufen wird. Ihr – mehr oder minder – rationales ökonomisches Verhalten vollzieht sich innerhalb des akzeptierten institutionellen Rahmens. Hier schiene wohl eine Diskussion über den im Folgenden oft zitierten Ansatz Williamsons sinnvoll.

J. Berger versucht die Unterschiede zwischen NEI und Soziologie herauszuarbeiten („Neoinstitutionalismus und Wirtschaftssoziologie“). Er sieht hierbei den theoretischen Kern der NEI in einer Logik der Wahl von Institutionen nach Williamson. Diese wird dadurch charakterisiert, „... dass sie die Institutionen ausschließlich als das Ergebnis rationaler Wahlhandlungen betrachtet. Damit überträgt sie den mikroökonomischen Ansatz auf die Analyse der Institutionen“. Und das Ziel dieser Wahlhandlung wäre die Minimierung der Transaktionskosten. Dem stellt der Autor die Auffassung der Soziologie gegenüber, wonach Institutionen durch die Trias Norm, Sanktion und Herrschaft gekennzeichnet seien.

Diese Beurteilung stellt denn doch eine gravierende Einengung der NEI dar. Nach dem heutigen Stand der neoinstitutionalistischen Diskussion gibt es niemand, der Charakter und Entstehung von Institutionen so ver-

stünde wie der Autor. Auch Williamson nicht. Dieser positioniert seinen Ansatz nur auf einer untergeordneten Handlungsebene und mit allen Einschränkungen des Rationalverhaltens, welche für die Neoklassik inakzeptabel sind. Wieweit die Handlungen dort durch *bounded rationality* allein bestimmt werden, darüber lässt sich diskutieren, wie das Ibsen in seinem Beitrag tut. Aber gewiss kann man nicht sagen, die Transaktionskostentheorie sei der Kern der NEI.

Diese Probleme greift M. Haase in ihrem Beitrag auf („Rationales und soziales Handeln. Beiträge der ökonomischen und soziologischen Institutionentheorie“). Sie geht hierbei von der Kritik am neoklassischen Handlungsmodell aus, deren Hauptschwäche sie darin erblickt, kein brauchbares Alternativmodell entwickelt zu haben. Diese Kritik sei stärker in die mentalen Modelle von North eingegangen als in die Transaktionskostenanalyse Williamsons. Beide bauen auf der Annahme von *bounded rationality* auf, welche bei Williamson durch Opportunismus und Voraussicht ergänzt wird, bei North hingegen durch Erkenntnisse der Kognitionswissenschaft und der evolutionären Psychologie.

Bei North würden die Handlungen über die Realitätsinterpretationen der Akteure auf Grund mentaler Modelle vermittelt, welche wieder die Institutionen formen. Deren Zustandekommen, insbesondere auch der Einfluss organischer – physikalischer Faktoren, sei ein Forschungsdesiderat.

M. Held und G. Nutinger versuchen die verschiedenen institutionellen Ansätze in Richtung einer allgemeinen Institutionenökonomik zusammenzuführen („Perspektiven einer Allgemeinen Institutionenökonomik“). An Hand eines plastischen historischen

Rückblicks legen die Autoren dar, wie sich der handlungsbestimmende Charakter der Institutionen in der Diskussion allmählich von Anreizen und Beschränkungen über Internalisierung von Normvorstellungen (*mental models*) bis zur Erkenntnis wandelt, dass Institutionen Menschen prägen und umgekehrt. Hierbei können die Resultate solcher Analysen nicht als „Anomalien“ von der Rationalitätsnorm gesehen werden, sondern als originäre, konstitutive Elemente einer allgemeinen Institutionenökonomik.

M. Moldaschl und T. Diefenbach vertreten die Auffassung, dass sich die Analyse der Handlungen nicht auf bestimmende Regeln beschränken dürfe, sondern auch die Ressourcen umfassen müsse („Regeln und Ressourcen. Zum Verhältnis von Institutionen- und Ressourcentheorien“). Unter Ressourcen verstehen die Autoren so etwas wie *intangible assets* eines Betriebes, wie etwa spezifische Kenntnisse oder Routinen eines Unternehmens. K. Gilgenmann und J. Glombowsky behandeln den institutionellen Wandel auf Basis eines evolutionären Ansatzes („Institutionen als Elementareinheiten soziokultureller Evolution“).

Schwerpunkt Transaktionskosten

D. Ipsen stößt mit der Gegenüberstellung der Transaktionskostenökonomie und der soziologischen Organisationstheorie ins Zentrum der Diskussion vor („Transaktionskostenökonomie und soziologische Institutionentheorie. Unternehmensnetzwerke und Governancewahl“). Williamson begegne der Kritik an seinem Rationalansatz zur Wahl der *Governance*-Form mit dem Hinweis darauf, dass die soziale Einbettung (*embedded-*

ness) eines Betriebes der übergeordneten Ebene der Institutionenstruktur angehöre, welche sich nur sehr langsam verändere und daher die kurzfristigen Entscheidungen über die *Governance*-Wahl nicht beeinflusse. Es ist somit die Frage zu klären, ob die Einbindung des Betriebes in soziale Netzwerke die kurzfristigen Entscheidungen der Unternehmer auch bestimmt. Ibsen demonstriert in der Folge, dass dies sehr wohl der Fall ist, dass die Einbindung der Betriebe in solche Netzwerke andere Entscheidungskriterien entstehen lässt als reine Nutzenmaximierung, solche, die auf Reziprozität und gegenseitigem Vertrauen beruhen.

N. P. Thomas weist nach, dass sich der Transaktionskostenansatz Williamsons nicht dazu eignet, externen Risiken durch Wahl geeigneter Institutionen Rechnung zu tragen („Risikoentscheidung und ihre Institutionalisierung. Jenseits der Transaktionskostenökonomie“).

Am Anfang des Beitrags von H. Frambach („Vertrauen in der Neuen Institutionenökonomik“) findet sich der Satz: „Methodologisch steht die Neue Institutionenökonomik auf dem Boden der neoklassischen Ökonomik.“ Sie vermöge jedoch „... das Verhalten von Organisationen nur bruchstückhaft zu erklären...“, wie denn auch, da sie nach obiger Feststellung dem methodologischen Individualismus verhaftet sein muss. Aber davon ist dann ohnehin nicht mehr die Rede, sondern von der Rolle des Vertrauens in der NEI. Danach könne dieser Begriff im *Principal-Agent*-Ansatz nur bedingt angewandt werden, weil für diesen vollkommene Voraussicht angenommen wird und das Vertrauen unvorhersehbare Aspekte der Zukunft betreffe. Wohl aber sei es für den Transak-

tionskostenansatz wichtig.

Williamson unterscheidet drei Arten des Vertrauens. Da ist zunächst berechenbares Vertrauen, das eigentlich dem kalkulierbaren Risiko über das Verhalten einer Person entspricht, dann das persönliche Vertrauen und schließlich institutionelles Vertrauen. Letzteres resultiert aus dem Kontext von Gesellschaft oder Organisation. Williamson meint, dass sich auch in diesem Berechenbarkeit nicht immer ausschließen lasse. Der wissenschaftlichen Analyse sei nach Meinung des Autors das berechenbare Vertrauen, also das Risiko zugänglich. Damit treffe sich die NEI mit dem *Rational Choice*-Ansatz der Soziologie.

Versuche der Anwendung

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit der konkreten Ausformulierung bzw. Anwendung der Institutionentheorie. W. Müller-Jentsch („Akteure, Interessen, Institutionen. Überlegungen zu einer Theorie der Arbeitsbeziehungen“) sowie B. Rehder („Betriebliche Bündnisse. Institutionenwandel im System der deutschen Arbeitsbeziehungen“) demonstrieren das an den Arbeitsbeziehungen.

St. Lessenich setzt sich an Hand des Kollektivvertragsrechts mit den Möglichkeiten des institutionellen Wandels auseinander („Institutionelle Einbettung, strategisches Handeln und die routinisierte Zerstörung von Institutionen“). Es geht um die Frage, wie weit Akteure institutionen- oder interessengeleitet handeln bzw. wie durch regelwidrige Aktivität institutioneller Wandel zu Stande kommt. Hierbei findet der Autor die Gegenüberstellung von Respektierung und Zerstörung der Institutionen zu eng und

weist darauf hin, dass institutioneller Wandel auch dadurch entstehen kann, dass ein „institutioneller Agent“ im Rahmen der *governance structure* diese mit deren Instrumenten verändern kann.

Ch. Deutschmann meint, Geld sei keine Institution, sondern eine Chiffre für „(d)ie in ihm angelegte Utopie individueller Verfügung über die Gesamtheit menschlicher Möglichkeiten ...“ („Geld, Kapital und Institutionen“). Dieser Meinung ist P. Spahn absolut nicht, er sieht „... das Geld als Institution par excellence...“, welches ökonomisches Handeln in einer Marktgesellschaft überhaupt erst ermögliche („Geld als Institution einer Marktwirtschaft. Genese und Funktionsbedingungen“).

P. Graeff untersucht unter dem Begriff der *good governance* die Effekte staatlicher Eingriffe auf Einkommensverteilung und die Schattenwirtschaft („Aktiver oder passiver Staat. Die Auswirkungen staatlicher Regulierungen auf das Ausmaß der Einkommensungleichheit und der Schattenwirtschaft“). M. Nollert beschäftigt sich mit der institutionellen Basis der Preisbildungsprozesse, insbesondere mit Wettbewerbsregelungen, Preiskontrollen und -absprachen („Preisbildungsregime und Einkommensverteilung. Ein internationaler Vergleich“).

Eine Fortsetzung der Neoklassik mit anderen Mitteln?

Das besprochene Sammelwerk vermittelt einen lebendigen und farbigen Einblick in die neoinstitutionalistische Diskussion. Viele Aufsätze tragen dazu bei, die vorgegebene Problematik zu erhellen. Dennoch bleibt ein gewisses Unbehagen. Es fragt sich,

ob die von den Herausgebern vorgenommene Gegenüberstellung der Positionen beider Disziplinen geglückt ist. Denn wenn man dazu die Neoklassik als Ausgangspunkt wählt, dann ist, auch wenn man die Kritik an dieser berücksichtigt, nicht viel zu gewinnen. Sinnvoll wäre wohl die Konfrontation von NEI insgesamt und soziologischen Ansätzen gewesen. Hier hätte man wohl interessante Übereinstimmungen herausarbeiten können, wie das in manchen Beiträgen auch geschehen ist, auf diese Weise wurde aber die Diskussion, so scheint es, auf ein Nebengeleise gelenkt.

Manche der Autoren meinen, dass die Neoklassik Basis der NEI sei; sie gehen dabei im Wesentlichen vom Transaktionskostenansatz Williamson aus. Das ist jedoch eine Fehlinterpretation der NEI. Diese nimmt in allen ihren Ausprägungen an, dass die Handlungen der Akteure primär durch die zeitlich und regional unterschiedliche Institutionenstruktur bestimmt werden.

Natürlich gibt es in diesem Rahmen auch ökonomisch rationales Handeln, aber auf verschiedenen Ebenen, wie das etwa Ipsen in seinem Beitrag dar-

legt. Auch Williamson¹ bezieht sich ausdrücklich auf eine von Davis und North formulierte Unterscheidung von *institutional environment* und *institutional arrangement*. Zwar unterstellt er einkommensmaximierendes Verhalten für die Wahl des institutionellen Arrangements, aber selbstverständlich mit sämtlichen notorischen Einschränkungen. Das hat alles mit Neoklassik nichts zu tun. Die letztlich zu diskutierende Frage läge nur darin, wie weit diese beschränkte Rationalität durch institutionelle Elemente weiter limitiert werde. Ipsen kommt zu dem Ergebnis, dass dies etwa über Netzwerke sehr wohl der Fall sein könne.

So steht am Ende dieser Diskussion einige Verwirrung, was offenbar auch darin seinen Niederschlag fand, dass niemand den Versuch unternahm, Schlussfolgerungen aus diesen Erörterungen zu ziehen.

Felix Butschek

Anmerkung

- ¹ Williamson, O. E., *The Economic Analysis of Institutions and Organisations – in General and with Respect to Country Studies* (OECD, Paris 1993) 13.

Italien: zu den historischen Wurzeln der gegenwärtigen Malaise

Rezension von: Volker Reinhardt, *Geschichte Italiens. Von der Spätantike bis zur Gegenwart*, Verlag C. H. Beck, München 2003, 348 Seiten, € 30,80;
 Mario B. Mignone, *Italy Today. At the Crossroads of the New Millennium*, dritte, überarbeitete Auflage, Peter Lang Verlag, Frankfurt u. a. 2003, 464 Seiten, € 38,20.

Anfang der neunziger Jahre endete Italiens Erste Republik, die mit dem Plebiszit vom 2. Juni 1946 ihren Anfang genommen hatte. In den Jahren 1991 bis 1994 kam es, so der Historiker Volker Reinhardt, Professor für Geschichte an der Universität Freiburg/Fribourg in der Schweiz, zu Veränderungen im politischen System Italiens, „die sich weder als revolutionärer Umbruch von außen noch als kompletter Zusammenbruch von innen, sondern am ehesten als partieller Umbau des Systems, Umgruppierung des Parteienspektrums und Austausch des politischen Führungspersonals zugleich charakterisieren lassen“. (S. 308)

Bei den Parlamentswahlen vom April 1992 erlitt die dominierende Partei der Ersten Republik, die *Democrazia Cristiana*, die in der Nachkriegszeit an allen Regierungen beteiligt gewesen war und fast immer den Ministerpräsidenten gestellt hatte, schwere Verluste. Aber auch die Nachfolgepartei des Gegenpols der DC, der KPI, nämlich die ‚Partei der demokratischen Linken‘, wurde schwer geschla-

gen. Hauptgewinner war die manchmal sezessionistisch, manchmal föderalistisch auftretende Lega Nord, deren Propaganda die im Norden weit verbreitete Aversion gegen Rom und insbesondere den Süden schürte.

Staatsanwälte und Untersuchungsrichter deckten im Rahmen der Operation „*Mani pulite*“ die enormen Ausmaße des Mailänder Korruptionskandals auf. Ein erheblicher Teil der politischen Elite des alten Systems wurde desavouiert: Zwanzig Monate nach den ersten Ermittlungshinweisen liefen Ermittlungsverfahren gegen etwa zweihundert Parlamentsabgeordnete. Im Mai und Juli 1992 erschütterten die Morde an den beiden führenden Vertretern des Staates gegen die *Cosa Nostra*, Giovanni Falcone und Paolo Borsellino, das Land. Ein Jahr später wurde gegen Giulio Andreotti, den siebenmaligen Ministerpräsidenten, ein Prozess wegen Begünstigung der organisierten Kriminalität begonnen. Dass die Vorherrschaft der DC im Mezzogiorno auf ihrer Kooperation mit der *Cosa Nostra* und deren Pendants in den anderen Regionen beruht hatte, war ein offenes Geheimnis.

In dieser Atmosphäre gerieten seit langem erstarrte Fronten in Bewegung, konnten tragende Säulen des alten Systems zu Fall gebracht werden: In mehreren Referenden fanden 1993 umfassende Wahlrechtsreformen große Mehrheiten. Das proportionale Wahlrecht ohne jede Minimalchwelle, welches dafür gesorgt hatte, dass in der Nachkriegszeit zwischen 12 und 16 Parteien im Parlament vertreten gewesen waren, wurde ebenso wie die Vorzugsstimmenklausel abgeschafft und ersetzt durch eine – jeweils spezifische – Mischung aus Proportional- und Mehrheitswahlrecht

für beide Häuser der Legislative. Auch die öffentliche Finanzierung der politischen Parteien wurde beendet, was den nachfolgenden kometenhaften Aufstieg Silvio Berlusconis zweifellos wesentlich begünstigte.

Berlusconi, Großunternehmer und Medienzar, trat mit seiner Partei Forza Italia im Jänner 1994 in die Öffentlichkeit. Sein Programm fasst Reinhardt folgendermaßen zusammen: „Folgt mir, und ich gebe euch Arbeit bzw. bereichere euch – Paternalismus im Medienzeitalter.“ (S. 313) Und tatsächlich gewann das Rechtsbündnis aus Forza Italia, Lega Nord und neofaschistischer Alleanza Nazionale die Parlamentswahlen vom März 1994. Doch eine stabile Regierung vermochte es nicht zu bilden, die erste Amtszeit des Ministerpräsidenten Berlusconi endete bereits im November 1994.

Die Wahlen vom April 1996 gewann knapp die Mitte-Links-Allianz Ulivo. Dieses Bündnis verstand es allerdings nicht, seine Chance zu nützen. Insbesondere unterblieben entschlossene Schritte, Berlusconis Quasi-Monopolstellung im Mediensektor zu brechen.

Die Unterlassungen und Fehler der Mitte-Links-Koalition erleichterten Berlusconi die Rückkehr an die Macht durch die Parlamentswahlen vom Mai 2001, wieder verbündet mit u. a. AN und Lega.

Der gegenwärtige Ministerpräsident verfügt über eine Machtposition, die kein anderer Regierungschef im demokratischen Europa innehat. Er kontrolliert nicht nur die Exekutive und die Legislative, sondern beherrscht auch die ‚vierte Gewalt‘, die Medien, und sucht die Unabhängigkeit der Rechtspflege durch anlassbezogene Gesetze und Einschüchterung zu untergraben:

* Gegen Berlusconi liefen und laufen bekanntlich einige Ermittlungsverfahren wegen Bestechung, Bilanzfälschung, Untreue, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Kooperation mit dem organisierten Verbrechen. Um Verurteilungen zu entgehen, setzte der Ministerpräsident mit der absoluten Stimmenmehrheit der von ihm geführten Koalition in beiden Kammern des Parlaments eine Vielzahl von Gesetzesänderungen durch. „Mit dieser Indienstnahme des Parlaments schafft Berlusconi de facto die Geltung des Rechts ab, soweit es seinen privaten Interessen zuwiderläuft.“¹ Alles in allem entsteht der Eindruck, dass sich das Parlament mehr den persönlichen Interessen des Regierungschefs als jenen des Landes widmet.

* Seit Berlusconi wieder an der Spitze der Regierung steht, beherrscht er direkt oder indirekt rund 90% des italienischen Fernsehens. Außerdem kontrolliert er den bedeutendsten Zeitschriften- und Buchverlag des Landes, Mondadori. Der massive Interessenkonflikt zwischen seiner Stellung als größter privater Medienunternehmer und seiner Funktion als Ministerpräsident ist nach wie vor ungelöst. In diesem Zusammenhang ignorierte Berlusconi mehrmals geltende Gesetze und auch Urteile des Verfassungsgerichts.

*Die laufenden Strafverfahren gegen Berlusconi und seine Freunde sind auch der Hintergrund der Versuche, die Unabhängigkeit der Justiz zu beschneiden.² Hauptziel ist die Abschaffung der Autonomie der Staatsanwälte, denn wo nicht angeklagt wird, kann auch nicht gerichtet werden. Einer der Hauptnutznießer von Berlusconis persönlich motiviertem Feldzug gegen die Justiz ist das orga-

nisierter Verbrechen: Die finanziellen Mittel für die eigens zu dessen Bekämpfung eingerichteten Justizbehörden wurden erheblich gekürzt. Manche Personalentscheidungen wirken wie Verhöhnungen der ermordeten Untersuchungsrichter: Im Frühjahr 2003 wurde auf Betreiben von Forza Italia der prominente Verteidiger von Cosa Nostra-Bossen, Carlo Taormina, zum Mitglied der parlamentarischen Anti-Mafia-Kommission ernannt!³

Die Gewaltenteilung der italienischen Demokratie ist somit bedroht, wenn nicht bereits aufgehoben, der Rechtsstaat gilt nicht mehr uneingeschränkt: Einige stehen de facto über dem Gesetz.

Wie ist Berlusconi's Popularität zu erklären, wieso wurde er trotz der Interessenkonflikte und laufenden Strafverfahren wiedergewählt? Zweifellos trägt seine fast vollständige Kontrolle über die Massenmedien des Landes wesentlich zu seinem Erfolg bei. Zweitens ist Berlusconi, Regierungschef, Großunternehmer und Medienzar in Personalunion, in der Lage, Patronage im ganz großen Stil zu betreiben, womit er an die über Jahrzehnte hinweg bewährte Strategie der DC anschließt. Drittens vernetzte sich Forza Italia im Süden mit den alten Gefolgschaften der Christdemokraten und dominiert heute in diesen Regionen. Bereits im Mai 1992 hatte Richter Borsellino die Kontakte zwischen Berlusconi und der Cosa Nostra belegt.

Ein dritter wesentlicher Erfolgsfaktor wird seltener erwähnt: In Italien existiert eine breite Mittelschicht aus Freiberuflern, kleinen Gewerbetreibenden und Händlern, die gewohnheitsmäßig den Staat betrügen und generelle Normen missachten, d. h. Steuern hinterziehen, Bauvorschriften ignorie-

ren, gewerbe-, arbeits- und umweltrechtlichen Gesetzen zuwiderhandeln. Diese Schicht ist Berlusconi's wichtigste Anhängerschaft und Klientel. Diese Leute sehen seine Verfehlungen in mildem Licht, macht er doch ‚nur‘ das im Großen, was sie im Kleinen betreiben. Der Ministerpräsident belohnte die Unterstützung an den Wahlurnen: „Each time he has taken office, Berlusconi has immediately declared amnesties on both tax evasion and illegal building construction – a source of relief for tens of millions of Italians living in a condition of habitual illegality.“⁴ Die Aversion dieser halblegal agierenden Mittelschicht gegen staatliche Interventionen ist freilich höchst selektiv: Die kleinen Einzelhändler haben selbstverständlich nichts einzuwenden gegen jene Raumordnungsbestimmungen etc., die ihr Überleben sichern.

Jene LeserInnen, die sich über die historischen Hintergründe der Besonderheiten des politischen Systems Italiens informieren wollen, können sowohl Volker Reinhardts historische Einführung als auch Mario Mignones breit angelegte Betrachtung Italiens in der Nachkriegszeit mit großem Nutzen heranziehen.

Reinhardt verfasste, wie er in der Einleitung festhält, seinen historischen Abriss von der Spätantike bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts mit dem Ziel, „Verständnis der Gegenwart durch deren Ableitung aus der Geschichte“ (S. 12) zu ermöglichen. Am ausführlichsten beschäftigt er sich mit dem Weg zum Nationalstaat, also der Periode 1796-1861, und der Monarchie des Hauses Savoyen bis zur Machtübernahme Mussolinis (1861-1922).

Im Kapitel über das von den Liberalen dominierte Italien des späten 19.

und frühen 20. Jahrhunderts weist Reinhardt auf viele Kontinuitäten im politischen System zwischen dieser Ära und der Ersten Republik (1946 bis ca. 1992) hin: *trasformismo*, Klientelismus und Patronage, die Aufspaltung der Linken, das Mezzogiorno-Problem. „Autoritäre Tendenzen, gefiltert, konterkariert und nicht zuletzt aufgehoben durch Klientelismus und die Beharrungskraft überkommener Mentalitäten, regionaler Loyalitäten und kleinräumig fragmentierter Interessen“ (S. 227), so lautet seine Bestandsaufnahme für das politische System Italiens zwischen 1861 und 1922:

* Unter *trasformismo* wird die „schrittweise Einbindung von Opposition in die Macht und ihre Nutznießung“ (S. 219) verstanden, man könnte auch sagen: die Entschärfung politischer Gegensätze durch Kooptierung (statt durch Machtwechsel). Dieses Muster setzte sich in der Ersten Republik fort, beispielsweise durch die Öffnung nach links Anfang der sechziger Jahre (siehe unten).

* Die Abgeordneten im Parlament fügten sich aus landsmannschaftlicher Solidarität und/oder gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu Gefolgschaftsverbänden um einflussreiche Führungspersonlichkeiten zusammen. Eine solche Klientel verbündete sich mit anderen Verbänden zur Bildung einer Regierung. Das für die Patronage zur Verfügung stehende Potenzial, v. a. die Postenvergabe in der Verwaltung und in anderen öffentlichen Diensten, wurde nach Maßgabe der Stärke der einzelnen Gruppen verteilt (vgl. die Exzesse der *partito-crazia* der Ersten Republik).

* Reinhardt verweist auf die Aufspaltung der Linken in konkurrierende Gefolgschaften um einzelne Füh-

rungspersonlichkeiten sowie auf die organisatorische und ideologische Vielgestaltigkeit und die Zerstrittenheit dieses Spektrums (vgl. die Spaltung der Linken in der Ersten Republik in KPI, PSI, PSDI, Radikale, die sich auch in der Gewerkschaftsbewegung widerspiegelte).

* Das Problem besonders ausgeprägter regionaler Unterschiede hinsichtlich sozialer Strukturen, Institutionen i. w. S. und besonders im Hinblick auf die Wirtschaftskraft begleitet das vereinigte Italien seit 1861. In den Anfangsjahren des Nationalstaats verhärtete der Bürgerkrieg im Süden, der mehr Opfer forderte als der Befreiungskrieg, das Gefühl in der ländlichen Unterschicht des Mezzogiorno, „einem neuen Typus des Eroberers in die Hände gefallen zu sein“ (S. 229). Noch heute gilt vielen im Süden die Regierung in Rom als Fremdherrschaft.

Mario Mignone, Professor für Italienisch an der State University of New York at Stony Brook, bietet in der dritten, überarbeiteten Auflage seines Bandes „Italy Today“ einen Überblick über die Entwicklungen in der Nachkriegszeit bis Mitte der neunziger Jahre, wobei sich die Bestandsaufnahme nicht auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beschränkt, sondern auch den kulturellen Bereich einbezieht: „The understanding of a country as reflected through its politics, economics, and society will certainly be richer if the assessment is conducted in the wider context of its culture; after all, in a complex society, culture is dynamic, it is both shaped by and shapes socioeconomic stratifications.“ (S. XIII)

Entsprechend diesen Schwerpunkten ist der Band in vier Abschnitte gegliedert. Der zweite Abschnitt, der

dem Thema Wirtschaft gewidmet ist, befasst sich mit Italiens Aufstieg zu einem der führenden Industriestaaten, mit sektorialem und sozialem Wandel, den regionalen Disparitäten sowie der Ein- und Auswanderung. Über das ökonomische Aufholen Italiens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zieht der Autor folgendes Resümee:

„This postwar modernization has been a powerful, heroic process because it was a leap forward from a backward country to a post-industrial nation. Under the momentum of economic advance, society shifted it equilibrium. There was a massive movement of people from agriculture to industry and service, from the country to the towns. With rapid urbanization, many cities tripled in size, and many provincial towns became vibrant with new activity.“ (S. 15)

Im „Gesellschaft“ betitelten dritten Abschnitt behandelt Mignone, der in Italien geboren wurde und dort aufwuchs, nun aber vorwiegend in den USA unterrichtet, das Bildungssystem, die Säkularisierung von Staat und Gesellschaft, Tradition und Wandel der Familie, Geschlechterbelange und die Öffnung der italienischen Gesellschaft.

Schwerpunkte des vierten Abschnitts sind die kulturelle Modernisierung, die Kommunikationsrevolution und der Kulturkonsum.

Im Abschnitt I, welcher dem politischen System gewidmet ist, analysiert Mignone zunächst die rechtlichen und sozialen Grundlagen, um sich dann der Entwicklung und den Wendepunkten der Ersten Republik zuzuwenden. Zwei Spezialkapitel befassen sich mit der Herausforderung Italiens durch Terror und organisiertes Verbrechen sowie dem erheblichen Einfluss der Vereinigten Staa-

ten auf die italienische Politik.

Prägend auf das politische System der Ersten Republik wirkten vor allem das proportionale Wahlrecht ohne jede Mindesthürde und die Vorzugsstimmenregelung. Ersteres führte dazu, dass durchwegs 12 bis 16 Parteien im Parlament vertreten waren. Die Regierungsbildung erfolgte nach der immer gleichen Grundformel DC plus X, wobei diese Variable nicht die KPI sein durfte. Die Vergabe der Ministerien erfolgte entsprechend der Stärke der einzelnen koalierenden Parteien, und innerhalb der DC musste auf die Vertretung der einzelnen Flügel geachtet werden. Regierungssitze gaben den Parteien und -fraktionen Möglichkeiten für Patronage, d. h. der Aufteilung von Besitzständen in Behörden, Provinz-, Stadt- und Gemeinderäten, dem staatlichen Fernsehen, der verstaatlichten Industrie usw. Auf diese Weise konnten sich die Politiker bei jenen lokalen Eliten, die für die Vorzugsstimmen gesorgt hatten, revanchieren. (Im Süden fungierten zudem Cosa Nostra etc. als Makler zwischen Kandidaten der DC und einflussreichen Wählern. Diese Netzwerke erwiesen sich als sehr tragfähig und sicherten den Christdemokraten im Mezzogiorno die Vorherrschaft.) Klientelismus und Präferenzklausel passten somit ausgezeichnet zueinander. Die Wechselwirkungen begünstigten eine sehr hohe Elitenkontinuität und die Langzeitdominanz der DC: „(A) good preference vote opened the door to a ministerial position, a ministerial position enabled the holder to exercise patronage, and this in turn increased the size of his personal vote. When sufficiently high, the preference vote opened the door to continuous holding of ministerial power, and the system got locked-up

in *immobilismo*." (S. 41) Niemand personifizierte die Elitenkontinuität so wie Giulio Andreotti: Er war bereits im Kabinett von 1946 vertreten und blieb bis 1993 im Zentrum der Macht.

Der für andere demokratische Staaten (mit Ausnahme Japans) selbstverständliche periodische Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition, der Austausch von Führungspersonal und die damit verbundene Kontrolle und/oder Erneuerung von Normen unterblieben im Italien der Ersten Republik.

Die Regierung wechselte freilich sehr häufig, häufiger als in allen anderen westlichen Demokratien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Schon geringfügige Anlässe sorgten für eine (Schein-)Krise, für den Rücktritt eines Kabinetts und eine Neuauflage mit kleinen personellen oder ressortbezogenen Veränderungen.

Das Bemerkenswerteste ist zweifellos, dass Italien *trotz* dieses ineffektiven, einer Entscheidungsfindung abträglichen und enorme Transaktionskosten aufweisenden, Renten suchende politische Akteure und Gruppen begünstigenden politischen Systems einen beeindruckenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufholprozess zuwege brachte!

Mignone arbeitet fünf Wendepunkte in der politischen Geschichte Italiens seit Kriegsende heraus:

* 1947 erfolgte im Zeichen des Kalten Krieges der Ausschluss der KPI von der Regierungsbeteiligung. Erreicht wurde dies (mit amerikanischer Hilfe) durch die Abspaltung der Sozialdemokraten (PSDI) von den mit der KPI verbündeten Sozialisten (PSI). Die folgenden Jahre der Polarisierung zwischen rechts und links bildeten eine Zerreißprobe, die Italien – im Unterschied zu Griechenland –

ohne nochmaligen Bürgerkrieg überstand.

* Anfang der sechziger Jahre öffnete sich die regierende Elite nach links. 1963 trat der PSI in die Regierung ein, womit die KPI isoliert war. Das hohe Wirtschaftswachstum dieser Jahre ermöglichte den Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Nach den Turbulenzen des Jahres 1968 wurde in Fabriken, Behörden, Schulen und Universitäten Mitbestimmung eingeführt.

* Mitte der siebziger Jahre geriet die italienische Wirtschaft in eine Krise. Teile der DC, insbesondere die Fraktion um Aldo Moro, befürworteten angesichts der intensiven Verteilungskonflikte und des Terrorismus die letzte Etappe des *trasformismo*, nämlich die Aufnahme der KPI in die Regierungskoalition. Die US-Administration Carter lehnte dies entschieden ab. Mit der Ermordung Moros 1978 war auch die Chance für den „historischen Kompromiss“ dahin.

In den achtziger Jahren verkrustete das politische System, und viele seiner Repräsentanten versanken immer tiefer im Morast der Korruption: Der Konsens zwischen Parteien und Fraktionen reduzierte sich stärker denn je darauf, Geben und Nehmen miteinander zu verrechnen, also Kompromisse zu finden, die weniger nach inhaltlichen Kriterien, sondern mehr nach Verteilungsschlüsseln für die einzelnen Gruppierungen konzipiert waren.

* Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa 1989ff verloren die beiden Großparteien ihre Funktion: „The DC and the PCI, although adversaries, had reinforced one another: fear of communists kept the christian democrats in power, and intense dissatisfaction with the government kept the communists strong.“ (S. 62f)

Die Wahlrechtsreform des Jahres 1993 und die Parlamentswahlen 1992 und 1994 bedeuteten das Ende der Ersten Republik und den Beginn von etwas Neuem, der Zweiten Republik oder einer Übergangsphase zwischen beiden.

Stefanie Kleinthaler

Anmerkungen

¹ Palme, Christoph, Das Berlusconi-Regime im Lichte des europäischen Rechts, in: Blätter für deutsche und internationa-

le Politik 4 (2003) 461.

² Vgl. Igel, Regine, Kein Maulkorb für den Staatsanwalt. Vom Nutzen italienischer Verhältnisse in der Justiz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11 (2003) 1380-1389.

³ Vitiello, Gabriella, Die Mafia ist das kleinere Übel, in: Frankfurter Rundschau (13. 6. 2003).

⁴ Stille, Alexander, Italy: The Family Business, in: New York Review of Books (9. 10. 2003) 24. Die Steuerhinterziehung der Freiberufler und Gewerbetreibenden geht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen, denen eine hohe Lohnsteuerbelastung zugemutet wird.

Sklavenarbeit in Linz 1938-45

Rezension von: Oliver Rathkolb
(Hrsg.), NS-Zwangsarbeit: Der Standort
Linz der „Reichswerke Hermann Göring
AG Berlin“ 1938-1945, 2 Bände, Böhlau
Verlag, Wien u. a. 2001, zus. 988 Seiten,
€ 69.

Die vor allem politische Auseinandersetzung um die Frage der Entschädigung der während des NS-Regimes zur Arbeitsleistung rekrutierten ausländischen Arbeitnehmer, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge zwang Ende der neunziger Jahre mehrere Unternehmen, ihre Firmenarchive zu öffnen und gleichsam als Zeichen des guten Willens gegenüber ausländischen Investoren und Geschäftspartnern historische Untersuchungen über ihre einstige Involvierung in die nationalsozialistische (Rüstungs-)Wirtschaft zu initiieren, finanzieren und letztlich zu veröffentlichen. Dieser Diskussion konnte sich auch die VA Stahl nicht entziehen. Das Unternehmen beauftragte den Zeitgeschichtler Oliver Rathkolb mit einem umfangreichen Projekt zur Erforschung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der am Auf- und Ausbau der ehemaligen Hermann-Göring-Werke in Linz beteiligten „ZwangsarbeiterInnen“.

Der am Projekt beteiligten Forschergruppe wurden nicht nur bislang kaum bekannte interne Materialien verschiedener Abteilungen des Unternehmens zugänglich gemacht, sondern sie konnten auch in externen Archiven Unterlagen recherchieren und Kopien anfertigen, die in einem

ständigen Betriebsarchiv weiteren Forschungen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wurden Interviews mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen geführt. Im Rahmen ihrer Recherchen gelang den Historikern auf dem Werksgelände ein spektakulärer Fund: Eine umfangreiche Sammlung von Lohn- und Personalunterlagen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen konnte sichergestellt werden.

Das Ergebnis des sehr breit angelegten Projekts wurde in zwei Bänden veröffentlicht: Während der zweite Band eine Monographie über „Zwangsarbeit – Sklavenarbeit in den Reichswerken Hermann Göring am Standort Linz“ an Hand lebensgeschichtlicher Interviews darstellt, vereinigt der erste Band qualitativ durchaus unterschiedliche Beiträge über die Werksgeschichte, die Manager, betriebswirtschaftliche Fragen über den Arbeitseinsatz, ZwangsarbeiterInnen und Kinder, den Einsatz von KZ-Häftlingen und eine Fallstudie über griechische ArbeitnehmerInnen in den „Reichswerken“ in Linz.

Erkenntnisleitendes Interesse aller Beiträge war die Frage nach der Relevanz der Zwangsarbeit oder – wie im Buch benannt – der „Sklavenarbeit“ am Standort Linz. Dies bedingt zahlreiche Redundanzen, da sich offenbar alle AutorInnen bemüsst fühlten, immer wieder mit Zahlenangaben aufzuwarten, die an anderer Stelle, in anderen Beiträgen, oft detaillierter aufgeschlüsselt, besprochen werden. Nachdem die bisherigen älteren Arbeiten über die „Hermann-Göring-Werke“ in Linz keine so breite Materialbasis aufweisen, wäre es nicht nur vom Projektdesign, sondern vor allem in Hinblick auf eine zusammenfassende Firmengeschichte wohl vorteilhaft

ter gewesen, den Fokus auch auf andere unternehmensspezifische Fragen und deren Umfeld, wie etwa jene nach der Unternehmenspolitik innerhalb der NS-Rüstungswirtschaft, zu richten. Michael John, Oliver Rathkolb und Josef Moser gehen ansatzweise darauf ein.

Der wesentliche Wert des vorliegenden Bandes liegt vor allem darin, dass einmal mehr bewusst wird (und somit frühere Behauptungen auf der nun möglichen breiten Quellenbasis bestätigt werden), dass ohne den Einsatz von vorerst als Freiwillige, dann unter Zwang rekrutierten und unter kaum vorstellbaren Bedingungen zur Arbeitsleistung verpflichteten ausländischen Arbeitskräften unter Einschluss von KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen der Auf- und Ausbau der späteren „Industrieperle“ Linz nicht möglich gewesen wäre. Bei einem Beschäftigtenstand von rund 18.000 ArbeitnehmerInnen wurde 1944 ein AusländerInnenanteil von rund 62% erreicht. In manchen Abteilungen des Werkes, wie etwa im Stahlwerk, in der Gießerei oder in der Schmiede, lag der AusländerInnenanteil bei bis zu 90%.

Die stärksten Kontingente an ausländischen Arbeitskräften bildeten Italiener, Franzosen, Russen/Ukrainer, Tschechen, Griechen, Bulgaren, Polen, Niederländer und Kroaten. Die am Werksgelände aufgefundenen, von Michael C. Schober ausgewerteten rund 38.000 Personalakten zeugen von einer hohen Fluktuation bzw. einer von den NS-Behörden aufgewungenen „Mobilität“: Die Überstellung zu anderen Unternehmungen, Bau- und Rüstungsvorhaben gehörte zu den häufigsten „Austrittsgründen“. Über das System des Arbeitszwangs

geben die aus den Unterlagen ersichtlichen Strafen Aufschluss, die von Geldbußen bis zur Einweisung in ein KZ reichten.

Seit den achtziger Jahren ist in der historischen Forschung hinreichend erwiesen, dass das Management der Rüstungsunternehmen selbstverständlich von „Sklavenarbeit“ nicht nur wusste, sondern sie ganz bewusst zur Produktionssteigerung einsetzte. Die in den sechziger Jahren erschienenen Biografien von diversen „Rüstungsmanagern“, die sich darin durchwegs als technische Experten präsentieren, die von den Gräueln des „Dritten Reiches“ kaum etwas gewusst, geschweige denn zu verantworten gehabt hätten, trugen jedoch zu einer sehr erfolgreichen Selbststilisierung der Managerelite bei. Oliver Rathkolb gelingt es am Beispiel von Paul Pleiger und Hans Malzacher die Verantwortung und vor allem die Verstrickung der Wirtschaftselite in die Verbrechen des Regimes aufzuzeigen.

Die wohl interessanteste und wertvollste Studie des Bandes behandelt die betriebs- und volkswirtschaftliche Bedeutung der Zwangsarbeit: ein Problembereich, der bislang von der Zeitgeschichte zwar immer thematisiert, aber nie aus ökonomischer Sicht behandelt wurde. Josef Moser geht dieser Frage im Zusammenhang mit der Bedeutung der Linzer Werke für Oberösterreich nach. In den Jahren der NS-Herrschaft wurden Anlagenwerte von ca. 600 Millionen RM – größtenteils durch minderbezahlte (bzw. bei KZ-Häftlingen der SS bezahlte) Zwangsarbeit – erarbeitet. Die 1945 auf dem neuesten Stand der Technik befindlichen, auf Rüstungsproduktion ausgerichteten Anlagen waren allerdings erst nach weiteren beträcht-

lichen Investitionen für eine friedensorientierte Produktion brauchbar.

Aus der Arbeit von Moser ist einmal mehr ableitbar, dass es beim Entschädigungsdiskurs überwiegend um moralische Fragen (und um ökonomisch-politische Machtverhältnisse zur Durchsetzung entsprechender Entschädigungsforderungen) und nicht um betriebs- oder volkswirtschaftliche Realitäten und Verantwortungen geht. Die Linzer Hermann-Göring-Werke wurden zwar im Laufe der Nachkriegsjahre als VOEST zum „Flaggschiff“ der Verstaatlichten Industrie Österreichs, doch diese Erfolgsgeschichte konnte erst beginnen, als sich der österreichische Staat entschloss, die Werke weiterzuführen: „Die Einbindung in das westliche Wirtschaftssystem, der entsprechende Nachkriegsboom und der technologische Vorteil durch ein erstmals angewandtes neues und kostengünstiges Verfahren zur Stahlproduktion bildeten jene Voraussetzungen, welche eine Weiterentwicklung der Anlagen erfolgreich werden ließen.“ (S. 350).

In Linz wurden – im Unterschied etwa zu Unternehmungen der Munitionsfertigung – relativ wenige Zwangsarbeiterinnen eingesetzt. Gerade mal 10% betrug der Anteil von Frauen an der „Sklavenarbeit“ in den Linzer Betrieben. Gabriella Hauch untersucht in ihrer Pilotstudie eindrucksvoll die Bedeutung von Freundschaft, Liebe und Sexualität für die Lebenswelt der zur Arbeit verpflichteten Frauen. So wurden die Frauen beispielsweise zum Abbruch von Schwangerschaften genötigt. Während in einem vom Gau Oberdonau errichteten Säuglingsheim für „fremdvölkische Säuglinge“ katastrophale Bedingungen herrschten, unter denen

nur die Hälfte der Säuglinge überlebten, errichteten die Hermann-Göring-Werke 1943 in einem Lager eine „Kinderkrippe“, in der die Überlebenschancen weitaus größer waren.

Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Linz ab Dezember 1942 wird von Bertram Perz, der zahlreiche Arbeiten zu dieser Thematik veröffentlicht hat und zusammen mit Florian Freund als führender Experte in Sachen Zwangsarbeit, KZ-Einsatz und Rüstungsindustrie gilt, gewohnt professionell und aufschlussreich beschrieben.

Der letzte Beitrag des ersten Bandes geht auf die spezifische Situation des auch in ihrem Heimatland vielfach vergessenen Einsatzes von rund 1.200 zum „Arbeitseinsatz“ verpflichteten Arbeitnehmern aus Griechenland ein, deren Arbeitsleistung als niedrig bewertet wurde und die denn auch vielfach Opfer der brutalen Disziplinierungsmaßnahmen des NS-Regimes wurden. Christian Gonza gelingt damit eine interessante Studie, die weit über die Lebenswelten der in Linz verpflichteten griechischen Zwangsarbeitern hinausgeht und die brutale NS-Besatzungsherrschaft in Griechenland vor Augen führt.

Der zweite Band besteht aus einer Studie eines Psychologen über „Tiefeninterviews“ mit 37 „MitarbeiterInnen“ der Hermann-Göring-Werke in Linz: Das Spektrum der GesprächspartnerInnen reicht vom Direktionsmitarbeiter bis zur ausländischen Zwangsarbeiterin und verdeutlicht unter anderem auch die Schwierigkeiten der Einordnung, Einschätzung und Beurteilung von „Zeitzeugenberichten“ fünfzig Jahre nach den jeweils erlebten Ereignissen. Die von Falland präsentierten (auto-)biografischen Ein- und Ansichten – jeweils mit aus-

gewählten spezifischen Gesprächs- und schriftlichen Erinnerungsausschnitten präsentiert und kommentiert – ermöglichen einen instruktiven Einblick in die im Laufe der Zeit konstruierten Lebensbilder, aus denen Realitäten der Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen unterschiedlicher ArbeitnehmerInnen-Gruppen in den Hermann-Göring-Werken in Linz eindrucksvoll ableitbar sind. Wenn man auch über die Auswahl und Kommentierung der abgedruckten Erinnerungsteile durch den Psychologen in einigen Fällen – nicht zuletzt durch seinen hohen moralischen Anspruch an die „Erinnerungsarbeit“ mancher Gesprächspersonen – durchaus geteilter Meinung sein wird, so bleibt dennoch eine spannend zu lesende Monografie, die einmal mehr zum Nachdenken anregt.

Als Fazit bleibt letztlich nur festzuhalten, dass es zur Erstellung dieser umfangreichen und empfehlenswerten Arbeiten leider des medialen, politischen und ökonomischen Drucks im Rahmen des weltweiten Diskurs über die Entschädigung der zur Zwangs- und Sklavenarbeit durch das NS-Regime verpflichteten ausländischen ArbeitnehmerInnen bedurfte. Ohne diesen Diskurs wären diese und ähnliche unternehmensspezifische Darstellungen nicht möglich. Und dies wiederum wirft einen durchaus kritischen Blick auf den Umgang unseres Landes, seiner Unternehmungen und seiner Repräsentanten mit der NS-Vergangenheit der Jahre 1938 bis 1945, zu deren Etablierung, Aufrechterhaltung und Radikalisierung viele „einfache, brave ÖsterreicherInnen“ beigetragen haben.

Klaus Mulley

Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows

Rezension von: Jürgen Janssen, Wilfried Laatz, *Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows*. Eine anwendungsorientierte Einführung in das Basissystem und das Modul Exakte Tests, vierte, neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Springer-Verlag, Heidelberg 2003, 722 Seiten, € 36,95.

Das vorliegende Handbuch bietet AnfängerInnen einen leichten Einstieg in SPSS für Windows und erfahrenen AnwenderInnen detaillierte und umfassende Nachschlagsmöglichkeiten. Die Darstellung ist praxisorientiert: Alle Anwendungen werden ausführlich und anschaulich anhand von Beispielen demonstriert. Grundlage ist die Programmversion 11, aber auch Nutzer früherer Versionen können dieses Buch sehr gut gebrauchen.

Statistische Methoden und Verfahren werden erklärt und die Berechnungsergebnisse eingehend erläutert. Der Text bezieht dabei auch die theoretischen Grundlagen und Voraussetzungen in die Darstellung ein. Neben Daten aus der deutschen „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ werden u. a. volkswirtschaftliche Daten, Daten aus der Wahlforschung, der Schuldnerberatung, der Qualitätskontrolle und der Medizin verwendet.

Ein besonderer Vorzug dieses Produkts besteht darin, dass es nicht nur aus einem Text besteht, sondern ein Dienstleistungsbündel beinhaltet: Alle im Buch herangezogenen Datendateien können aus dem Internet bezogen werden, womit sich die Möglichkeit bietet, die Anwendungen am Rechner nachzu-

vollziehen. Die von den Autoren eingerichtete Webseite enthält zudem weitere Informationsangebote: Ergänzungstexte zum Handbuch und Übungsaufgaben mit Lösungen.

Die Gliederung des Bandes ist insofern sehr benutzerfreundlich, als sie sich stark an den Elementen und Menüs des Programms orientiert. Kapitel 1 erläutert die Installation, Kapitel 2 dient zur Einführung in die Programmbedienung. Die Abschnitte 3 bis 7 behandeln den Umgang mit Daten und Dateien (Definieren und Modifizieren einer Datendatei, Arbeiten im Ausgabe- und Syntaxfenster, Transformieren von Daten, Daten mit anderen Programmen austauschen, Transformieren von Dateien).

Die Kapitel 8 bis 24 gehen auf alle statistischen Verfahren im Menü „Analysieren“ ein. Dabei werden u. a. folgende wichtige Verfahren und Maßzahlen erläutert: Häufigkeiten und deskriptive Statistiken; explorative Datenanalyse; Kreuztabellen und Zusammenhangsmaße; Mittelwertvergleiche und t-Tests; einfaktorielle Varianzanalyse; Korrelation und Distanzen; lineare Regressionsanalyse; Clusteranalyse; Diskriminanzanalyse; Faktorenanalyse; nichtparametrische Tests; Reliabilitätsanalyse und multidimensionale Skalierung. Der Inhalt von Kapitel 29 sind exakte Tests.

Die Abschnitte 25 bis 27 befassen sich mit der Erzeugung und Überarbeitung von Grafiken. Das Kapitel 28 schließlich widmet sich weiteren Programminhalten und -elementen (z. B. der Übernahme von SPSS-Ausgaben in andere Programme).

Dieses SPSS für Windows-Handbuch kann allen AnwenderInnen uneingeschränkt empfohlen werden. Es ist zu hoffen, dass bald eine überarbeitete Auflage für die Programmversion 11.5 vorliegen wird.

Martin Mailberg

Jahresregister 2003

		Nummer	Seite
<i>Höpfinger, Helmut; Rainer Anton</i>	Beschäftigungspolitische Relevanz einer Lohnnebenkostensenkung	1	13
<i>Juchler, Jakob</i>	Polens Transformationsentwicklung und der EU-Beitritt	1	103
<i>Kaniovski, Serguei; Kratena, Kurt; Marterbauer, Markus</i>	Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung	4	503
<i>Kirisits, Marcel</i>	Atypische Beschäftigung. Auf der Suche nach den Grenzen zwischen Missbrauch und gewünschter sowie sozialpolitisch vertretbarer Flexibilität	1	39
<i>Krenn, Manfred; Flecker, Jörg; Stary, Christian</i>	Die informationstechnische Revolution – Fortschritte und Rückschritte für die Arbeit. Zum Zusammenhang von IKT und neuen Formen der Arbeitsorganisation	3	445
<i>Lauber, Wolfgang</i>	Umweltschutz zwischen Wohlfahrtsstaat und Liberalisierung	1	87
<i>Mesch, Michael</i>	Vertikale und intraindustrielle Lohnstreuung in Österreich 1980-94. Ausgewählte Beobachtungen auf der Grundlage der SV-Statistik	2	287
<i>Nauschnigg, Franz</i>	Kapitalverkehrsliberalisierung. Die österreichischen Erfahrungen	1	63
<i>Pankov, Vladimir</i>	Die Umgestaltung des monetären Systems im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation Russlands	4	543
<i>Prettenthaler, Franz; Sturn, Richard</i>	Führt der Wohlfahrtsstaat zu mehr Gleichheit? Vergleichende Analyse von Umfang, Entwicklung und Wirkung von Sozialausgaben in Österreich und anderen OECD-Ländern seit 1960	3	389
<i>Prisching, Manfred</i>	Politik im neuen Europa	2	161
<i>Ragacs, Christian</i>	Mindestlöhne und Beschäftigung: die empirische Evidenz. Ein Literaturüberblick	2	215

		Nummer	Seite
<i>Raza, Werner G; Wedl, Valentin</i>	Lokale Auswirkungen der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union: eine politische und rechtliche Analyse	3	415
<i>Schweighofer, Johannes</i>	Ist die „europäische Beschäftigungsstrategie“ nach fünf Jahren am Ende? Zur Evaluierung des Luxemburg-Prozesses 1998-2002 (Teil 2)	3	349
<i>Stockhammer, Engelbert</i>	NAIRU-Theorie und keynesianische Ökonomie	2	189
<i>Streissler, Agnes</i>	Frauen als Leistungsträgerinnen des Gesundheitswesens	2	247
<i>Toporowski, Jan</i>	The End of Finance and Financial Stabilisation	4	531
<i>Walther, Herbert</i>	Bekämpfung der Schattenwirtschaft durch steuerliche Anreize	1	73
<i>Wörister, Karl</i>	Kinderbetreuung und (Erwerbs-)Arbeitszeit	4	571

Editorials

Sozialpolitik als Krisengebiet der „Reformpartnerschaft“	1	3
Weiter auf dem Pfad der Stagnation. Zum Programm der zweiten ÖVP-FPÖ-Regierung	2	151
Die verschwiegene Arbeitsmarktkrise	3	343
Licht am Ende des Tunnels	4	495

Bücher

<i>Die Armutskonferenz, ATTAC, BEIGEWUM (Hrsg.)</i>	Was Reichtümer vermögen: Gewinner und VerliererInnen in europäischen Wohlfahrtsstaaten (Karin Heitzmann)	1	135
<i>Bachinger, Karl; Stiefel, Dieter (Hrsg.)</i>	Auf Heller und Cent. Beiträge zur Finanz- und Währungsgeschichte (Jürgen Nautz)	1	137
<i>Becker, Joachim</i>	Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie (Josef Schmee)	3	470
<i>Behrendt, Christina</i>	At the Margins of the Welfare State. Social Assistance and the Alleviation of Poverty in Germany, Sweden and the United Kingdom (Peter Rosner)	2	317

		Nummer	Seite
<i>Blesgen, Detlef J.</i>	Erich Preiser – Vom wirtschaftspolitischen Einfluss eines Nationalökonomens im „Wirtschaftswunder“ (Ralf Welter)	4	593
<i>Freudenberger, Herman</i>	Lost Momentum. Austrian Economic Development 1750s-1830s (Michael Mesch)	3	485
<i>Gebauer, Ronald; Petschauer, Hanna; Vobruha, Georg</i>	Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt (Agnes Streissler)	2	320
<i>Gualerzi, Davide</i>	Consumption and Growth. Recovery and Structural Change in the US Economy (Martin Mailberg)	2	333
<i>Heschl, Franz</i>	Drinne oder draußen? Die öffentliche österreichische EU-Beitrittsdebatte vor der Volksabstimmung 1994 (Josef Schmees)	3	480
<i>Janssen, Jürgen; Laatz, Wilfried</i>	Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows (Martin Mailberg)	4	614
<i>Jones, Eric Lionel</i>	The Record of Global Economic Development (Felix Butschek)	1	142
<i>Mignone, Mario B.</i>	Italy Today. At the Crossroads of the New Millenium (Stefanie Kleinalthal)	4	603
<i>Moosa, Imad A.</i>	Foreign Direct Investment: Theory, Evidence and Practice (Christian Bellak)	1	139
<i>Nutzinger, Hans G. (Hrsg.)</i>	Religion, Werte und Wirtschaft. China und der Transformationsprozess in Asien (Felix Butschek)	3	473
<i>Nutzinger, Hans G. (Hrsg.)</i>	Verteilungsprobleme im Transformationsprozess (Josef Schmees)	2	329
<i>Potts, Jason</i>	The New Evolutionary Microeconomics. Complexity, Competence and Adaptive Behaviour (Felix Butschek)	2	335
<i>Ranftl, Edeltraud; Buchinger, Birgit; Gschwandner, Ulrike; Meggeneder, Oskar (Hrsg.)</i>	Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Praktische Beispiele diskriminierungsfreier analytischer Arbeitsbewertung (Christa Schlager)	2	324

		Nummer	Seite
<i>Rathkolb, Oliver</i> (Hrsg.)	NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938-1945 (Klaus Mulley)	4	610
<i>Reinhardt, Volker</i>	Geschichte Italiens. Von der Spätantike bis zur Gegenwart (Stefanie Kleinthaler)	4	603
<i>Richter, Josef</i>	Kategorien und Grenzen der empirischen Verankerung der Wirtschaftsforschung (Günther Chaloupek)	2	465
<i>Schmid, Michael;</i> <i>Maurer, Andrea</i> (Hrsg.)	Ökonomischer und soziologischer Institutionalismus (Felix Butschek)	4	597
<i>Snowdon, Brian;</i> <i>Vane, Howard R.</i> (Hrsg.)	An Encyclopedia of Macroeconomics (Michael Mesch)	2	327
<i>Wimmer, Norbert;</i> <i>Kahl, Arno</i>	Die öffentlichen Unternehmen im freien Markt (Gunda Kirchner)	1	131

Egon Matzner †

Am 15. September 2003 ist völlig unerwartet Egon Matzner erst im 66. Lebensjahr stehend verstorben. Mit ihm verliert Österreich einen Ökonomen, der im eigenen Land und international große Anerkennung genossen hat und der darüber hinaus als Sozialwissenschaftler so etwas wie eine politische Autorität war.

Seinen beruflichen Weg hat Egon Matzner im Österreichischen Gewerkschaftsbund begonnen, in einer der Institutionen der Arbeiterbewegung, der er sich immer in kritischer Solidarität verbunden fühlte. Beruflich war Egon Matzner Wirtschaftswissenschaftler, von 1972 bis 1998 Professor für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Wien, dazwischen – von 1982 bis 1988 – Forschungsdirektor der Abteilung Arbeitsmarkt und Beschäftigung des Wissenschaftszentrums Berlin. Nach seiner Pensionierung nahm Egon Matzner verschiedene Gastprofessuren wahr und war Fellow des neu gegründeten Max-Weber-Zentrums an der Universität Erfurt. Seine wissenschaftlichen Publikationen sind zahlreich, als wichtigste seien hier seine Bücher „Der Wohlfahrtsstaat von morgen“ und „Monopolare Weltordnung: zur Sozialökonomie der US-Dominanz“ genannt.

Dass sich Egon Matzner nicht als Ökonom im engen fachwissenschaftlichen Sinn sah, zeigt z. B. sein Aufsatz „Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums“, der im Heft 2 des ersten Jahrgangs dieser Zeitschrift 1975 erschienen ist. In diesem Beitrag zu der damals auf ihrem Höhenpunkt stehenden Debatte über die „Grenzen des Wachstums“ setzte sich Matzner nicht nur mit möglichen Folgen für Einkommensverteilung, Beschäftigung und Finanzierung des öffentlichen Sektors auseinander, sondern diskutierte auch institutionelle und politische Aspekte. In seinen Arbeiten ging es Matzner immer um eine umfassendere sozialwissenschaftliche Perspektive, von der die Ökonomie nur einen – wenn auch oft zentralen – Ausschnitt abdecken kann. Typisch ist der erwähnte Aufsatz auch für Egon Matznrs unablässiges Bemühen, neue Problemstellungen aufzugreifen und die Diskussion darüber voranzutreiben. Andere Beispiele dafür sind sein 1976 erschienener Beitrag „Budgetdefizite bei langsamen Wirtschaftswachstum – Möglichkeiten und Grenzen“ und sein 1991 gemeinsam mit W. Streeck herausgegebenes Buch „Beyond Keynesianism: the socio-economics of production and full employment“, u. a. Ökonomisch-theoretisch baute Matzner primär auf Keynes und Kalecki auf, dessen Werk er übersetzte. Sein integratives Denken zog aber auch so unterschiedliche Ansätze wie diejenigen Gunnar Myrdals, Torsten Hägerstrands („Raumzeit-Modell“), der Spieltheorie und andere für die Behandlung unterschiedlicher Problemstellungen heran.

Wiewohl sich Egon Matzner einerseits immer dem Ethos des verifizierenden und falsifizierenden Wissenschaftlers verpflichtet fühlte, so war Wissenschaft für ihn kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Er war gleichzeitig immer ein Mittler zwischen Wissenschaft und politischer Praxis. In seinen politischen Anschauungen war Matzner immer den Zielen einer sozialen Demokratie verpflichtet. Das politische Engagement Matznrs in der Sozialdemokratischen

Partei war am intensivsten in der Phase der Erstellung des Parteiprogramms 1978 während der Amtszeit Bundeskanzler Kreiskys. Das politische Engagement blieb auch für Egon Matzner nicht ohne Enttäuschungen, aber trotz mancher Distanzierungen blieb sein Standpunkt unverrückbar.

Besondern in den letzten Jahren galt Egon Matzners Interesse Fragestellungen, die weit über den ökonomischen Bereich hinausreichten. Die machtpolitisch motivierte Zerstörung tragender Institutionen und konzeptioneller Grundlagen der österreichischen Politik durch die „Wende-Regierungen“ seit dem Jahr 2000 erfüllten ihn mit Besorgnis, die er in seinem Buch „Die vergeudete Republik: wie sie wiederbegründet werden könnte“ thematisierte, das auch wichtige Gedanken für einen Neubeginn jenseits des Status quo ante enthält. In seinem viel beachteten, auch in englischer Sprache erschienenen Buch „Monopolare Weltordnung“ unterzog er das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der USA einer grundlegenden Kritik und plädierte eindringlich für ein eigenständiges europäisches Modell als Alternative. Dass starke politische Kräfte und daneben auch nicht unwesentliche Teile der Europäischen Kommission zum neoliberalen US-Modell tendieren, war Gegenstand eines der letzten Texte Egon Matzners („Assessment of the Green Paper on Services of General Interest“). Der frühe Tod Egon Matzners reißt eine große Lücke auf. Wir werden seine Beiträge als kreativer Sozialwissenschaftler und seine Interventionen als politisch engagierter Intellektueller gleichermaßen vermissen.

Günther Chaloupek

Wichtige Publikationen Egon Matzners

Gesellschaftliche Folgen und Bedingungen eines gedrosselten Wirtschaftswachstums, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 1/2 (1975) 37–50.

Mit Blaas, Wolfgang, Budgetdefizite bei langsamem Wirtschaftswachstum – Möglichkeiten und Grenzen, in: *Quartalshefte der Girozentrale* 11/4 (1976) 73–86.

Der Wohlfahrtsstaat von morgen: Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen (Wien 1982).

Mit Streeck, Wolfgang (Hrsg.), *Beyond Keynesianism: the socio-economics of production and full employment* (Aldershot 1991).

Monopolare Weltordnung: zur Sozioökonomie der US-Dominanz (Marburg 2000).

Die vergeudete Republik: wie sie wiederbegründet werden könnte (Wien 2001).

Aus dem Englischen übersetzt von Egon Matzner: *Michal Kalecki, Theorie der wirtschaftlichen Dynamik* (Wien 1966).